

In dieser Ausgabe

Sicherheit als Zeitpolitik – Zeitpolitik als Sicherheit	
Zeit und Sicherheit	1
Prävention	5
Vermeidungsverhalten	7
Arbeitsorganisation der Polizei	10
Hilfsfristen	15
Digitalisierte Kontrollräume	19
Entscheiden unter Zeitdruck	28
Zeiten der (Un)Sicherheit	32
Der Takt des Bahnhofsviertels	36
Aus der DGfZP	
Jahrestagung 2020	40
Aus der DGfZP	42
Nachruf Horst Schaub	43
Who is who?	44
Veranstaltungen und Projekte	45
Neue Literatur	48
Impressum	52

Liebe Leserin, lieber Leser,

Die Schnelligkeit von Rettungsdienst und Feuerwehr kann Leben retten. Die Arbeitsorganisation der Polizei, in Krisenstäben, in Kontrollräumen beeinflusst die Sicherheit im öffentlichen Raum. Die Wahrnehmung von (Un)Sicherheit beeinflusst das Verhalten im öffentlichen Raum zu unterschiedlichen Zeiten. Wie vielschichtig und teils hoch komplex die personelle, institutionelle und technische Vernetzung von Zeiten und von Personen ist, um Hilfe rasch zu leisten, und welche Vorstellungen von Sicherheit und Prävention zugrunde liegen, können Sie im Thementeil dieses ZpM lesen. Die Beiträge sind aus Vorträgen der DGfZP-Jahrestagung 2019 der DGfZP entstanden. Dietrich Henckel, der die Jahrestagung veranstaltet hatte, ist auch Herausgeber dieses Thementeils.

Im Literaturteil möchten wir Sie besonders hinweisen auf den Link zum Abschlussbericht des vom Bundesarbeitsministerium geförderten Forschungsprojekts „Selbstbestimmte Optionszeiten“ zur juristischen und sozialwissenschaftlichen Ausarbeitung des Modells „Atmende Lebensläufe“ von Karin Jurczyk und Ulrich Mückenberger. Über Wege zur Realisierung des Modells im Arbeitsleben soll nun auf der kommenden Jahrestagung der DGfZP „Zeitpolitik im/in Betrieb. Atmende Lebensläufe ermöglichen!“ mit Vertretern von Gewerkschaften und Unternehmen diskutiert werden. Das Programm finden Sie in diesem ZpM. Sie sind herzlich eingeladen, Ende Oktober nach Mülheim an der Ruhr zu kommen oder wenigstens virtuell teilzunehmen.

Viel gute und schöne Sommer- und Herbstzeit wünschen wir Ihnen in dieser ungewöhnlichen Zeit!

Helga Zeiher

Thema: Sicherheit als Zeitpolitik – Zeitpolitik als Sicherheit

DIETRICH HENCKEL

Zeit und Sicherheit – Einführung

Die Debatte um Sicherheit (im öffentlichen Raum) spielt eine große Rolle und wird immer wieder durch aktuelle, häufig singuläre spektakuläre Ereignisse (Anschläge, Überfälle, Nachtkonflikte u. ä.) befeuert. Sicherheit, wenn sie weniger skandalbetont, vielmehr als Vertrautheit, Geborgenheit und Verlässlichkeit interpretiert wird, ist ein wichtiger Bestandteil von Lebensqualität. Die Debatte um Sicherheit ist laut, vielfältig und widersprüchlich. Sie ist politisch brisant, weil unterschiedliche Konzepte von Rechtsstaat, Freiheit und Beschränkung sowie unterschiedliche Interpretationen der Faktenlage aufeinandertreffen.

Der Titel dieser Ausgabe „Sicherheit als Zeitpolitik – Zeitpolitik als Sicherheit“, der gleichzeitig auch Titel der Jahrestagung 2019¹ war, signalisiert einen hohen Anspruch: Es geht darum, deutlich zu machen, dass beim Thema Sicherheit systematisch auch zeitliche Dimensionen berücksichtigt werden sollten. Wenn, wie bislang, Zeit in wissenschaftlichen und politischen Diskussionen um Sicherheit eher unterrepräsentiert ist, geraten wichtige Erkenntnismöglichkeiten und Möglichkeiten der Intervention nicht in den Blick, was jedoch nicht heißt, dass zeitliche Fragen keine Rolle spielen, dass nicht in vielen sicherheitsrelevanten Bereichen über Zeit nachgedacht und entschieden wird. Der Impetus der Jahrestagung und dieses Schwerpunktes des ZpM beruht darauf, die Notwendigkeit einer systematischen und themenübergreifenden Einbeziehung der zeitlichen Perspektive zu betonen. Die Verbindung von Zeit und Sicherheit ist vor allem deshalb herausfordernd, weil beide Begriffe – Sicherheit und Zeit – in besonderer Weise unscharf sind. Man denke nur an die englischen Begriffe *certainty*, *security*, *safety*, die im Deutschen alle mit Sicherheit übersetzt werden. Auch sind beide Begriffe multiperspektivisch:

- „Sicherheit“ reicht von Fragen der sozialen Sicherheit zu Fragen innerer und äußerer Sicherheit, von Fragen der objektiven Sicherheit zu subjektiven Sicherheitswahrnehmungen und -gefühlen, von historischen Veränderungen von Sicherheitskonzepten zur Instrumentalisierung von Sicherheit und Unsicherheit in politischen Auseinandersetzungen.
- „Zeit“ bezieht sich auf verschiedene Konzeptionen von Zeit: im historischen Sinne auf Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft sowie auf Konzepte von linearer und zyklischer Zeit, von Uhrenzeit und Ereigniszeit.

In der Verbindung von Sicherheit und Zeit geht es u. a. um die historische Dimension, den historischen Wandel von Sicherheitsbildern, das Verhältnis von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, darum, wie sie aufeinander wirken, es geht um die Zeit, die Sicherheitsinterventionen brauchen, die Zeit des Verhaltens unter unterschiedlichen Sicherheitsbedingungen, die zeitliche Organisation in Institutionen, die Sicherheit „produzieren“, um den Zusammenhang von Sicherheit und natürlichen und sozialen Rhythmen (Klima, Jahreszeiten, Woche, Tag/Nacht), um nur einige Aspekte zu nennen.

Zeit und Sicherheit zusammenzubringen, ist also aus verschiedenen Gründen sehr voraussetzungsvoll, so dass wir uns teilweise auf dünnem Eis bewegen. Auf der Tagung und in diesem ZpM können wir nur einige ausgewählte Aspekte

davon explorativ behandeln. Daher wurden sehr weitreichende Beschränkungen des Themenspektrums vorgenommen:

- Bezogen auf die Sicherheit haben wir die Fragestellung auf die *Sicherheit im öffentlichen Raum der Stadt* eingeeengt, haben also Aspekte von sozialer Sicherheit, von äußerer Sicherheit u. a. außen vor gelassen.
- Bezogen auf Zeit, haben wir uns auf zwei unterschiedliche Dimensionen beschränkt: auf die *historische Dimension*, von der Geschichte der Zeitsemantiken bis zur Bearbeitung der Zukunft in der Gegenwart durch Prävention reichend. Und auf die *Dimension zeitlicher Praxis* von zeitlichen Abstimmungen und Priorisierungen in der Organisation der Sicherheitsarbeit bis zum zeitlichen Verhalten bei unterschiedlichen Wahrnehmungen von Sicherheit.

Für dieses Themenspektrum wurden sowohl theoretische Beiträge wie auch Beiträge aus der Praxis eingeworben. Daraus leitet sich die Abfolge der Beiträge ab:

- Theoretische Grundlagen
- Zeiten der Sicherheitsproduktion
- Zeiten der Sicherheit

Am Beispiel des Gesundheitswesens analysiert *Matthias Leanza* im ersten Schwerpunkt die historische Entwicklung der Präventionsvorstellungen. Bei Prävention geht es um sicherheitsrelevante Vorkehrungen für die Abwehr einer negativ imaginierten Zukunft. Dieses Thema hat durch die aktuelle Covid-19-Situation, die zum Zeitpunkt der Tagung noch nicht absehbar war, eine zusätzliche aktuelle Dimension gewonnen. Im zweiten Beitrag geht *Rita Haverkamp* auf das Schutz- und Vermeideverhalten ein, auf die Frage, wie sich das individuelle Zeithandeln unter verschiedenen Sicherheitsbedingungen verändert – eine Facette, die auch in anderen Texten wieder auftauchen wird.

Der zweite Schwerpunkt behandelt die Zeiten der Sicherheitsproduktion. Dabei geht es darum, welche zeitlichen Aspekte – Organisation, Verhalten, normative Grundlagen – bei Sicherheitsakteuren, die im weitesten Sinn als Produzenten von Sicherheit anzusehen sind, eine Rolle spielen. *Bernd Bürger* zeigt in seinem Beitrag, welche Rolle die Arbeitszeitorganisation der Polizei für die Sicherheit im öffentlichen Raum und für die Polizist*innen spielt. Die zeitliche Organisation von Sicherheitsproduktion beruht auch auf normativen Grundlagen, die vorgeben, wie schnell die Sicherheitsakteure am Einsatzort sein sollten, nachdem ein entsprechender Ruf abgesetzt wurde. Diese zum Teil sehr unterschiedlich festgelegten Normen beschreibt *Markus Hasch*.

In Zeiten der Digitalisierung und von smart city Konzepten gewinnen Kontrollräume, die bei kritischen Infrastruk-

1 Die Jahrestagung wurde in Kooperation mit dem Leiter des Forschungsbereichs „Sicherheit – Risiko – Privatheit“, Leon Hempel, am Zentrum für Technik und Gesellschaft der TU Berlin durchgeführt.

turen (wie Kraftwerken, Wasserwerken etc.) schon immer eine zentrale Rolle gespielt haben, eine neue Dimension. Kontrollräume bündeln unterschiedliche Infrastrukturen, die auf unterschiedlichen Zeit- und damit auch Handlungslogiken beruhen, die neue Herausforderungen für die Akteure in Kontrollräumen bedingen. Diese neuartigen Zeiten der Kontrollräume analysiert *Leon Hempel*. Anknüpfend an die Darstellung der Zeitlichkeit des Kontrollraums geht es in dem Beitrag von *Gesine Hofinger* um die Zeitlichkeit von Entscheidungssituationen in Krisenstäben und Krisenlagen. Ein Thema, das ebenfalls durch Covid-19 eine zusätzliche Aktualität gewonnen hat.

Der dritte Schwerpunkt stellt die zeitliche Konsumseite der Sicherheit dar. Wie stellt sich städtische Sicherheit unter zeitlichem Blickwinkel aus der Perspektive der Nutzer des öffentlichen Raums dar? *Holger Floeting* und *Niklas Creemers* geben einen Überblick über Rhythmen der Sicherheit und Unsicherheit und deren Wahrnehmung im öffentlichen Raum der Stadt. Besonders aufschlussreich für die temporalen Dimensionen von (Un)Sicherheit im öffentlichen Raum sind Bahnhöfe und ihre Umfelder. Diese stellt der Beitrag von *Tim Lukas* in den Fokus.

Auch wenn die Beiträge nur einen kleinen Ausschnitt der temporalen Dimensionen von Sicherheit (im öffentlichen Raum) beleuchten, wird dennoch deutlich, wie notwendig die integrierte Betrachtung ist.

- Die historische Analyse (Leanza) zeigt, wie die Zeitvorstellungen einer Zeit sich auch in den Sicherheitsvorstellungen wiederfinden und wie, umgekehrt, die Sicherheitsvorstellungen sich in Zeitkonzeptionen und Zeitverhalten niederschlagen.
- Die Zeitvorgaben (Normen) (Hasch), die Zeitlogiken (Verhaltensroutinen, technischen Gegebenheiten) (Hofinger, Hempel) und die zeitliche Organisation (Arbeitszeiten) (Bürger) haben maßgeblichen Einfluss darauf, wie Sicherheit „produziert“ wird oder produziert werden kann. Diese meist „unsichtbaren“ zeitlichen Aspekte der Herstellung von Sicherheit im öffentlichen Raum haben massive Auswirkungen auf die Qualität der Bereitstellung von sicherheitsrelevanten Dienstleistungen (Reflektionszeit in Krisensituationen, Übermüdung des Personals, Konflikte in der Abstimmung, Unterschiede der Normen im Ländervergleich).
- Die natürlichen Rhythmen (z.B. Tag/Nacht, Jahreszeiten), die sozialen Rhythmen, die funktionalen Spezialisierungen von Städten oder Teilräumen, die sozialräumliche Strukturierung und die Gestaltung des öffentlichen Raumes beeinflussen maßgeblich, wie Unsicherheit sich zeitlich und räumlich verteilt (Floeting/Creemers, Haver-

kamp), wie Sicherheit und Unsicherheit von unterschiedlichen Gruppen erlebt werden (Lukas) und wie das Verhalten unterschiedlicher Gruppen und die Nutzung des Raumes beeinflusst werden (Lukas).

In der Zusammenschau werden viele (Zeit)Konflikte ersichtlich, die in den verschiedenen Aspekten verborgen sind. Diese Konflikte betreffen u. a.

- die unterschiedlichen Vorstellungen über das Ausmaß (herstellbarer) Sicherheit und das akzeptable Maß an Unsicherheit. Vollkommene Sicherheit ist prinzipiell unmöglich und die Produktion von Sicherheit ist in der Regel mit Einschränkungen von Freiheit verbunden. Daher müssen die Grenzen der Freiheit, das notwendige Maß an Eigenverantwortung, das akzeptable Maß an Unsicherheit für jeden Bereich und für jede Periode immer wieder neu ausgehandelt werden. Exemplarisch für den Bereich Gesundheit wird dies an der Entwicklung der Präventionsvorstellungen im Beitrag von Leanza deutlich.
- die Frage der institutionellen Zeitgestaltung, der Zeitwünsche der Beschäftigten und der organisatorischen Anforderungen. Beispiele für diese Konflikte werden in den Beiträgen mehrfach angesprochen. Die Schichtpläne u.a. der Polizei entsprechen oft nicht chronobiologischen Anforderungen und reduzieren dadurch Sicherheit im öffentlichen Raum und für die Einsatzkräfte, auch wenn sie teilweise den Arbeitszeitwünschen des Personals und der Einfachheit der Einsatzplanung dienen (Bürger).
- die institutionelle Zeitgestaltung in Krisensituationen. Krisensituationen erfordern schnelles Handeln. Hektik führt zu einer Verengung der Perspektiven und verhindert das (zeitaufwändige) Durchdenken von Lösungsmöglichkeiten. Es müssen also Mechanismen für die Bewältigung von Dringlichkeit und Sorgfalt gefunden werden (Hofinger).
- die unterschiedlichen Zeitlichkeiten der sozialen und technischen Steuerung in Kontrollräumen. Die Konstruktion von (integrierten) Einsatzleitzentralen schafft durch den Einsatz von Technik eine eigene Zeitlichkeit, die aber die Konflikte der Zeitlichkeit unterschiedlicher Zeitlogiken der zu überwachenden und steuernden Bereiche nur unzureichend lösen kann und neue Konflikte schafft (Hempel).
- wünschenswerte Zeitvorgaben und die erforderlichen materiellen Ressourcen für ihre Einlösung. Normative Vorgaben für die zeitliche Erreichung von Einsatzziele (Hilfsfristen) (Hasch) setzen nicht nur entsprechende Arbeitszeitorganisationen voraus (Bürger), sondern auch eine entsprechende Bereitstellung von Einsatzfahrzeugen, Hilfsmitteln etc. und deren standörtliche Verteilung im Raum. Hier ergeben sich Konflikte zwischen den Einsatzziele und der Kosten ihrer Umsetzung.

- unterschiedliche Erwartungen und Wünsche unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen. Die unterschiedlichen subjektiven Empfindungen zur Sicherheit oder Unsicherheit zu unterschiedlichen Zeiten und in unterschiedlichen Räumen bedingen sehr heterogene Anforderungen an die Sicherheitskräfte und die Gestaltung des Raumes (Haverkamp, Foeting/Creemers, Lukas).

Die Beispiele zeigen, dass schon alleine bezogen auf das Thema Sicherheit im öffentlichen Raum sehr unterschiedliche Zeitlichkeiten, Zeitwahrnehmungen, Zeitperspektiven, zeitliche Organisationen und Vorgaben aufeinandertreffen. Diese unterschiedlichen Zeitdimensionen in den Blick zu nehmen, erlaubt häufig erst, auftretende Konflikte als Zeitkonflikte zu erkennen.

Voraussetzung dafür ist die systematischere empirische Auseinandersetzung mit und Fundierung der zeitlichen Dimensionen. Das heißt, sicherheitsbezogene Zeitforschung bzw. die zeitbezogene Sicherheitsforschung sowie die Bereitstellung entsprechender Datengrundlagen, die bislang, wie auch die Beiträge gezeigt haben, sehr dünn ist (Haverkamp, Floeting/Creemers), müssten deutlich weiterentwickelt werden. Erst dann können Fragen, wie die nach Abhängigkeiten der Sicherheit und des Sicherheitsgefühls von Tageszeit, Wochentag und Jahreszeit für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen und die Auswirkungen auf das Verhalten aussehen und warum sich unterschiedliche Bevölkerungsgruppen zu unterschiedlichen Zeiten im öffentlichen Raum sicher oder unsicher fühlen, wirklich beantwortet werden. Erst ein systematischer Vergleich von Arbeitszeitorganisationen und deren Folgen bei unterschiedlichen sicherheitsrelevanten Akteuren ließe die Auswirkungen auf die Sicherheit im öffentlichen Raum ermessen. Ein Vergleich der Leistungsfähigkeit von unterschiedlichen Bereichen der Notfallversorgung wird schon dadurch erschwert, dass die Definition von Hilfsfristen (ab welchem Zeitpunkt beginnt die Frist, zu der der Einsatz als begonnen gilt) zwischen Bundesländern abweicht.

Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von zeitlich relevanten Fragen für die Sicherheit im öffentlichen Raum, die im

Rahmen dieser Tagung nicht behandelt wurden. Anknüpfend an den Beitrag zur Arbeit im Kontrollraum (Hempel) wäre beispielsweise zu untersuchen, wie die (Video)Überwachung des öffentlichen Raumes nicht nur die Temporalität innerhalb des Kontrollraumes beeinflusst, sondern auch das zeitliche Verhalten der Nutzer*innen des öffentlichen Raums. Zu fragen wäre, wie sich das zeitliche Verhalten durch Berichterstattung über die Sicherheit im öffentlichen Raum verändert. Die Beispiele für offene Fragen ließen sich beliebig erweitern.

Die systematische Einbeziehung der Zeitdimension würde zusätzliche Transparenz für die Wahrnehmung von Konflikten schaffen und damit die Voraussetzungen verbessern, diese Konflikte in ihrer Struktur erkennbar und damit als Zeitkonflikte verhandelbar zu machen. Eine explizit zeitpolitische Dimension in der Sicherheitspolitik, die offen für Fragen ist, wofür in der Bereitstellung von Sicherheitsdienstleistungen Zeit benötigt wird, wo in Krisensituationen Zeitpuffer vorhanden sein müssen, wo Rationalisierungen zu Einschränkungen der Sicherheit im öffentlichen Raum führen können, würde den Spielraum für wissenschaftlich fundierte und demokratisch legitimierte Strukturen und Entscheidungen erweitern. Wie u. a. das Beispiel des Kontrollraums zeigt, werden sich die Zeitkonflikte nicht auflösen, sie werden auf eine neue Ebene gehoben und können explizit als solche in der Berücksichtigung der unterschiedlichen Perspektiven, Zeitlogiken, Anforderungen und Wünsche der Beteiligten verhandelt und abgewogen, bestenfalls in neue (vorläufige) abgestimmte Regelungen überführt werden.

Wir hoffen, dass mit diesem Themenschwerpunkt ein Auftakt gelungen ist, die bislang sehr selektive, sporadische und zwischen verschiedenen Teilthemen unverbundene Beschäftigung mit dem Thema Sicherheit und Zeit systematischer in den Blick zu nehmen. Auch an dem Beispiel „Zeit und Sicherheit“ wird deutlich, dass eine Zeitpolitik, die *explizit* die zeitlichen Dimensionen gesellschaftlicher Entwicklungen in den Fokus rückt und nicht weiter auf die *implizite*, unsichtbare und daher oft nicht erkennbare temporale Steuerung vertraut, dringend geboten ist.

www.zeitpolitik.de – Die Webseite der DGfZP

Schauen Sie doch mal herein!

Sie finden dort unter anderem:

alle Ausgaben des Zeitpolitischen Magazins, die Termine der nächsten Veranstaltungen,
Zeitpolitische Impulse, Informationen über die bisherigen Jahrestagungen,
Texte zur Zeitpolitik zum Download...

MATTHIAS LEANZA

Die Zukunft der Prävention

In seiner aus dem Nachlass herausgegebenen Anthropologie *BESCHREIBUNG DES MENSCHEN* bestimmt Hans Blumenberg (2006: 551) den Menschen als „ein riskantes Lebewesen, das sich selbst mißlingen kann.“ Entscheidend ist dabei die reflexive Struktur: Auch wenn der Mensch seine biologische Existenz im Angesicht objektiver Gefahren zu sichern vermag, kann er an seinem eigenen Lebensentwurf scheitern. Überleben allein gewährleistet noch kein gelungenes Leben im Horizont kulturell vermittelter Erwartungen und Ansprüche. Blumenberg (551) stellt lakonisch fest: „Nur der Mensch kann leben und dabei unglücklich sein.“ Dass sich der Mensch in eine offene Zukunft hinein entwerfen kann, verdanke er wiederum seinem Vermögen, die eigenen Reaktionen auf die sich ihm bietenden Reize im Zustand der Latenz zu halten. Weil er nicht unmittelbar auf das in seiner Wahrnehmung Gegebene reagieren müsse, gewinne er Distanz zur Umwelt und Zeit für bewusstes Denken. „Der Mensch zögert und zaudert nicht, weil er Vernunft hat, sondern er hat Vernunft, weil er gelernt hat, sich das Zögern und Zaudern zu leisten.“ (559) Für Blumenberg zeigt sich die Vernunft des Menschen darin, dass er seine Handlungsentscheidungen im Horizont zukünftiger Möglichkeiten zu treffen vermag. „Vernunft ist ganz wesentlich ein Organ von Erwartungen und der Ausbildung von Erwartungshorizonten, ein Inbegriff präventiver Dispositionen und provisorisch-antizipatorischer Einstellungen.“ (561) Die Kehrseite der menschlichen Zukunftsorientierung erkennt Blumenberg in der Angst. Sie sei der affektive Ausdruck der bereits antizipierten, aber kognitiv und praktisch noch unbewältigten Bedrohung. Als solche stehe sie der Vernunft entgegen. Die Angst zeige im Gemüt an, was das Denken und Handeln durch begriffliche Vorwegnahme und praktische Gefahrenabwehr erst noch zu leisten haben. „Der Inbegriff von Rationalität,“ so Blumenberg (565) lapidar, „ist daher Prävention.“

Der präventive Zukunftsbezug, wie ihn Blumenberg aus der existenziellen Situation des Menschen heraus abzuleiten versucht, unterliegt jedoch einem historischen Wandel. Auch wenn der Mensch ein Lebewesen ist, das sein Existenzrisiko zu minimieren versucht, indem es in der Zukunft liegende Gefahren antizipiert und im aktuellen Handlungsvollzug berücksichtigt, ist noch keine Aussage darüber getroffen, wie weit diese Kompetenz ausgebildet wird und welche Formen sie dabei annimmt. Gewiss, bereits mit der Domestizierung des Feuers, dem Anlegen von Nahrungsvorräten und dem Schutz vor Wildtieren beginnt die Entwicklungsgeschichte vorsorgenden Handelns. Der Mensch kreierte sich seine

Nische selbst, um das eigene Überleben zu sichern (Scott 2017: 37–92). Vorsorge ist demnach eine elementare Kulturleistung. Und dennoch kommt es seit der Aufklärung zu einer historisch beispiellosen Ausweitung und Verstärkung sowie Verwissenschaftlichung und Professionalisierung präventiver Anstrengungen (Bröckling 2017; Leanza 2017). Neben der Gesundheits- und Unfallvorsorge bilden der Katastrophen- und Umweltschutz sowie Gewalt- und Kriminalitätsprävention Kernbereiche moderner Prävention. Diese Entwicklung hängt eng mit einem Wandel von Gesellschafts- und Zeitstrukturen im Übergang zur Moderne zusammen. Nach Reinhart Koselleck (1989) haben sich in der Neuzeit „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“ voneinander entfernt und schließlich entkoppelt. Im modernen Zeitbewusstsein wird die Zukunft als grundsätzlich offen und gestaltbar erlebt. „Es wird geradezu zur Regel,“ so Koselleck (364), „daß alle bisherige Erfahrung kein Einwand gegen die Andersartigkeit der Zukunft sein darf.“ Mit dem Untergang der altständischen Ordnung und einer allgemeinen Beschleunigung des sozialen und technologischen Wandels in der anlaufenden Moderne war Geschichte nicht mehr als eine Wiederholung des Gleichen begreifbar. Sie trat fortan als ein offener Entwicklungsprozess in Erscheinung. Die Entgrenzung des Möglichkeitsbewusstseins hat aber nicht nur den Fortschrittsglauben entfacht, sondern auch den Gefahrensinn geschärft. Darin besteht die „Ambivalenz des Kontingenten“, wie Michael Makropoulos (1997: 148) herausgearbeitet hat. Eine offene Zukunft ermöglicht nicht nur bewusste Gestaltung, sie entzieht sich auch vollständiger Kontrolle und birgt Gefahren in sich. Prävention kann dann als der Versuch betrachtet werden, in einer als unsicher erfahrenen Welt erneut Sicherheit zu erlangen.

Die Folge ist eine zunehmende Responsibilisierung menschlicher Gesellschaften für die Schadensfälle, die in ihnen stattfinden. Die Entgrenzung des Möglichkeitssinns zieht eine Entgrenzung der Verantwortung nach sich. Dass dies kein linearer Prozess ist und gegenläufige Tendenzen existieren, zeigen nicht zuletzt ökologische Probleme, bei denen bisweilen der Eindruck organisierter Verantwortungslosigkeit entsteht. Dennoch kann mit Niklas Luhmann (2003) eine allgemeine Tendenz in der Moderne konstatiert werden, Gefahren in Risiken zu transformieren. Wie ist das zu verstehen? Nach Luhmann werden Gefahren als von außen kommend erlebt, wohingegen Risiken von eigenen Handlungsentscheidungen (inklusive Unterlassen) abhängig sind. Neben der objektiven Verfügbarkeit von

Möglichkeiten, Schaden abzuwenden, spielen kulturelle Normalitätsvorstellungen eine zentrale Rolle bei der Zuordnung auf Gefahr oder Risiko. „Man kann es als eine Gefahr ansehen,“ erläutert Luhmann (1996: 40), „wenn man mit Erdbeben, Überschwemmungen oder Wirbelstürmen zu rechnen hat; aber auch als Risiko, wenn man die Möglichkeiten berücksichtigt, aus dem gefährdeten Gebiet wegzuziehen oder wenigstens eine Versicherung abzuschließen.“ Prävention meint die systematische Berücksichtigung eben jener Möglichkeiten, Schaden abzuwenden. In dem Maße, wie sich präventive Erwartungen in der Gesellschaft etablieren, führt die Erschließung neuer Handlungsmöglichkeiten zu einer Ausweitung der Verantwortung.

Wer die präventive Verantwortung unter welchen Bedingungen und wie weit zu tragen hat, ist Gegenstand gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse und nicht im Vorhinein entschieden. Eine in diesem Zusammenhang regelmäßig anzutreffende These besagt, dass in den westlichen Gegenwartsgesellschaften ein allgemeiner Trend bestehe, das Individuum zunehmend dazu zu verpflichten, für das eigene Wohlergehen Sorge zu tragen. Im deutschsprachigen Raum wird diese These für den Bereich der gesundheitlichen Vorsorge unter dem Titel des „präventiven Selbst“ (Lengwiler/Madarász 2010) diskutiert. Demnach setzte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein tiefgreifender „Transformationsprozess von staatlichen und zivilgesellschaftlichen zu liberal-individualistischen Präventionspraktiken ein“. Eine „Subjektivierung der präventiven Verantwortung“ sei die Folge gewesen, sodass das „präventive Selbst, jenes rationale, krankheitsminimierend agierende Subjekt“ (16) ins Zentrum der gesundheitlichen Vorsorge rückte. Zwar habe „sich dieser Prozess der Individualisierung und Subjektivierung präventiver Praktiken bereits in der Zwischenkriegszeit“ zu entfalten begonnen, dennoch komme es erst in der zweiten Jahrhunderthälfte zu einer Verallgemeinerung dieser Tendenz. Es sei eine „liberale Wende des Präventionsdiskurses“ festzustellen, „durch die individuelle Verhaltensempfehlungen auf Kosten institutioneller, sozialstaatlicher Reformen zunehmend in den Vordergrund rückten“ (22 f.). Die These vom präventiven Selbst hat eine hohe Suggestivkraft und scheint die Ökonomisierungstendenzen im Gesundheitsbereich, aber auch in anderen gesellschaftlichen Feldern, treffend auf den Begriff zu bringen. Dennoch kommen bei genauerer Betrachtung Fragen auf. Auch wenn sich Selbsthilfeliteratur großer Beliebtheit auf dem Buchmarkt erfreut und Meditations- und Achtsamkeitsübungen derzeit Konjunktur besitzen, lässt sich anzweifeln, ob die historische Entwicklung der letzten Jahrzehnte richtig beschrieben wird, wenn man den Rückzug kollektiver Akteure aus der gesundheitlichen Vorsorge betont. Weder sind

Gesundheitsratgeber und Praktiken der Individualprävention eine Erfindung der jüngeren Vergangenheit – bereits in der Aufklärung waren sie verbreitet (Leanza 2017: 33–66) –, noch kann man pauschal von einem Rückzug des Staates aus diesem Bereich sprechen. Dies hat sich nicht zuletzt in der aktuellen Covid-19-Pandemie gezeigt. An ihr ist aber noch ein weiterer Punkt deutlich geworden: Kollektive und individuelle Verantwortung müssen nicht im Widerspruch zueinander stehen. Neben staatlichen Behörden und Einrichtungen sind auch die Bürgerinnen und Bürger gefragt, ihren Anteil zur Bewältigung der Krise zu leisten, indem sie zum Beispiel die Abstandsregeln einhalten und sich bei Verdacht auf Ansteckung isolieren. Die Zuweisung von Verantwortung erfolgt nicht zwingend dem Modell eines Nullsummenspiels. Es ist durchaus möglich, dass mehrere Parteien gleichzeitig mehr Verantwortung zu tragen haben, als sie dies bis dahin taten. Warum ist das so? Weil es keine stabile „Verantwortungsmenge“ in der Welt gibt. Es lassen sich stets neue Zuständigkeiten und Pflichten definieren, die dann verschiedenen Akteuren zugewiesen werden können. Dass das Individuum zunehmend Verantwortung für das eigene Wohlergehen trägt, muss dann nicht schon ein Beleg dafür sein, dass sich der Staat zurückzieht. Dies kann auch Indiz dafür sein, dass sich der menschliche Zugriff auf die Zukunft ausweitet und individuelle und kollektive Akteure gleichermaßen ihren Beitrag dazu leisten müssen.

Literatur

- Blumenberg, Hans (2006): Beschreibung des Menschen. Aus dem Nachlass herausgegeben von Manfred Sommer. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bröckling, Ulrich (2017): Prävention: Die Macht der Vorbeugung. In: ders.: Gute Hirten führen sanft. Über Menschenregierungskünste. Berlin: Suhrkamp: 73–112.
- Koselleck, Reinhart (1989): „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“ – zwei historische Kategorien. In: ders.: Vergangenheit Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten. Frankfurt am Main: Suhrkamp: 349–375.
- Leanza, Matthias (2017): Die Zeit der Prävention. Eine Genealogie. Weilerswist: Velbrück.
- Lengwiler, Martin / Madarász, Jeanette (2010): Präventionsgeschichte als Kulturgeschichte der Gesundheitspolitik. In: dies. (Hg.): Das präventive Selbst. Eine Kulturgeschichte moderner Gesundheitspolitik. Bielefeld: transcript: 11–28.
- Luhmann, Niklas (2003): Soziologie des Risikos. Berlin: de Gruyter.
- Luhmann, Niklas (1996): Gefahr oder Risiko, Solidarität oder Konflikt. In: Roswita Königswieser u.a. (Hg.): Risiko-Dialog. Zukunft ohne Harmonieformel. Köln: Institut der Deutschen Wirtschaft: 38–46.
- Makropoulos, Michael (1997): Modernität und Kontingenz. München: Fink.
- Scott, James (2017): Against the Grain. A Deep History of the Earliest States. New Haven: Yale University Press.

Dr. Matthias Leanza

Departement Gesellschaftswissenschaften der Universität Basel.

RITA HAVERKAMP

Schutz- und Vermeidungsverhalten – eine sichtbare Facette der Kriminalitätsfurcht

Der Alltag birgt mannigfache Risiken und Gefahren, die den Einzelnen mehr oder weniger bewusst sind. Sie können Unsicherheit empfinden und Ängste erzeugen, häufig als Furcht vor Kriminalität.

Häufig kommt dies in Schutz- und Vermeidungsverhalten zum Ausdruck. Das Ausmaß der personalen Kriminalitätsfurcht hängt von der individuellen Disposition, von der momentanen Situation und von der Einschätzung der eigenen Opferwerdung ab. Das Ausmaß, die Bedeutung und wie die Entwicklung der Kriminalität eingeschätzt wird, sind erheblich von den Informationen beeinflusst, die staatliche Instanzen (z. B. Polizeipressestellen) herausgeben und die durch öffentliche Medien und im Internet in sozialen Medien verbreitet werden. Seit Jahrzehnten ist Kriminalität ein omnipräsentes Thema in Medien, Politik und Öffentlichkeit. Die beliebten Krimis und die Fokussierung auf Berichte über Schwere Kriminalität führen dazu, dass in der Bevölkerung die Verbreitung von Mord und Totschlag im Bundesgebiet überschätzt wird. Insbesondere die lokale Berichterstattung über Kriminalität hat solche Wirkung. Der mediale Einfluss auf die individuelle Kriminalitätsfurcht ist nach wie vor nicht hinreichend geklärt. Aus den zahlreichen Studien zu Medienwirkungen ergeben sich aber Anhaltspunkte dafür, dass die Furcht vor Kriminalität bei Personen, die ohnehin solche Furcht haben, durch Medien verstärkt wird (Selektionsthese).

Kriminalitätsfurcht betrifft die individuelle Betroffenheit und Problematisierung von Kriminalität und trägt zur Erklärung des *Schutz- und Vermeidungsverhaltens* bei. In empirischen Untersuchungen zu Sorgen und Ängsten ermöglicht die Erhebung von Kriminalitätsfurcht einen Vergleich mit anderen Sorgen der Menschen und somit eine Einordnung dieser Furcht in den Zusammenhang der in der Gesellschaft bestehenden sozialen Probleme. Kriminalitätsfurcht wird gemeinhin als dreidimensionales Konstrukt erforscht. Die kognitive (verstandesbezogene) Dimension bezieht sich auf die subjektive Wahrnehmung von Risiken und Erwartungen, Opfer zu werden. Die affektive (gefühlsmäßige) Dimension umfasst das Ausmaß der Unsicherheits- und Unterlegenheitsgefühle und die konative (antriebsbezogene) Dimension betrifft das Schutz- und Vermeidungsverhalten.

Das *Schutzverhalten* richtet sich auf Maßnahmen zur Abwehr von Kriminalität, etwa durch die Installation von Schlössern und Alarmanlagen in der Wohnung oder im Haus, das Mit-

führen von Schlag- und Stichwaffen oder Pfefferspray, den Kauf eines Hundes und den Besuch von Selbstverteidigungskursen. Das *Vermeidungsverhalten* äußert sich im Meiden von furchteinflößenden Orten oder Personen, im Zuhause-Bleiben bei Dunkelheit und im Verzicht auf öffentliche Verkehrsmittel. Zwischen all dem bestehen Wechselwirkungen. Es steht infrage, ob und inwiefern die konative Kriminalitätsfurcht eine Reaktion auf die affektive Kriminalitätsfurcht darstellt: Werden Sicherungsvorkehrungen eher bei emotionaler Unsicherheit ergriffen? Und umgekehrt: Erhöhen bereits getroffene Schutzmaßnahmen das Sicherheitsgefühl?

Sicherheit empfinden

Im Sommer 2018 führten die Stiftungsprofessur für Kriminalprävention und Risikomanagement der Universität Tübingen und der Lehrstuhl für Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit der Universität Wuppertal in Düsseldorf, Leipzig und München eine postalische Befragung (n=5.586) zum Sicherheit empfinden der Bevölkerung durch (Haverkamp/Lukas 2019 und 2020).

Das Sicherheit empfinden wurde mit dem Standard-Item zur Messung der personalen Kriminalitätsfurcht direkt abgefragt: „Wie sicher fühlen Sie sich in Ihrem Wohngebiet, wenn Sie bei Dunkelheit auf die Straße gehen?“¹ „Alleinsein bei Dunkelheit“ ist über die Kriminalitätsfurcht hinausreichend Angst erregend. Trotz Kritik an dieser Unschärfe hat sich diese Frage bei der Erfassung von Kriminalitätsfurcht, in die allgemeinere Unsicherheitsgefühle projiziert werden, über Jahrzehnte hinweg bewährt, was Vergleiche mit Ergebnissen anderer Studien ermöglicht.

Mit „Dunkelheit“ enthält die Frage eine zeitliche Komponente. Zur Ergänzung wurde daher auch nach dem Sicherheit empfinden tagsüber gefragt. Erwartungsgemäß zeigten sich deutliche Unterschiede zwischen dem Sicherheit empfinden im Wohngebiet bei Helligkeit und bei Dunkelheit. Während sich die ganz überwiegende Mehrheit (92%) dort tagsüber eher bzw. sehr sicher fühlte, war das Sicherheitsgefühl bei Dunkelheit deutlich geringer (69%). Moderate Unterschiede zeigten sich nach Alter und Geschlecht: Während 25% der ab 65-jährigen sich abends draußen unsicher fühlten, waren dies nur 13% der 35-64-jährigen und 10% der 18-34-Jährigen. Frauen (19%) gaben doppelt so oft

1 Abfrage mit einer fünfstufigen Skala: „sehr unsicher“, „eher unsicher“, „teils, teils“, „eher sicher“ und „sehr sicher“.

an, sich abends draußen eher bzw. sehr unsicher zu fühlen, als Männer (10%). Deutliche Unterschiede gab es auch zwischen Einkommensgruppen: Mehr Befragte mit einem niedrigen Einkommen fühlten sich in ihrem Wohngebiet abends eher bzw. sehr unsicher (29% unter 1.000 €; 21% 1.000 € bis 3.000), während dies bei Befragten mit einem hohen Einkommen (9% 3.000 € bis 5.000 €) und sehr hohen (6% über 5.000 €) seltener vorkam.

Nur eine Minderheit der Befragten gab an, in den letzten zwölf Monaten (sehr) häufig Maßnahmen zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls ergriffen zu haben. Am häufigsten sagten Befragte, dass sie am Abend den öffentlichen Nahverkehr meiden (23%) und etwas weniger (18%) gaben an, bei Dunkelheit das Haus nicht mehr zu verlassen. noch weniger (8%) gaben an, zum Schutz Reizgas, ein Messer oder eine andere Waffe mit sich zu führen.²

Diese Ergebnisse stimmen mit gängigen kriminologischen Befunden überein und entkräften die sog. Viktimisierungsthese, nach der sich Kriminalitätsfurcht aus direkten und indirekten Erfahrungen mit Kriminalität ergibt. Da Frauen und ältere Menschen weniger von Kriminalität betroffen sind, kann deren größere Unsicherheit nicht auf mehr Opfererlebnisse zurückgeführt werden. Dieses Phänomen ist als Kriminalitätsfurchtparadox bekannt. Vor allem Frauen und ältere Menschen wissen sich körperlich unterlegen, sie sind sich ihrer defizitären Verteidigungs-, Vermeidungs- oder Bewältigungsmöglichkeiten von Gefahren bewusst und somit eher verunsichert. Nicht zu unterschätzen sind aber auch Persönlichkeitsmerkmale, die die Sicherheitsmentalität des jeweiligen Menschen prägen. Einer Studie (Klimke 2008, 143 ff.) zufolge lassen sich fünf Typen von Sicherheitsmentalitäten identifizieren. Der pragmatische, eingreifende oder responsible Typ ist bei Schutzmaßnahmen im öffentlichen Raum abwägend oder wachsam und wehrhaft, seine Schutzpraktiken hält er für wirksam. Demgegenüber legt der ängstliche oder anklagende Typ ein Vermeidungsverhalten unterschiedlichen Ausmaßes an den Tag und ist mit seinen Schutzmaßnahmen unzufrieden. Darüber hinaus zeigen die Ergebnisse dieser Befragung die Bedeutung des sozioökonomischen Status für das Sicherheitsempfinden. Im Unterschied zu einkommensschwachen Personen verfügen gut situierte Menschen in der Regel über die finanziellen Mittel, um sich mit Sicherungsvorkehrungen besser vor kriminellen Übergriffen (z. B. Wohnungseinbruchdiebstahl) zu schützen.

Jahreszeit und Temperatur

Vor allem in der angloamerikanischen Forschung finden sich empirische Erkenntnisse zu jahreszeitlichen Schwan-

kungen der Kriminalität in unterschiedlichen Delikten. Seit Mitte der 1990er Jahre gibt es hierzu immer wieder Studien, so dass ein Fundus an kriminologischen Befunden vorliegt. Die reichhaltige Forschung reicht von Analysen kürzerer Zeitabstände (Uhr-, Tages-, Wochenzeit) bis hin zur kriminologischen Relevanz von verschiedenen Wetterphänomenen (Schwüle, Wolkendichte, andere Umweltbedingungen) in denen der Fokus auf jahreszeitlichen Unterschieden liegt. Zunächst stellt sich die Frage nach vorhersehbaren jahreszeitlichen Zyklen in bestimmten Kriminalitätsbereichen. Unterschiede zwischen dem jahreszeitlichen Auftreten spezifischer Delikte haben alle Studien gezeigt, doch die empirischen Ergebnisse und die daraus gezogenen Schlüsse gehen vielfach auseinander. Es sind Abweichungen, die sich auf unterschiedliche Studiendesigns, Stichprobengrößen und Unterschiede der untersuchten lokalen Bezirke zurückführen lassen. Nicht selten fehlt es zudem an Längsschnittstudien.

Dass im Sommer Gewaltdelikte und im Winter Eigentumsdelikte dominieren, wurde, wie Adolphe Quételet berichtet hat, bereits Mitte des 19. Jahrhunderts beobachtet und trifft bis in die Gegenwart zu. Häufig wird ein Zusammenhang zwischen höheren Temperaturen und mehr Gewalttaten festgestellt, viele Studien verweisen aber auch auf mehr Kriminalität aller Art im Sommer. Inkonsistent sind die Befunde zu spezifischen Straftaten. Zu Eigentumsdelikten gibt es Forschungsergebnisse, die ein höheres Aufkommen im Sommer oder Winter, und andere, die keine jahreszeitlichen Schwerpunkte zeigen. Zu Vergewaltigungen finden sich einerseits saisonale Verläufe, andererseits aber auch keine Hinweise für einen Anstieg in Abhängigkeit von der Jahreszeit. In Bezug auf Raub lässt sich sowohl eine Häufung im Sommer als auch im Winter beobachten. Am meisten unterscheiden sich die Befunde zu Tötungsdelikten: Während in einigen Studien saisonale Unterschiede festgestellt werden und der Sommer als Höhepunkt von Tötungsdelikten erkannt wird, finden sich hierzu in anderen Studien keine Anhaltspunkte.

Neuere Forschungen basieren auf Temperatur-Aggressionstheorien oder auf der Routine-Aktivitäts-Theorie. Die Temperatur-Aggressionstheorien gehen davon aus, dass sich höhere Temperaturen und steigende Luftfeuchtigkeit in den Sommermonaten verstärkend auf die Aggressivitätsbereitschaft der Menschen auswirken. Eine Variante davon nimmt bei einer bestimmten Temperatur einen Höhepunkt an, nach dem die erhöhte Neigung zu Gewalttaten wieder zurückgeht. Hierbei sind jedoch nur Temperaturunterschiede im Fokus, während sowohl saisonale Zyklen als auch spezifische Straftaten wie Eigentumsdelikte außer Acht bleiben. Die Routine-Aktivitäts-Theorie gleicht dieses Manko aus und bietet Erklärungen für ein größeres Risi-

² Abfrage mit einer fünfstufigen Skala: „nie“, „selten“, „manchmal“, „häufig“ und „sehr häufig“.

ko, Kriminalitätsoffer zu werden, wenn die Kriminalität jahreszeitbedingt zunimmt, wenn bei schönem und warmem Wetter sich viel mehr Menschen draußen aufhalten. Denn die Abwesenheit von Zuhause eröffnet potenziellen Tätern bessere Einbruchschancen und der Aufenthalt im öffentlichen Raum bietet mehr Möglichkeiten für gewalttätige Übergriffe. Dieser Theorie hat jedoch eine gewisse Beliebtheit, da sich voneinander abweichende Ergebnisse damit plausibel begründen lassen. So vermag eine Theorie das Verhältnis von Jahreszeit, Temperatur und Kriminalität nicht zufriedenstellend zu klären, es bedarf vielmehr einer Kombination mehrerer Theorien. Das gilt auch für die Erklärung des Schutz- und Vermeidungsverhaltens.

Fazit

In der Kriminalitätsforschung sind in Bezug auf das Schutz- und Vermeidungsverhalten vor allem zeitliche Dimensionen bedeutsam. Zum einen werden tageszeitliche Besonderheiten untersucht: „Wie sicher fühlen Sie sich, wenn Sie bei Einbruch der Dunkelheit in Ihrem Wohngebiet allein unterwegs sind oder wären?“ Ergebnisse weisen darauf, dass Befragte sich im Dunkeln deutlich mehr verunsichert fühlen als im Hellen und sich das individuelle Schutz- und Vermeidungsverhalten an der Stärke des persönlichen Sicherheitsgefühls orientiert. So verzichten eher ängstliche Menschen abends auf die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln oder verlassen bei Dunkelheit nicht mehr ihr Heim. Lange und warme Tage steigern im Sommer die Aufenthaltsqualität im Freien, lange und kalte Nächte verringern dieses im Winter. Der Einfluss der *jahreszeitlich schwankenden* Temperatur und Wetterlagen wird häufig untersucht. Die bekannt größere Tendenz zu aggressivem Verhalten an heißen Sommertagen wirft die Frage nach der Wirkung von Hitze auf Gewalttätigkeit und auf andere Kriminalität auf. Diese Frage gewinnt angesichts des Klimawandels an Bedeutung. Wenn künftig die Temperaturen steigen und der Hochsommer sich verlängert, könnte sich der Tagesrhythmus der Bevölkerung verändern, im Sommer etwa indem eine längere Mittagspause eingeführt wird und die Arbeits- und Schulzeiten in die Morgen- und Abendstunden verlegt werden. Zugleich bringt mehr Aufenthaltszeit im Freien das bekannte höhere Aggressionspotenzial mit sich, dem eine

höhere Opfergefährdung entspricht. Die Berufstätigkeit und der Schulbesuch im Dunkeln vor Sonnenaufgang und nach Sonnenuntergang könnten im Winter mehr subjektive Unsicherheit und mehr Schutz- und Vermeidungsverhalten (z. B. Umwege) auslösen. Entsprechend mehr Präventionsmaßnahmen von Sicherungsvorkehrungen gegen Wohnungseinbruch über Klimaanlage zur Reduktion von Aggressionen bis hin zum Meiden von als gefährlich wahrgenommenen Orten und Plätzen wären die Folgen.

Literatur

- Andresen, Martin A. / Malleson, Nick (2015): Intra-week spatial temporal patterns of crime. In: *Crime Science* 4: 12, 1-11.
- Boers, Klaus (1991): Kriminalitätsfurcht. Über den Entstehungszusammenhang und die Folgen eines sozialen Problems. Pfaffenweiler.
- Haverkamp, Rita / Lukas, Tim (2019): Webinar 1: Sicherheitslage und Sicherheitsgefühl (12. 11. 2019). Deutscher Präventionstag (DPT). <https://www.praeventionstag.de/nano.cms/webinarreihe-sicherheit-im-bahnhofsviertel> [26. 03. 2020].
- Haverkamp, Rita / Lukas, Tim (2020): Webinar 3: Öffentlicher Raum für alle (17. 03. 2020). Deutscher Präventionstag (DPT). <https://www.praeventionstag.de/nano.cms/webinarreihe-sicherheit-im-bahnhofsviertel> [26. 03. 2020].
- Hecker, Meike (2019): Vertrauen in der Stadt – Vertrauen in die Stadt. Die Wahrnehmungen polizeilicher Legitimität im städtischen Raum. Berlin.
- Hirtenlehner, Helmut / Hummelsheim-Doß, Dina / Sessar, Klaus (2018): Kriminalitätsfurcht: Über die Angst der Bürger vor dem Verbrechen. In: Hermann, D. / Pöge, A. (Hg.) *Kriminalsoziologie. Handbuch für die Wissenschaft und Praxis*. Baden-Baden: 471-486.
- Klimke, Daniela (2008): Wach- & Schließgesellschaft Deutschland. Sicherheitsmentalitäten der Spätmoderne. Wiesbaden.
- McDowall, David / Loftin, Colin / Pate, Matthew (2012): Seasonal Cycles in Crime, and Their Variability. In: *Journal of Quantitative Criminology* 23: 389-410.
- Noack, Marcel (2015): Methodische Probleme bei der Messung von Kriminalitätsfurcht und Viktimisierungserfahrungen. Wiesbaden.
- Stevens, Heather R. / Beggs, Paul J. / Graham, Petra L. / Hsing-Chung, Chang (2019): Hot and bothered? Associations between temperature and crime in Australia. In: *International Journal of Biometeorology* 63: 747-762.
- White, Rob (2020): *Climate Change Criminology*. Bristol.

*Prof. Dr. Rita Haverkamp
Univ. Tübingen, Stiftungsprofessur
für Kriminalprävention und Risikomanagement*



Seit Dezember 2015 kann man der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik auch bei Twitter folgen: www.twitter.com/Zeitpolitik.

Getwittert werden Anregungen zu den Themen Zeit und Zeitpolitik sowie Hinweise unserer Mitglieder auf Veranstaltungen oder Veröffentlichungen. Der Account wird derzeit von unserem Vorstandsmitglied Elke Großer betreut. Kommentare, Anregungen und Material bitte senden an elke-grosser@t-online.de.

BERND BÜRGER

Die Arbeitsorganisation bei der Polizei und ihre Wirkungen auf (Un)Sicherheit im öffentlichen Raum

„Wir stehen ein für die Sicherheit der Menschen und leisten Hilfe rund um die Uhr.“¹

Die Aufgabe aller Polizeibehörden besteht darin, die Sicherheit in einer Gesellschaft zu gewährleisten, und zwar rund um die Uhr. Daher hängt die (Un-)sicherheit im öffentlichen Raum auch unmittelbar davon ab, welche Auswirkungen die Gestaltung des dafür erforderlichen Schichtdienstes auf die Leistungs- und Handlungsfähigkeit der Polizist*innen hat.

Arbeitswissenschaftliche Grundlagen

Die Wirkung des Schichtdienstes auf den Menschen lässt sich mittels eines Belastungs-Beanspruchungsmodells (Abb. 1) erklären. Die Belastung setzt sich dabei aus der Arbeitsintensität, also durch alle auf den Menschen bei der Arbeit einwirkenden Einflüsse sowie deren zeitliche Struktur zusammen. Dabei multiplizieren sich diese beiden Elemente (Rutenfranz u. a. 1993). So kann eine schwerere Arbeit über einen kürzeren Zeitraum zu einer gleich hohen Belastung führen wie eine leichtere Arbeit über einen längeren Zeitraum. Diese Belastung wird durch individuelle Mediatoren vermittelt zu einer individuellen Beanspruchung.² Das gesamte Modell macht die Vielfalt der Faktoren deutlich, die sich auf die im Polizeidienst arbeitenden Menschen auswirken und auf die zum Teil auch der Dienstherr (insb. im Hinblick auf die zeitliche Belastung) einen zentralen Einfluss hat. Dabei kann die persönliche Beanspruchung sowohl positive Folgen haben, etwa Lern- oder Aktivierungsprozesse, aber auch negative Effekte mit sich bringen, wie Ermüdung und herabgesetzte Wachsamkeit. Langfristig kann Überbeanspruchung sogar zu Erkrankungen führen (DIN EN ISO 10075-1 2018).

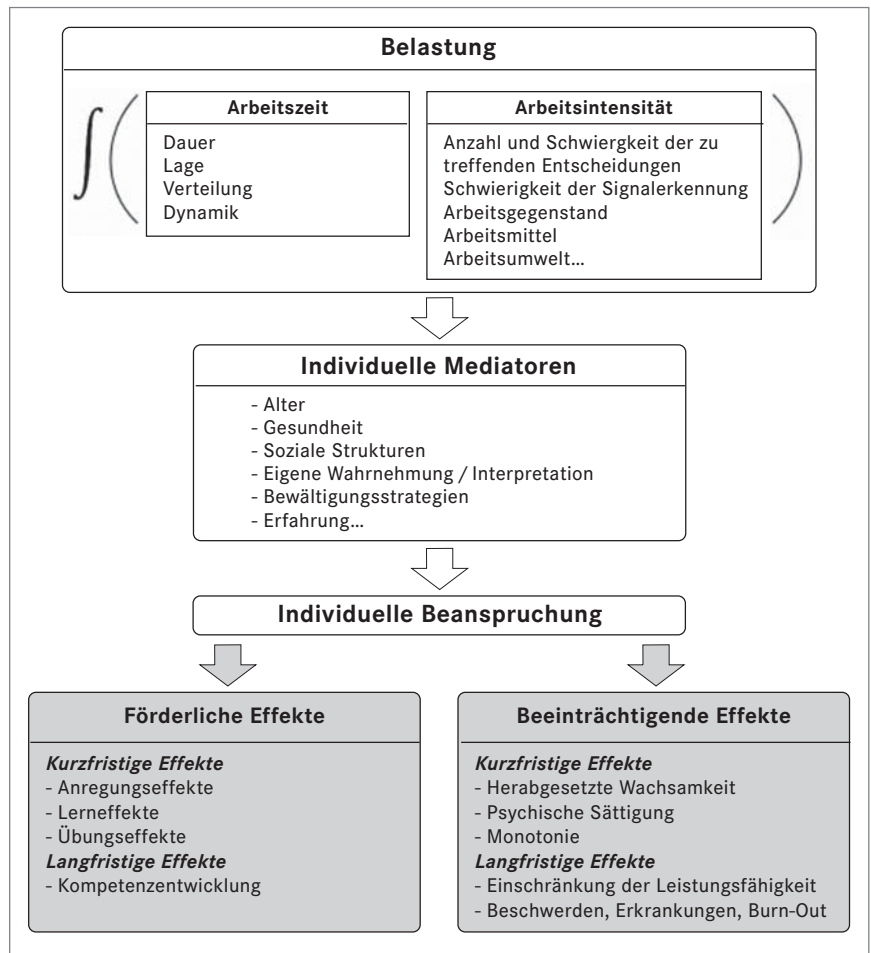


Abb. 1: Eigene Darstellung in Anlehnung an: Rohmert 1983, 1984; Knauth/Hornberger 1997; Schmidtke/Bubb 1993; DIN EN ISO 10075-1 2018.

Arbeitsintensität

Die Art und Intensität der Polizeiarbeit ist nicht einfach zu erfassen, denn die Intensität variiert von Dienststelle zu Dienststelle, von Wochentag zu Wochentag sowie von Stunde zu Stunde. Es lassen sich zwar durchaus Muster im Zeitverlauf finden, diese sind aber in aller Regel spezifisch für eine bestimmte Dienststelle (Bürger/Nachreiner 2019).

Die Aufgabenvielfalt ist groß: Die Polizei ist zuständig für die Abwehr und Beseitigung von Gefahren jeglicher Bandbreite, sie gewährleistet den Schutz aller Bürger*innen und leistet Hilfe, nimmt Verkehrsunfälle auf, regelt und überwacht den Straßenverkehr, verfolgt Straftaten und klärt diese auf. Diese Aufgabenvielfalt weist Belastungsunterschiede sowohl zwischen als auch innerhalb der einzelnen Tätigkeitsfelder auf. So macht es einen deutlichen Unterschied, ob ein Verkehrsunfall bei Sonnenschein oder bei Hagelschauern aufgenommen wird, ob die Beteiligten unverletzt

1 Bayerisches Staatsministerium des Innern, Leitbild der Bayer. Polizei - Handlungs- und Orientierungsrahmen für die Zukunft, <https://www.polizei.bayern.de/wir/leitbild/index.html/3249>, abgerufen am 01.03.2020

2 Im Hinblick auf den Schichtdienst spielt bspw. das Alter eine entscheidende Rolle. In einer Vielzahl von Studien zeigt sich ab dem Alter von 40 bis 50 Jahren eine Zunahme negativer Effekte der Schichtarbeit auf die Gesundheit (Knauth/Hornberger 1997).

sind oder ob Leichenteile an der Unfallstelle verstreut sind, ob zur Verfolgung von Straftaten Fotos von Spuren gemacht werden müssen oder ob bei Dunkelheit ein Messertäter zu Fuß verfolgt wird. Insbesondere Polizeibeamt*innen im Wach- und Wechselschichtdienst, wie der Schichtdienst im Streifendienst genannt wird, müssen die komplette Bandbreite aller Tätigkeiten zumindest bis zum Eintreffen von Spezialisten beherrschen. Zahlreiche Untersuchungen zur Arbeitsintensität belegen hohe psychische Belastung u. a. beim Umgang mit Opfern oder mit Kindern, bei herausragenden und schwerwiegenden Taten oder wenn komplexe Situationen zu lösen sind. Berichtet wird einerseits von hohen Ansprüchen der Vorgesetzten und auch der Bevölkerung und andererseits davon, dass Polizeibeamt*innen Respektlosigkeit und Beleidigungen ausgesetzt sind (Bürger/Nachreiner; Jain/Stephan 2000; Wiendieck u. a. 2002; Schmucker 2017).

Auch die physische Belastung ist nicht zu unterschätzen. Die Ausrüstung (Funkgerät, Waffengürtel, Waffe, Ersatzmagazin, Handschellen, Schlagstock, Beschuss hemmende Weste etc.) wiegen etwa 6 kg und müssen bei jedem Schritt, beim Aus- und Einsteigen aus Fahrzeugen mitgetragen werden. Bereitschaftspolizist*innen schleppen im Großinsatz 22 Kilogramm zusätzlich mit sich herum (Buntrock/Haselmann 2020). Die beschusshemmende Weste ist darüber hinaus nicht atmungsaktiv und sorgt leicht für einen Hitzestau. Darüber hinaus sind Polizeibeamt*innen regelmäßig gefährlichen Stoffen ausgesetzt, seien es Bakterien oder Viren bei Kontakten mit Menschen und Tieren oder Gase, z. B. im Rahmen von Einsätzen oder auch beim Schießtraining (Violanti 2014).

Die Menschen, die im Polizeidienst arbeiten, sind also nicht unerheblichen physischen und psychischen Belastungen ausgesetzt, deren jeweilige Ausprägungen durch die Vielfalt der Aufgaben und deren Wechsel schwanken. Zeitweise gibt es über längere Zeiträume bestehende erhebliche Spitzenbelastungen.

Arbeitszeit

Dem Belastungs- und Beanspruchungsmodell folgend, muss auch der Wechsel von Beanspruchung und Erholung während der Arbeitszeit betrachtet werden. Grundsätzlich gilt, dass der Mensch zwingend Pausen benötigt, um zu regenerieren und um kurzfristige Folgen einer Überbeanspruchung, wie Wahrnehmungs- und Konzentrationsfehler, zu vermeiden. Zahlreiche Studien zeigen, dass das Unfallrisiko nach einer Pause spürbar sinkt (Deloitte 2010). Sowohl die Frequenz und der Zeitpunkt als auch die Längen der erforderlichen Pausen sind insbesondere von der gesamten Arbeitsdauer und von der Arbeitsintensität sowie deren

Wechselwirkungen abhängig. Für Beamte im Wach- und Wechselschichtdienst sind meist keine festen Pausen bzw. Pausenzeiten vorgesehen, aber Zeiten ohne Einsätze oder sonstige erforderliche Tätigkeiten können grundsätzlich zu kurzen Regenerationspausen genutzt werden. Dabei ergab eine Untersuchung des Autors (Bürger 2015), dass etwa ein Drittel von über 900 befragten Beamt*innen selten oder so gut wie nie Pausen machen können, die sie als ausreichend empfinden.

Auch die Dauer der Arbeitszeit hat Auswirkungen. Das Unfallrisiko steigt nach der achten bis neunten Arbeitsstunde exponentiell. Bei einer zwölfstündigen Schicht ist das Unfallrisiko um 34 % höher als bei neunstündiger (Fischer u. a. 2017). Im Blick auf die zeitliche Lage der Arbeitsstunden zeigt sich, dass die zwölfte Stunde ein doppelt so hohes Unfallrisiko birgt wie die durchschnittliche Zeit von der ersten bis zur achten Stunde (Spencer u. a. 2006). Diese Erkenntnisse werden durch ein Quasi-Experiment (Bell u. a. 2015) untermauert, das im Auftrag des Phoenix Police Departments (USA) durchgeführt wurde. Dort wurde die Dienstzeit bei einer von zwei vergleichbaren Dienststellen von 10 auf 13 Stunden erhöht. Neben signifikant negativen Auswirkungen der längeren Arbeitszeiten auf Konzentrations- und Reaktionsfähigkeit sowie auf die allgemeine Lebensqualität lässt auch ein weiteres Ergebnis der Studie aufhorchen: Die Anzahl schwerwiegender Beschwerden von Bürger*innen, die zu disziplinarrechtlichen Mitteln führten, stieg mit den längeren Arbeitszeiten deutlich.

Neben der Arbeitsdauer ist für die Bewertung der Belastung auch insbesondere relevant, ob tags oder nachts gearbeitet wird. Da der Mensch ein tagaktives Lebewesen ist, dessen sämtliche Körperfunktionen in der Nacht nicht auf Leistung, sondern auf Schlafen ausgelegt sind, vermag der Anstieg des Unfallrisikos in den Nachstunden grundsätzlich nicht zu überraschen. Im Vergleich zur Frühschicht ist das Unfallrisiko in Nachtschichten um 36 % höher (Fischer u. a. 2017). Die Unfallgefahr steigt im Tagesverlauf ab 18 Uhr deutlich an und hat nachts etwa um 2 Uhr ihren Höhepunkt (ebd.). Untersuchungen zeigen, dass auch Polizist*innen zu dieser Zeit die mit Abstand höchsten Müdigkeitswerte aufweisen, gleichzeitig aber genau dann die subjektiv und häufig auch objektiv gefährlichsten Einsätze absolvieren müssen (Bürger/Nachreiner 2019).

Folgen der kurzfristigen Überbelastung

Die hier dargestellten kurzfristigen Überbelastungen gefährden die Sicherheit im öffentlichen Raum in zweierlei Dimensionen: im Hinblick auf die (sinkende) Qualität der zu leistenden Sicherheitsarbeit sowie bezüglich der Unfallgefahr und der damit einhergehenden Selbst- und Fremd-

gefährdung. Wesentlich ist, dass die Beamt*innen über ihre volle Wahrnehmungs-, Verarbeitungs- und Reaktionsfähigkeit verfügen und nicht durch Überbeanspruchung eingeschränkt sind. Die Situationen, in denen der Einsatz der Polizei benötigt wird, erfordern sowohl angemessene Problemlösungen als auch blitzschnelle Reaktionen, die über Leben und Tod entscheiden können. Entsprechend gefährlich ist in diesem Zusammenhang Ermüdung. Da dies nicht nur für den Polizeiberuf gilt, hat auch der Gesetzgeber in den §§ 3-5 des Arbeitsschutzgesetzes festgelegt, dass der Arbeitgeber die Gefahren, die sich aus Arbeitsabläufen, der Arbeitszeit und deren Zusammenwirken ergeben, zu bewerten und die sich daraus ergebende Gefährdungen für die Arbeitnehmer zu minimieren hat. Daraus ist angesichts der vorgenannten Erkenntnisse der Schluss zu ziehen, dass mehr als acht Stunden lange Schichten nur nach sorgfältigster Einzelfallabwägung zulässig sein können. Tatsächlich sind aber Tag- und oftmals noch Nachtschichten mit bis zu zwölf Stunden bei den Polizeien zugelassen und auch üblich. Dabei werden von den Gerichten die angeführten Grundlagen zur Schichtdienstgestaltung zur Bewertung herangezogen, wenn es etwa um die Erfüllung von Arbeitgeber-Pflichten (sog. Garantenstellung) nach dem Arbeitsschutzgesetz geht. Auch oder gerade bei der Polizei (der Staat als Vorbild), sollten die seit langem öffentlich zugänglichen arbeitswissenschaftlichen Erkenntnisse zur menschengerechten (sic! §6 Abs. 1 ArbZG) Gestaltung von Schichtarbeit eingehalten werden. Erfolgt dies nicht, kann durchaus der Fall eintreten, dass gegen diejenigen, die Dienstzeiten entgegen dieser offensichtlichen Erkenntnisse angeordnet haben, ermittelt wird (bspw. bei einem Verkehrsunfall bei einer Blaulichtfahrt um fünf Uhr morgens, bei der die Müdigkeit der Polizisten gegen Ende einer zehn- oder gar zwölfstündigen Nachtschicht eine Rolle gespielt haben könnte).

Langfristige Folgen der Überlastung

Eine weitere Gefahr stellen zudem die langfristigen Folgen der Überlastung dar, die oft auf die Schichtarbeit zurückzuführen sind: gesundheitliche Einschränkungen. Polizeibeamt*innen, die im Wach- und Wechselschichtdienst rund um die Uhr für Sicherheit sorgen, arbeiten entgegen der natürlichen Tages- und Wochenrhythmen. Dies birgt ein besonders hohes Risiko für schichtdiensttypische Erkrankungen, insbesondere Schlafstörungen, aber auch Appetitstörungen, Magen-Darm-Beschwerden, Herz-/Kreislaufkrankungen, Erkrankungen des Muskel-Skelettsystems sowie psychovegetative Störungen (Becker u. a. 2009; Bürger/Nachreiner 2019). Diese Erkrankungen führen oft zu eingeschränkter Dienstfähigkeit im Nachtdienst (Hartley u. a. 2014; Nachreiner u. a. 2009) und zu einer überdurchschnittlich hohen Zahl an Krankheitstagen (Bür-

ger 2015; Kopietz 2014). Dabei sollte die Polizeipopulation durch die ärztliche Einstellungsuntersuchung im Vergleich zu anderen Berufsgruppen besonders gesund sein (sog. „Healthy Worker“).

Dazu kommen psychische Erkrankungen, die bei Polizist*innen nicht ungewöhnlich sind. In Studien dazu klagen mindestens 15% der Befragten über emotionale Erschöpfung, Burnout, Angststörungen oder Depressionen (Bürger/Nachreiner 2019; Kopietz 2014). In einigen der Studien wird dies auf die Intensität des Polizeiberufs zurückgeführt, aber auch auf die innere Spannung, die entsteht, wenn Beamt*innen, die den Beruf ja überwiegend aus Überzeugung gewählt haben und mit Engagement ausüben, nur geringe Wertschätzung erfahren (Schmucker 2017). Letzteres sollte besondere Beachtung finden, denn chronische Ermüdung, innere Unruhe, Nervosität, Depressionen, Angstzustände und Gereiztheit sind Symptome, die sich mit Aufgaben und Selbstverständnis professioneller Polizeiarbeit zweifelsfrei nicht vereinigen lassen, die Vorgesetzte jedoch nicht immer als Folge polizeilicher Arbeitsbedingungen erkennen.

Soziale Teilhabe

Ein grundsätzliches Risiko bei Schichtdienstleistenden ist die eingeschränkte soziale Teilhabe. Unsere Gesellschaft ist eine Feierabend- und Wochenendgesellschaft. Soziale Aktivitäten finden nach der „normalen“ Arbeitszeit statt, also am Abend und am Wochenende. Entsprechend wichtig ist es, genau diese Zeiträume möglichst häufig für die soziale Kontakt und soziales Engagement nutzen zu können. Zahlreiche Untersuchungen zeigen insbesondere auch bei der Polizei Einschnitte im Sozialleben von Schichtdienstleistenden (u. a. Knauth/Hornberger 1997; Bürger/Nachreiner 2019). Folgt man den arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen zur Arbeitssicherheit für Polizeibeamt*innen, müsste man die maximale Schichtlänge (bei normaler Belastung) auf acht Stunden festlegen. Bei vierzig zu leistenden Wochenstunden würden die Beschäftigten dann fünf Mal pro Woche im Schichtdienst arbeiten müssen. Die verbleibenden zwei möglichen freien Tage pro Woche wären zudem durch eine vorangegangene Nachtschicht in ihrem Freizeitwert deutlich eingeschränkt. Das bedeutet, das Sozialleben würde letztlich gegen Null gehen. Nach alledem bleibt als Lösung nur eine belastungsadäquate und sozialverträgliche wöchentliche Arbeitszeit im Schichtdienst übrig. Da eine finanzielle Kompensation der Schichtarbeit die Risiken des Schichtdienstes nicht reduzieren kann, sollte eine zeitliche Kompensation erfolgen. Wenn die wöchentliche Arbeitszeit von vierzig Stunden für Schichtdienstleistende um 16,5 Stunden reduziert würde, ließe sich eine gleich geringe gesundheitliche Beeinträchtigung gewährleisten

wie bei Nicht-Schichtarbeitenden (Nachreiner/Arlinghaus 2013). Diese hohe Reduzierung scheint utopisch, verdeutlicht aber, was eigentlich erforderlich wäre.

Zwischenfazit: Arbeitsschutz und Sozialleben in Einklang bringen

Um das Grundproblem anzugehen, die Arbeitssicherheit zu erhöhen, die langfristigen Folgen der offensichtlich weitläufig vorhandenen Überbelastung zu reduzieren und gleichzeitig Sozialleben zu ermöglichen, könnte bereits als erster Ansatz schon eine wöchentliche Arbeitszeit von 35 Stunden, bspw. durch höhere Gewichtung („Faktorisierung“) der Arbeitszeit zu sozial beeinträchtigenden sowie gesundheitlich schädlichen Zeiten³, einen entscheidenden Beitrag leisten (Bürger 2015; Bürger/Nachreiner 2019). Dadurch könnte ein wesentlicher Beitrag zur Sicherheit im öffentlichen Raum gewährleistet werden, sowohl im Hinblick auf die Qualität der Dienstleistung als auch bezüglich der Unfallgefahren und zur Minimierung der langfristigen Folgen von Schichtdienst.

Flexible Arbeitsorganisation

Doch nicht nur die Zeitorganisation spielt im Hinblick auf die (Un-)Sicherheit im öffentlichen Raum eine zentrale Rolle, sondern auch die Arbeitsorganisation insgesamt. Dank der genauen Erfassung von Notrufen und Einsatzanlässen ist es möglich, zu berechnen (einschließlich von Reserven) wie viele Polizei-Arbeitskräfte zu welcher Zeit benötigt werden. Das stellt zwar nur auf die objektive Sicherheitslage ab, sollte gleichwohl aber zwingend gemacht werden – aus zwei Gründen. Einmal, um zu verhindern, dass zu sozial nutzbaren oder gesundheitlich schädigenden Zeiten gearbeitet werden muss, ohne dass es objektiv erforderlich ist. Zum anderen aus Kostengründen, denn jede Dienststunde kostet Steuergeld. Daher haben bereits viele Polizeien sogenannte „Bedarfsorientierte Schichtmodelle“⁴ oder auch „Flexmodelle“ eingeführt. Dabei gibt es keine festen Schichtgruppen, sondern es wird vorab ein leerer Dienstplan mit dem Bedarf an Kräften ausgegeben, zum Beispiel „Samstagnachmittagschicht fünf Beamte, Samstagnachtschicht sieben Beamte“.

3 Bürger und Nachreiner (2019) schlagen vor: gesundheitlich beeinträchtigende Zeiten (täglich von 02:00 bis 06:00 Uhr) und sozial beeinträchtigende Zeiten (Montag bis Freitag von 18:00 bis 02:00 Uhr sowie Samstag und Sonntag von 06:00 bis 02:00 Uhr), die jeweils unterschiedlich hoch faktorisiert werden könnten.² Im Hinblick auf den Schichtdienst spielt bspw. das Alter eine entscheidende Rolle. In einer Vielzahl von Studien zeigt sich ab dem Alter von 40 bis 50 Jahren eine Zunahme negativer Effekte der Schichtarbeit auf die Gesundheit (Knauth/Hornberger 1997).

4 Leider wird insbesondere in Norddeutschland dieser etwas irreführende Begriff für diese Art der Schichtdienstgestaltung verwendet, der impliziert, dass es nur in diesem Modell möglich ist, am Bedarf orientiert zu arbeiten. Dabei ist genau das auch mit festen Schichtgruppen möglich, wenn die Schichtzeiten entsprechend angepasst werden (Bürger 2015).

Dann kann sich jede*r frei eintragen, alle arbeiten abwechselnd mit verschiedenen Kolleg*innen und Vorgesetzten zusammen. Doch diese Art der Flexibilisierung birgt auch Risiken. Denn feste Schichtgruppen prägen eher ein starkes soziales Gefüge aus, die Kollegen unterstützen sich gegenseitig bei Problemen oder bei der Aufarbeitung schwieriger oder gar traumatischer Ereignisse. Zudem gibt es eine für diese Gruppe direkt verantwortliche Führungskraft, die regelmäßig mit ihren Mitarbeiter*innen zusammenkommt, die sich um sie kümmert (Fürsorge), aber auch Kontrolle ausübt, etwa im Hinblick auf die Arbeitsqualität, und die im Umgang mit den Bürgern gegebenenfalls lenkend eingreift. Bei immer neu zusammengewürfelten Gruppen ohne feste Verantwortlichkeiten sind die Ausprägung eines sozialen Gefüges, das gegenseitige Interesse, aber auch die Wirkung und das Verständnis der Führungskraft tendenziell geringer (Bürger 2015; Bürger/Nachreiner 2018). Doch gerade im von emotionalen Belastungen gekennzeichneten Polizeiberuf ist ein gesundes soziales, die Einzelnen absicherndes Gefüge unerlässlich. Gleiches gilt für das Erfordernis einer effektiven Führung, zum einen aus Fürsorge für die Mitarbeiter, zum anderen aber auch, um die Organisation vor Fehlverhalten schützen zu können. Um die Sicherheit im öffentlichen Raum optimal zu gewährleisten, sollte daher die Arbeitsorganisation der Polizist*innen sehr gut durchdacht flexibilisiert bzw. individualisiert werden.

Zusammenfassung

In diesem Beitrag wurden die Problemstellungen bei der Gestaltung der Arbeits(zeit)organisation der Polizei aufgezeigt. Dabei wurde auch diskutiert, welche Anpassungen erforderlich wären, um die Sicherheit im öffentlichen Raum, auch für die Polizist*innen selbst, zu optimieren. Diese Maßnahmen seien abschließend zusammengefasst:

In der Regel sollte die tägliche Arbeitszeit im Wach- und Wechselschichtdienst bei normaler Belastung acht Stunden nicht überschreiten, um die Arbeitssicherheit und die Qualität der Dienstleistung zu sichern. Bei höheren Belastungen können u. U. kürzere Arbeitszeiten erforderlich sein.

Auch die wöchentlich zu leistende Arbeitszeit sollte der Belastung der Arbeit entsprechen. Folglich sollten Dienste zu sozial oder gesundheitlich belastenden Zeiten im Hinblick auf die Arbeitszeitberechnung höher gewichtet („faktoriert“) werden, sodass bei ausschließlich Schichtdienstleistenden eine wöchentliche Arbeitszeit von 35 Stunden nicht überschritten wird. Nur so können langfristige Folgen von Überbelastung vermieden werden. Zugleich würde den Beamt*innen die Möglichkeit gegeben, zumindest eingeschränkt am allgemeinen Sozialleben teilhaben zu können.

Zu sozial beeinträchtigenden und gesundheitlich schädlichen Zeiten sollten nur so viele Beamt*innen im Dienst sein, wie es zwingend erforderlich ist.

Die Schichteinteilung der Beamt*innen sollte nur soweit flexibilisiert und individualisiert werden, dass weiterhin effektive Führung und ein soziales Gefüge innerhalb der Gruppe gewährleistet sind. Dies ist aus Fürsorgegründen für die einzelnen Mitarbeiter*innen und für die Funktionsfähigkeit einer rechtsstaatlichen Polizei unerlässlich.

Literatur

Becker, H. F. / Ficker, J. / Fietze, I. / Geisler, P. / Happe, S. (2009): S3-Leitlinie. In: *Somnologie* 13 (S1), S. 1–160. DOI: 10.1007/s11818-009-0430-8.

Bell, L. B. / Virden, Th. B. / Lewis, D. J. / Cassidy, B. A. (2015): Effects of 13-Hour 20-Minute Work Shifts on Law Enforcement Officers' Sleep, Cognitive Abilities, Health, Quality of Life, and Work Performance. In: *Police Quarterly* 18 (3), S. 293–337. DOI: 10.1177/109861115584910.

Buntrock, T. / Hasselmann, J. (2020): 22 Kilo Mehrgewicht: Wie sich Berlins Polizei für den 1. Mai wappnet. Online verfügbar unter <https://www.tagesspiegel.de/berlin/schwere-polizeiausruistung-am-1-mai-in-berlin-mit-22-kilo-mehrgewicht-auf-die-strasse/9818108.html>, zuletzt aktualisiert am 03.05.2020, zuletzt geprüft am 03.05.2020.

Bürger, B. / Nachreiner, F. (2019): Erkenntnisse zu Belastung und Beanspruchung im Wach- und Wechselschichtdienst der Polizei. Ausgangslage, Folgen und Gestaltungsbedarf. In: Andrea Fischbach und P. Lichtenthaler (Hg.): *Gesünder leben in der Polizei*. Frankfurt a. M.

Bürger, B. (2015): *Arbeitszeitmodelle für den Streifendienst der Polizei. Eine interdisziplinäre Analyse am Beispiel der Bayerischen Polizei*. Frankfurt am Main: Verl. für Polizeiwiss.

Bürger, B. / Nachreiner, F. (2018): Individual and organizational consequences of employee-determined flexibility in shift schedules of police patrols. In: *Police Practice and Research* 19 (3), S. 284–303. DOI: 10.1080/15614263.2017.1419130.

Deloitte (2010): *Study to support an Impact Assessment on further action at European level regarding Directive 2003/88/EC and the evolution of working time organisation*. Brüssel.

DIN EN ISO 10075-1 (2018): *Ergonomische Grundlagen bezüglich psychischer Arbeitsbelastung - Teil 1: Allgemeine Aspekte und Konzepte und Begriffe (ISO 10075-1:2018)*; Deutsche Fassung EN ISO 10075-1:2018. Berlin.

Fischer, D. / Lombardi, D. A. / Folkard, S. / Willetts, J. / Christiani, D. C. (2017): Updating the "Risk Index": A systematic review and meta-analysis of occupational injuries and work schedule characteristics. In: *Chronobiology International* 34 (10), S. 1423–1438. DOI: 10.1080/07420528.2017.1367305.

Hartley, T. A. / Fededulegn, D. / Burchfiel, C. M. / Mnatsakanova, A. / Andrew, M. E. / Violanti, J. M. (2014): Health Disparities Among Police Officers. In: John M. Violanti (Hg.): *Dying for the job. Police work exposure and health*. Springfield, IL, S. 21–40.

Jain, A. / Stephan, E. (2000): *Streß im Streifendienst. Wie belastet sind Polizeibeamte?* Berlin: Logos-Verl.

Knauth, P. / Hornberger, S. (1997): *Schichtarbeit und Nachtarbeit. Probleme - Formen - Empfehlungen*. 4. Aufl. München.

Kopietz, A. (2014): *Gesundheitsstudie der Freien Universität Berlin. Dienst macht Berliner Polizisten krank*. Hg. v. Berliner Zeitung. Online verfügbar unter <http://www.berliner-zeitung.de/103084>, zuletzt geprüft am 05.05.2017.

Nachreiner, F. / Arlinghaus, A. (2013): Zur zeitlichen Kompensation der Belastung durch unübliche Arbeitszeiten. In: *Gesellschaft für Arbeitswissenschaft e. V. (Hg.): Chancen durch Arbeits-, Produkt- und Systemgestaltung - Zukunftsfähigkeit für Produktions- und Dienstleistungsunternehmen*. Dortmund, S. 569–572. Online verfügbar unter <http://www.gawo-ev.de/cms2/uploads/Kompensation%20RV3.pdf?phpMyAdmin=8b6ed5803bbabc8d5f96599c9c6997ad>.

Nachreiner, F. / Wirtz, A. / Browatzki, D. / Giebel, O. / Schomann, C. (2009): *Lebensarbeitszeit von Polizeibeamten - Ergebnisse einer Pilotstudie*. Oldenburg. Online verfügbar unter http://www.gdp-bremerhaven.de/mediapool/86/864657/data/Machbarkeitsstudie_Verlaengerung_Lebensarbeitszeit.pdf.

Rohmert, W. (1983): *Formen menschlicher Arbeit*. In: W. Rohmert und J. Rutenfranz (Hg.): *Praktische Arbeitsphysiologie*. Stuttgart, New York, NY, S. 5–29.

Rohmert, W. (1984): Das Belastungs-Beanspruchungs-Konzept. In: *Zeitschrift für Arbeitswissenschaft* 38 (4), S. 193–200.

Rutenfranz, J. / Knauth, P. / Nachreiner, F. (1993): *Arbeitszeitgestaltung*. In: H. Schmidtke (Hg.): *Ergonomie*. Wien, S. 459–599.

Schmidtke, H. / Bubb, H. (1993): *Das Belastungs-Beanspruchungs-Konzept*. In: H. Schmidtke (Hg.): *Ergonomie*. Wien, S. 116–120.

Schmucker, R. (2017): *Emotionale Belastung im Polizeiberuf. Wie verbreitet sind Konflikte und respektlose Behandlung?* Berlin (DGB-Index Gute Arbeit kompakt).

Spencer, M. / Robertson, K. / Folkard, S. (2006): *The development of a fatigue / risk index for shiftworkers*. Hg. v. Health and Safety Executive. Online verfügbar unter <http://www.hse.gov.uk/research/rrpdf/rr446.pdf>, zuletzt geprüft am 03.04.2014.

Violanti, J. M. (2014): *Hazardous Exposures in Law Enforcement*. In: John M. Violanti (Hg.): *Dying for the job. Police work exposure and health*. Springfield, IL, S. 4–20.

Wiendieck, G.; Kattenbach, R.; Schönhoff, T.; Wiendieck, J. (2002): *POLIS. Polizei im Spiegel*. Köln.

*Dr. Bernd Bürger,
Arbeits-, Wirtschafts- und Organisationspsychologische
Forschung e.V., Dachau
<https://berndbuerger.de/>
(dort auch eine erweiterte Fassung dieses Beitrags)*

MARKUS HASCH

Hilfsfristen von Rettungsdienst und Feuerwehr: Normative Grundlagen

Einleitung

Die Gesetzeskompetenz für den Rettungsdienst, die Feuerwehr und den Katastrophenschutz liegt in der Bundesrepublik Deutschland bei den 16 Bundesländern, die dazu jeweils eigene Landesgesetze erlassen haben. In manchen Bundesländern wurden die oben genannten Bereiche in gemeinsamen Gesetzen zusammengeführt, in anderen Bundesländern (Bsp. NRW) wurden für den Rettungsdienst und den Brandschutz (Feuerwehr) getrennte Gesetze erlassen, die aber aufeinander verweisen.

In diesen Rettungsdienst- und Brandschutzgesetzen sind u. a. die Aufgabenbereiche der Feuerwehr und des Rettungsdienstes definiert. In zahlreichen Bundesländern wird als Qualitätsmaß für die Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen des Rettungsdienstes bzw. des Brandschutzes die sogenannte Hilfsfrist gewählt. Die grundsätzliche Idee dabei ist, eine zeitliche Vorgabe zu machen, bis wann spätestens geeignete Kräfte mit entsprechender Technik mit der Hilfe beim Betroffenen beginnen können sollten. Im Folgenden werden die normativen Vorgaben für die Zeiten und für die Qualitätskriterien der Hilfsfrist für Rettungsdienst und Feuerwehr erläutert.

Rettungsdienst

Die Hilfsfrist ist die entscheidende Rahmenbedingung für den Ausbaustand der bestehenden rettungsdienstlichen Infrastruktur in Deutschland. Sie ist je nach Bundesland in den Landesrettungsdienstgesetzen oder nach untergesetzlichen Verordnungen oder Erlassen festgelegt.

Um die Bedeutung der Hilfsfrist als normative Vorgabe für Planung und Durchführung des Rettungsdienstes zu verstehen, ist es notwendig, sich zunächst mit den Grundlagen der Definitionen der Hilfsfrist zu beschäftigen. Voraussetzung zur Definition einer Hilfsfrist ist die Unterteilung des Einsatzablaufes in Zeitpunkte, Teilzeiten und Zeitabschnitte.

Der Eintritt des Notfalls ist das Ereignis, das später für die Hilfsfrist relevant werden kann. Der frühestmögliche Zeitpunkt, ab dem ein Notfallereignis für den Rettungsdienst und damit für die Betrachtung der Hilfsfrist relevant wird, ist der Eingang des Telefonanrufs und damit die Meldung des Ereignisses in einer Rettungsleitstelle. Leitstellen werden heute in der Regel in Deutschland als sogenannte Integrierte Leitstellen betrieben, die alle eingehenden Hilfersuchen für Feuerwehr und Rettungsdienst, die über die Notrufnummer

112 eingehen, annehmen und koordinieren. Der frühestmögliche Zeitpunkt, zu dem nun die Hilfsfrist im Rettungsdienst beginnt, ist somit der Eingang des Anrufes in der Leitstelle. In einigen Landesrettungsdienstgesetzen oder Erlassen wird der Beginn der Hilfsfrist aber auch auf spätere Zeitpunkte, auf die Einsatzentscheidung, also die Festlegung, dass es sich tatsächlich um einen eindeutigen rettungsdienstlichen Einsatz handelt, oder auch die Alarmierung des zuständigen Rettungsmittels gelegt. Der Beginn der Hilfsfrist variiert somit von Bundesland zu Bundesland vom Eingang der Meldung bis hin zur Alarmierung des Rettungsmittels.

Der Zeitpunkt des Abschlusses der Hilfsfrist ist hingegen in den Bundesländern einheitlich geregelt. Maßgeblich für das Ende der Hilfsfrist ist das Eintreffen des alarmierten Rettungsmittels, also eines Rettungswagens (RTW) oder Notarzteinsetzungsfahrzeuges (NEF) an der Einsatzstelle. Dabei ist nicht entscheidend, ob die Notfallsanitäter oder der Notarzt tatsächlich bereits Kontakt mit dem Patienten aufgenommen haben. Entscheidend ist, dass sie den dem Notfallort nächstgelegenen Punkt an einer öffentlichen Straße nach eigener Einschätzung erreicht haben.

Wenn zum Beispiel ein Notfallpatient in einem Hochhaus wohnt, endet die Hilfsfrist mit dem Eintreffen des alarmierten Rettungswagens an der Straße vor dem Hochhaus. Die Zeit, die anschließend durch die Mitarbeiter des Rettungsdienstes benötigt wird, um vom Fahrzeug bis in den achten Stock zu gelangen, um dem Patienten letztendlich tatsächlich helfen zu können, wird in der Hilfsfrist nicht betrachtet.

Die Vorgaben der Bundesländer variieren nicht nur nach Beginn der Hilfsfrist, sondern auch nach der Dauer. So werden je nach Bundesland Hilfsfristen zwischen 8 und 15 Minuten für das ersteintreffende Rettungsmittel gefordert. Tabelle 1 auf der nächsten Seite zeigt den Stand der gesetzlichen Zeitvorgaben zum Eintreffen des Rettungsdienstes in den 16 Ländern im Bundesgebiet.

Ergänzend ist anzumerken, dass die von den Ländern formulierte Definition der Hilfsfrist nicht in Übereinstimmung mit der Definition nach DIN 13050 (Rettungswesen, Begriffe) steht, wonach folgende zeitliche Abgrenzung vorliegt: „Die mittlere Zeitspanne aller Notfalleinsätze zwischen dem Eingang des Notrufs in der Rettungsleitstelle und dem Eintreffen des Rettungsdienstes beim Notfallpatienten. Sie ist so zu bemessen, dass die Möglichkeiten der Notfallmedizin nutzbar sind.“ Dieses ist eine notfallmedizinisch begründete

Tab. 1: Gesetzliche Zeitvorgaben zum Eintreffen der rettungsdienstlichen Hilfe in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland (Stand: 2019)

Bundesland/Rechtsquelle	Definition Hilfsfrist	Vorgabe Hilfsfrist
Baden-Württemberg Gesetz über den Rettungsdienst (Rettungsdienstgesetz - RDG); Landesrettungsdienstplan	von Eingang der Meldung bis Ankunft am Notfallort an Straßen	Möglichst nicht mehr als 10 Min., höchstens 15 Min. in 95 % der Fälle
Bayern Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes (AVBayRDG)	von Fahrtbeginn bis Ankunft am an einer Straße liegenden Einsatzort	12 Minuten in der Regel
Berlin Rettungsdienstgesetz	-	bedarfsgerecht
Brandenburg Gesetz über den Rettungsdienst im Land Brandenburg	von Eingang der Meldung bis Ankunft Notfallort	15 Minuten in 95% der Fälle
Bremen Bremisches Hilfeleistungsgesetz (BremHilfeG)	von Eröffnung des Ein-satzes bis Ankunft am Einsatzort an befestigter Straße	95% in 10 Minuten
Hamburg Hamburgisches Rettungsdienstgesetz (HmbRDG)	-	flächendeckend und bedarfsgerecht
Niedersachsen Niedersächsisches Rettungsdienstgesetz (NRettdG)	von Beginn der Einsatzentscheidung bis Ankunft am an einer öffentlichen Straße gelegenen Einsatzort	95% in 15 Minuten
Nordrhein-Westfalen Nordrhein-Westfälisches Rettungsdienstgesetz (RettG-NRW)	von Eingang der Meldung bis Ankunft am an einer Straße gelegenen Notfallort	5 - 8 Minuten; 12 Minuten im ländlichen Raum
Rheinland-Pfalz Rettungsdienstgesetz	von nach Eingang des Hil-feersuchens bis Ankunft am an einer öffentlichen Straße gelegenen Einsatzort	in der Regel maximal 15 Minuten Fahrzeit
Saarland Rettungsdienstgesetz	von Eingang der Meldung bis Ankunft am an einer Straße gelegenen Notfallort	95% in 12 Minuten
Schleswig-Holstein Gesetz über die Notfallrettung und den Krankentransport (Rettungsdienstgesetz RDG); Landesverordnung zur Durchführung des Rettungsdienstgesetzes	nach Eingang der Meldung bis Ankunft am ausschließlich über eine Straße erreichbaren möglichen Einsatzort	90% in 12 Minuten
Hessen Hessisches Rettungsdienstgesetz (HRDG)	von nach Eingang der Meldung bis Ankunft am an einer Straße gelegenen Notfallort	in der Regel in 10 Minuten
Mecklenburg-Vorpommern Gesetz über den Rettungsdienst für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Rettungsdienstgesetz - RDG M-V)	von Eingang der Meldung bis Ankunft am an einer Straße gelegenen Notfallort	10 Minuten in der Regel in der Regel = im Jahres-durchschnitt aller Einsätze
Sachsen Sächsisches Gesetz über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz (SächsBRKG); Sächs. Landesrettungsdienstplanverordnung	von Eingang der Meldung bis Ankunft am Notfallort	95% in 12 Minuten
Sachsen-Anhalt Rettungsdienstgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (RettdG LSA)	vom Eingang der Meldung bis Ankunft am an einer Straße gelegenen Notfallort	95% in 12 Minuten unter gewöhnlichen Bedingungen

te Definition, die Unabwägbarkeiten und Ausnahmesituationen enthält, die bei der Organisation des Rettungsdienstes kaum zu kalkulieren sind.

Die Hilfsfrist stellt eine Leistungsvorgabe und einen wesentlichen Parameter für die Bedarfsplanung im Rettungsdienst dar, aus der sich der Ausbaustandard der bedarfsgerechten rettungsdienstlichen Infrastruktur (Netz der Rettungswachen) ableitet. Die Einhaltung der Hilfsfrist muss dabei planerisch *und* organisatorisch, d. h. in der Realität sichergestellt werden.

Die Hilfsfrist umfasst jedoch nur denjenigen Teil des Zeitraumes zwischen Eintritt des Notfalls und Beginn der notfallmedizinischen Versorgung, den der Rettungsdienst weitestgehend planerisch und organisatorisch beeinflussen kann. Bei der Beurteilung und Planung der Hilfsfrist ist neben der „reinen“ Zeitvorgabe auch der „Anteil“ der Notfälle, der sogenannte Zielerreichungsgrad, zu berücksichtigen, in dem die Hilfsfrist für die Organisation der Hilfe verbindlich ist und eingehalten werden muss.

Um in einem Planungsgebiet gleichwertige Rettungschancen für alle Bürgerinnen und Bürger in der Realität zu gewährleisten, ist ein einheitlicher Standard für den Grad, bis zu dem die Hilfsfrist organisatorisch einzuhalten ist, festzulegen. Aus Tabelle 1 ist zu entnehmen, dass in 7 von 16 Ländern normativ ein Anteil von 90 % bzw. 95 % der Einsätze festgelegt wird, bei dem die jeweilige Landesnorm *in der Realität* verbindlich erfüllt sein muss.

Dabei ist darauf hinzuweisen, dass eine Vorausberechnung des realen Zielerreichungsgrades der Hilfsfrist im Hinblick auf die damit vermeintlich auch organisatorisch gesicherte Einhaltung der Landesnorm anhand einer Formel nicht möglich ist. Der reale Zielerreichungsgrad der Hilfsfrist (z. B. 95 % in 15 Minuten) kann ausschließlich retrospektiv durch die Analyse der tatsächlichen Notfallfahrten quantitativ bestimmt und bewertet werden. Der Zielerreichungsgrad der Hilfsfrist ist somit kein „Planungsmaß“, sondern ein „Wirkungsüberprüfungsmaß“ zur Qualitätssicherung, mit dem das Ergebnis der Summe der Wirkungen und realen Abläufe (Outcome) innerhalb eines Notfallrettungssystems im Hinblick auf die Einhaltung der Landesnorm messbar wird. Die Struktur und die Prozesse des Notfallrettungssystems sind dabei quasi als „Black Box“ zu sehen, in der das komplexe Wirkungsgefüge von der Standortverteilung der Rettungswachen, der Anzahl einsatzbereiter geeigneter Rettungsmittel zum Dispositionszeitpunkt eines Notfalls, der Kombination aus verschiedenen Dispositions-, Alarmierungs-, Ausrück-, Einsatz- und Fahrzeugstrategien, der „Intelligenz“ der Rettungsleitstelle sowie Zufälligkeiten im äußeren Umfeld und des zufällig sich ereignenden Notfallgeschehens zusammenwirken.

Wenn festgestellt wird, dass die Landesnorm nicht eingehalten wird, weil der Zielerreichungsgrad (z. B. 89 % in 15 Minuten statt 95 % in 15 Minuten) unterschritten wurde, sind daher zuerst alle organisatorischen Wirkbereiche, wie z. B. unterschiedliches Ausrückverhalten, bestehende Alarmierungswege, praktizierte Strategien, die „Leitstellenintelligenz“ u. v. m. auf Schwachstellen zu prüfen, ehe kostenverursachende Faktoren, wie z. B. zusätzliche RTW oder zusätzliche Rettungswachen, ins Auge gefasst werden, um den Zielerreichungsgrad erreichen zu können.

Zur praktischen Überprüfung der Einhaltung des Zielerreichungsgrades der Hilfsfrist muss zunächst die Plausibilität des Datenbestandes gesichert und dann die reale Hilfsfristverteilung aus Leitstellendaten eines Jahres wie folgt bestimmt werden:

Gesamtzahl aller Einsatzfahrten im Rettungsdienstbereich **abzüglich**

- Einsatzfahrten ohne Sonderrechte auf der Anfahrt
- Einsatzfahrten aufgrund von Parallelalarmierungen (nur das zuerst eingetroffene qualifizierte Rettungsmittel markiert die Einhaltung der Hilfsfrist)
- Einsatzfahrten, deren Einsatzorte nicht an einer öffentlichen Straße liegen (z. B. Feld- und Waldwege, Betriebsgelände, Truppenübungsplätze)
- Einsatzfahrten mit fehlerhaften Statusmeldungen (z. B. Statusmeldung vergessen)
- Einsatzfahrten aufgrund von Nachalarmierungen
- Einsatzfahrten, die absolute Fehlfahrten sind

Einen aktuellen Überblick über das Leitungsgeschehen und die Hilfsfristen des Rettungsdienstes gibt die von der Bundesanstalt für Straßenwesen herausgegebene Untersuchung des Leistungsniveaus des Rettungsdienstes.¹

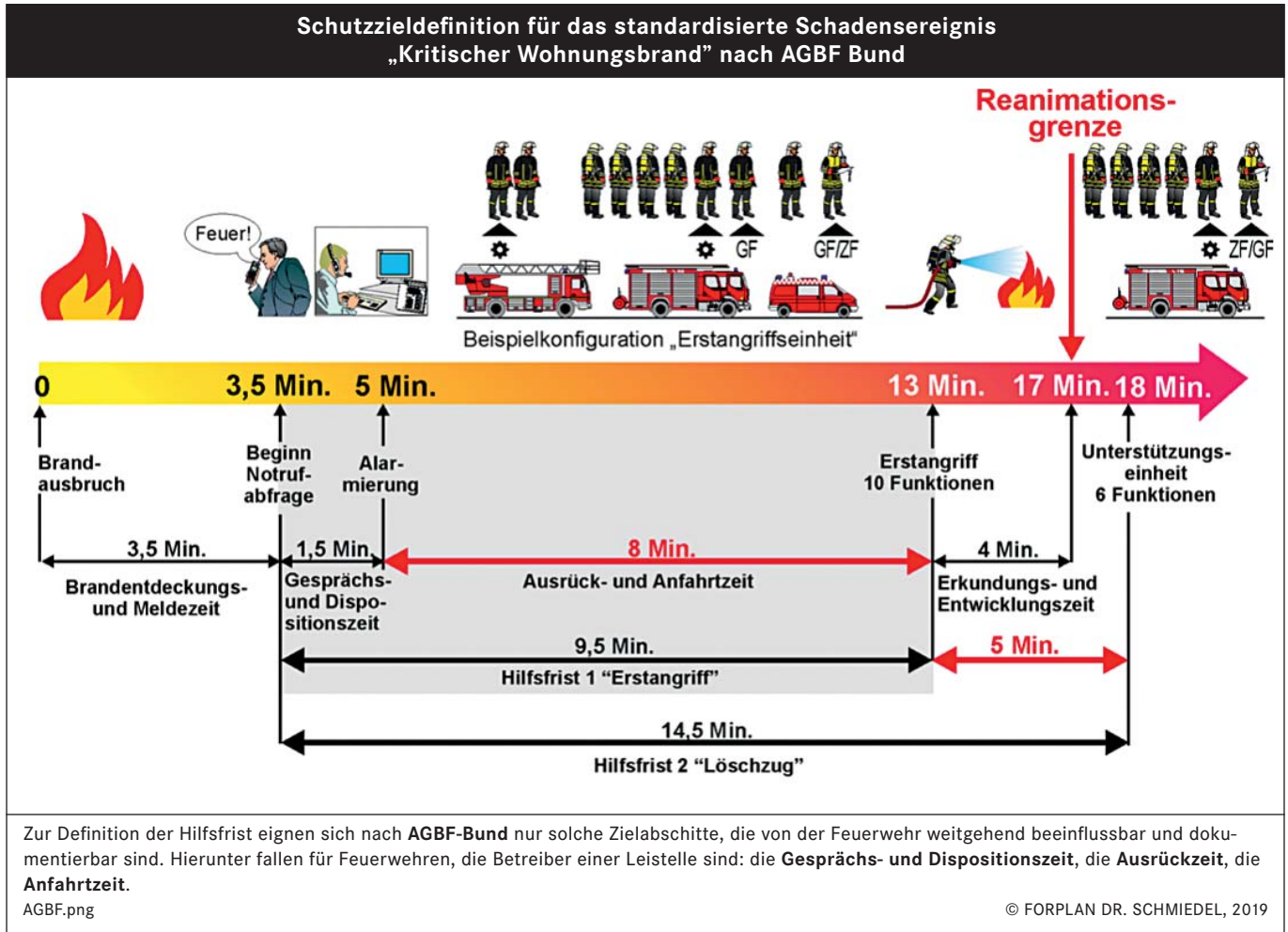
Feuerwehr

Auch für die Feuerwehren gibt es in einzelnen Bundesländern untergesetzliche Regelungen über Hilfsfristen. So ist laut Feuerwehrverordnung des Landes Rheinland-Pfalz die Gemeindefeuerwehr „so aufzustellen, dass sie in der Regel zu jeder Zeit und an jedem an einer öffentlichen Straße gelegenen Ort ihres Zuständigkeitsbereichs innerhalb von acht Minuten nach der Alarmierung (Einsatzgrundzeit) wirksame Hilfe einleiten kann“².

Neben den Hilfsfristen werden die Strukturen der Feuerwehr in Deutschland aber auch in erheblichem Maße durch

1 Leistungen des Rettungsdienstes 2016/17 – Analyse des Leistungs-niveaus im Rettungsdienst für die Jahre 2016 und 2017, Bergisch Gladbach, Bundesanstalt für Straßenwesen, 2019 (Berichte der Bundesanstalt für Straßenwesen, Unterreihe „Mensch und Sicherheit“, Heft M 290).

2 Feuerwehrverordnung (FwVO) Vom 21. März 1991 § 1 Aufstellung der Gemeindefeuerwehr.



sogenannte Schutzziele der Gefahrenabwehr bestimmt, die beschreiben, wie bestimmten Gefahrensituationen begegnet werden soll. Für eine bestimmte Gefahrensituation muss festgelegt werden,

- in welcher Zeit die Einheiten zur Gefahrenabwehr an der Einsatzstelle eintreffen sollen (Hilfsfrist),
- in welcher Personalstärke diese Einheiten benötigt werden (Mindestfunktionsstärke),
- in welchem Umfang das Schutzziel in der Realität erreicht werden soll (Zielerreichungsgrad).

Bei der Festlegung der Schutzziele sind die Ziele des Brandschutzwesens mit folgender Priorität zugrunde zu legen:

1. Menschen retten,
2. Tiere, Sachwerte und Umwelt schützen,
3. die Ausbreitung des Schadens verhindern.

Die Rettung von Menschen ist die zeitkritischste Aufgabe. Die Mindestfunktionsstärke muss so bemessen werden, dass mit den zuerst eintreffenden Kräften in jedem Fall die Rettung von Menschen ermöglicht und dabei zugleich die Eigensicherung der Helfer beachtet werden.

Zum Erreichen der weiteren Einsatzziele bei einem Schadensereignis unter Beachtung der Eigensicherung werden

gegebenenfalls zusätzliche Kräfte benötigt. Das zu formulierende Schutzziel muss daher die Erreichung aller drei genannten Ziele des Brandschutzwesens ermöglichen.

Originäre Aufgaben der Feuerwehr sind die Brandbekämpfung und die Technische Hilfeleistung. Um diese Aufgaben bewältigen zu können, müssen geeignetes Personal und Sachmittel vorgehalten werden. Das Personal wird in taktische Einheiten gegliedert, die in der Lage sind, Schadensereignisse allein oder durch Zusammenstellung mehrerer Einheiten abzarbeiten. Sollen die erforderliche Stärke des Einsatzpersonals einer Feuerwehr sowie die vorzuhaltenden Gerätschaften und deren Standorte ermittelt werden, so muss zunächst die gewünschte Qualität dieser Produkte und Leistungen festgelegt werden. Als allgemein anwendbarer Maßstab dient dazu das als Qualitätskriterium von der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren (AGBF) empfohlene „Standardisierte Schadensereignis“ – beschrieben als Wohnungsbrand im Obergeschoss eines mehrgeschossigen Gebäudes (vgl. Abb.1). Diese Art von Einsatz fordert in Deutschland statistisch signifikant die meisten Opfer und wird daher als maßgebliches Qualitätsmerkmal der Effizienz einer Feuerwehr angesehen.

Das AGBF-Schutzziel besteht in der Kombination von Zeit und Funktionsstärke aus zwei Komponenten:

- Ein „Erstangriff“ der Feuerwehr soll innerhalb der Hilfsfrist 1 von 9,5 Minuten (nach Beginn der Notrufabfrage in der Leitstelle) mit 10 Funktionen (qualifizierte Einsatzkräfte der Feuerwehr) erfolgen, um die Rettung von Menschen noch rechtzeitig durchführen zu können.
- Eine „Unterstützungseinheit“ soll innerhalb der Hilfsfrist 2 von 14,5 Minuten mit weiteren sechs Funktionen an der Einsatzstelle eintreffen. Diese weiteren sechs Funktionen sind zur Unterstützung bei der Rettung von Menschen, zur Brandbekämpfung, zur Entrauchung sowie zur Eigen-sicherung der Einsatzkräfte erforderlich.

Im Unterschied zu den Hilfsfristen des Rettungsdienstes sind im Schutzziel der Feuerwehr (AGBF) zwei Hilfsfristen gefordert. Das Schutzziel gilt nur dann als erfüllt, wenn in einem Einsatz beide Hilfsfristen mit den geforderten Personalstärken erreicht wurden.

*Markus Hasch, Dipl. Geograf,
Unternehmensberater im Rettungsdienst
und Brandschutz
Forplan, Bonn*

LEON HEMPEL

Vom Oligoptikon zum Poligoptikon

Zur Koordination gleichzeitiger Zeitstrukturen in digitalen Umgebungen

Einleitung

Der Einsatz digitaler Technologien transformiert immer offensichtlicher die Umgebungen, in der Menschen arbeiten, ihre Aufgaben erledigen und miteinander interagieren. In Verbindung mit einer medienbruchfreien Vernetzung sämtlicher Informations- und Kommunikationssysteme soll eine umfassende Datentransparenz einen erfahrbaren „Produktivitätssprung“ (Boes u. a. 2014) auf individueller, organisationaler wie auch gesellschaftlicher Ebene bewirken und die Last stetig gleicher Routinen heraustransformiert werden. Verschwindet dabei Vertrautes und Gewohntes, so tritt an deren Stelle die synthetische Geborgenheit des Digitalen. Sie beansprucht mehr als nur Entlastung zu sein. Das Versprechen „4.0“ lautet, nicht nur zu „sehen“, was passiert, sondern auch zu „verstehen“, warum etwas passiert, und nicht nur zu verstehen, warum etwas passiert, sondern auch zu wissen, wann etwas passieren könnte, um das jeweilige Verhalten auf individueller und technischer Ebene anzupassen, bevor etwas schiefgeht. Sichtbarkeit folgt Verstehen, Verstehen Prognosefähigkeit und Prognosefähigkeit wiederum Adaptierbarkeit (Schuh u. a. 2020). Schon die Definition weist auf die zeitliche Dimension des Digitalen, verbindet Sicherheit und Zeit. Behauptet wird, auf sich abzeichnende Ereignisse präventiv Einfluss nehmen zu können.

Die technischen Oberflächen mobiler Endgeräte erweisen sich dabei als miniaturisierte Koordinierungs- und Steuerungszentralen für das Informationsmanagement

des Lebensalltags. Ob im Privaten oder bei der Arbeit, das infrastrukturelle Paradigma bildet nicht mehr nur den verborgenen Unterbau von Gesellschaft. Die Erfahrung der Betriebsführung, wie sie bislang nur aus der Binnenperspektive unzugänglicher Leitwarten, Leitstellen oder Kontrollräume¹ gewonnen werden konnte, hat sich vervielfältigt und ins Leben eingeschrieben. Je nach Parametrisierung der Einstellungen erhält jede/r über das personalisierte Dashboard Feedback zu seinen Leistungs- und Verbrauchswerten (Mau 2017). Dabei sind die technischen Oberflächen einmal mehr nur sichtbare Außenposten einer ansonsten unsichtbaren globalen Infrastruktur, die, wie für die Mitarbeiter der Kontrollräume auch, der Einflussnahme entzogen bleibt. Während die Sichtbarkeit der jeweiligen Primärprozesse, des Steuerns und des Disponierens und ihrer Zusammenhänge, durch immer mehr Daten quantitativ erhöht wird, bleibt Vertrauen in die Sekundärinfrastruktur ihrer medialen Erzeugung erforderlich. In sie eingreifen können auch Dispatcher oder Disponent nicht. Wie vom Geschehen, so sind sie auch getrennt von den technischen Schichten unterhalb der Ebene, auf der sie operieren (Hempel 2017).

¹ Die Begriffe Leitwarte oder Leitstand beziehen sich im Folgenden auf die sozio-technischen Systeme zur Prozesssteuerung von Infrastruktur- und Industrieanlagen, die Begriffe Einsatzleitzentrale, Leitzentrale und Leitstelle auf die zur Einsatzsteuerung bei Sicherheitsbehörden. Der Begriff Kontrollraum wird übergreifend verwendet, wenngleich im Folgenden ausschließlich auf große, integrierte Arrangements.

Die digitale Transformation verändert die Bedeutung, die Gestaltung und die Praktiken der Leitwarten- und Leitstellenarbeit von außen wie von innen heraus und dies mit höchst unterschiedlichen Auswirkungen. In einem Bereich wie der Wasserwirtschaft bilden die teilautomatisierte Steuerung von Pumpen, die digitalen Durchflussmessgeräte in den Netzen oder fernauslesbare Zähler bei den Endkunden heute die Komponenten, die die Arbeit in Leitwarten von Wasserwerken bereits nachhaltig verändert haben. Aus vielen aktiven Maschinisten wurden wenige „passive Beobachter“ (Manzey 2012). Für körperliche Arbeitskraft ist der Bedarf gesunken, was bisweilen an der Körperlichkeit des Bedienpersonals sichtbar wird. Nicht mehr sie regeln jetzt die Reinwasserpumpen entsprechend ihrer Erfahrung und Kenntnis der sozialen Rhythmen der Stadt – „Donnerstag war Washtag. [...] Man hatte ein 20 Meter Schaltbild mit Lampe für jedes Betriebsmittel.“ – sondern die Reinwasser-automatik je nach vorkalkulierter Verbrauchsprognose. Die Integration sämtlicher Wertschöpfungsstufen von der Wassergewinnung über die Aufbereitung und Verteilung bis zur Abwasserableitung und -reinigung, wie sie augenblicklich visioniert wird, wird die Arbeit in Leitwarten weiter verändern. Ist Fernzugriff jederzeit möglich, werden kleinteilige Strukturen zu immer größeren organisations- und sektorenübergreifenden Gebilden zusammengeführt werden. Gleiches lässt sich für die Bereiche Polizei, Feuerwehr und Rettung bereits feststellen. Die Digitalisierung der Gesellschaft, der Kommunikation und auch des Einsatzes hat hier deutliche Rückwirkungen auf die Gestaltung und Praktiken von Leitzentralen und Leitstellen. Sie werden zunehmend als ein „zentraler Baustein im Netzwerk“ der „operativen Gefahrenabwehr und des Informationsmanagements“ betrachtet (Maurer 2017) und aufgrund ihrer „Schlüsselposition“, Information zu sammeln, zu sortieren, auszuwerten und zu verteilen, als „High Reliability Organisation (HRO)“ verstanden (Hackstein 2015). Dabei ist dieser Prozess der Erneuerung wiederum keineswegs abgeschlossen. Die „Leitstelle der Zukunft, heißt es, „verfügt über eine vernetzte Gefahrenabwehr“ und werde „zum Garanten für eine vernetzte Stadt“ (Kaufmann 2018).

Je mehr sich die jeweilige Umwelt im Zuge der digitalen Transformation einschließlich ihrer vielfältigen sozialen Rhythmen und technischen Zeittakte ändert, desto mehr ändern sich die Arbeitsanforderungen und Zeittakte innerhalb der Leitwarten und Leitstellen, die auf diese gerichtet sind. Die Technisierung im Außen hat ihre Entsprechung im Innern dieser abgeschiedenen Räume. Dabei ist im Hinblick auf die zeitliche Dimension ein bereits angedeuteter Trend entscheidend. Die Digitalisierung bewirkt eine zunehmende Zusammenlegung zu immer umfassenderen räumlich

technischen Einheiten innerhalb einzelner Organisationen, Sektoren und auch zwischen Sektoren in Form von großen Kontrollräumen, die nicht nur die Bereiche der Gefahrenabwehr, sondern auch der urbanen Infrastrukturen integrieren. In der Literatur werden sie als Zeichen für einen aufkommenden digitalen Urbanismus sowie Wandel städtischer Governance im Rahmen von Smart-City-Konzepten gelesen (Luque-Ayala/Marvin 2014, Kitchin 2014). Beobachtet man die Einsatzpraktiken bei unterschiedlichen Leitstellen- und Kontrollraumformen jedoch über längere Zeit, so zeigen sich Bruchstellen der Integration und dies weit mehr, als es in kritischen Darstellungen der Konzepte deutlich wird, die ihre Schlüsse vor allem an technischen Schaubildern entsprechender Unternehmen orientieren. Der Imperativ digitaler Integration findet seine Grenzen in der Heterogenität unterschiedlicher medialer, organisatorischer, sozialer und technischer Prozesse und speziell der Heterogenität ihrer Zeitstrukturen. Ihre jeweiligen Taktungen bestimmen die Aushandlung des je aktuellen Geschehens, um, wie es heißt, „vor die Lage zu kommen“ (Bédé 2016) und dessen Ereignistemporalität unter Kontrolle zu bringen.

Dabei spielt sich Aushandlung wie sämtliche Kommunikation in der Zeit ab und hat wie sämtliche Arbeitsprozesse auch eine eigene zeitliche Dynamik (Nervalva 2010; Nachreiner 2020). Dies gilt auch für digitale Medien. Selbst wenn sie sich auf die messbare Zeit stützen und ermöglichen, unterschiedliche Zeitstrukturen in Beziehungen zueinander zu setzen, erzeugen sie keine übergreifende, alles integrierende Zeitstruktur. Vielmehr weisen auch sie ein eigenes Zeitverhalten auf, das ihren Effizienzfaktor definiert² und also keineswegs dem der multitemporalen Ereignisse, der Arbeitszeiten und -prozesse, die sie informatisiert und anordnet und so der eigenen Zeitstruktur unterwirft, entsprechen muss. Dass „unterschiedliche Systeme unterschiedliche Uhren“ verwenden und sich überlagern, hat schon immer zum wiederum Zeit beanspruchenden „Problem der Zeitkommunikation“ geführt (Leydesdorff 1994). Ihre Gleichzeitigkeit muss stets erneut intern und extern koordiniert werden (Luhmann 1990). Andernfalls kommt es zu unkontrollierbaren Interferenzen (Brose/Kirschsieper 2017: 2019).

Im Folgenden möchte ich dem Problem gleichzeitiger heterogener Zeitstrukturen und ihrer Koordination anhand von Beobachtungen in unterschiedlichen Leitwarten von Infrastrukturbetreibern, Leitzentralen der Polizei, Integrierten Leitstellen der Feuerwehr und Rettung und schließlich

2 So definiert z.B. auch ISO 25010/Softwarequalität Effizienz als den Zusammenhang aus technischem „Zeitverhalten“ und „Ressourcennutzung“ im Hinblick auf Aufgabenerfüllung.

großen multiorganisationalen Kontrollräumen nachgehen. In einem ersten Schritt werde ich den skizzierten Trend der Zusammenlegung und Integration von Leitwarten und Kontrollräumen aufgreifen und unter Heranziehung von Bruno Latours Konzept des „Oligoptikon“ (1998/2006) erste Bruchlinien aufzeigen. Latour hat mit diesem Konzept darauf hingewiesen, dass in den verborgenen Räumen der Steuerung immer nur Weniges, aber dieses Wenige sehr genau beobachtet wird. Im zweiten Schritt werde ich sodann die Vielfalt heterogener Zeitstrukturen verdeutlichen, die sich in diesen Räumen bei der Aushandlung von Ereignissen durchkreuzen. Was an Zeitstrukturen nicht synchronisiert und zeitlich vermittelt werden kann, steigert die Arbeitsintensität, den Geräuschpegel und weitet sich gegebenenfalls zur Krise über die jeweiligen Organisationsgrenzen hinaus aus. Im dritten Schritt werde ich am Beispiel zweier großer integrierter Kontrollräume in Rio de Janeiro kurz zeigen, wie das Problem der Gleichzeitigkeit und Synchronisation heterogener Zeitstrukturen angegangen wird. Nicht die digitalen Ausstattungen als vielmehr die jeweiligen Organisationskulturen innerhalb dieser Räume bestimmen die Zeitkommunikation und wie unter Beachtung der eigenen Zeitlichkeit heterogene Temporalstrukturen koordiniert werden.

Vom Oligoptikon zum Poligoptikon

Wie ist es möglich, eine Stadt, ein Land oder auch ein Rohrnetz, das sich über eine gesamte Stadt und noch darüber hinaus erstreckt, auf die Größe eines einzigen Monitors zusammenzuschumpfen, so dass es nicht nur beobachtet, sondern auch gesteuert werden kann? Es ist ja die schiefe Größe eines geografischen Raums oder eines großtechnischen Systems, das sich dem Blick widersetzt und die Begrenztheit individueller Wahrnehmung deutlich macht. Beim 1.500 Kilometer umfassenden Fernwärmenetz Berlins sind es mehrere hundert Sensoren, die den Druck im Netz messen, wobei die Informationen über das Leitsystem verdichtet und auf die beiden großen, jeweils das östliche und westliche Versorgungsgebiet darstellende Wandkarten übertragen werden. Auf der ‚Berlin-Sicht‘ bei den Wasserbetrieben sind die Druckmesspunkte des Frischwassernetzes in Form eingeblendeter Angaben auf einer in mehrere Bereiche aufgeteilten topographischen Darstellung verzeichnet. Sie bilden das Rohrnetz ab, synthetisieren die Ausmaße mehrerer Tausend Kilometer durch wenige Parameter auf engstem Raum. Die Leitstellen-Disponenten bei Polizei und Feuerwehr wiederum verfolgen Position und Status der räumlich verteilten Einsatzmittel auf Basis digitaler Karten, vergleichbar den beweglichen, Züge repräsentierenden Farbpunkten auf den Monitoren in der Leitstelle der Verkehrsbetriebe.

Die Bediener in den jeweiligen Leitwarten und -stellen lesen die jeweiligen Bildschirmrepräsentationen wie Stadtpläne, die mit der realen Stadt interagieren und auch mit vergleichbaren Stadtplänen anderer Betreiber im Austausch stehen können. Wollte man sie übereinanderlegen, ergäbe sich alles andere als ein einheitliches Bild. Das Frischwasser- und auch Kanalnetz erstreckt sich über die administrative Stadtgrenze hinaus. Allenthalben wird sie durchbrochen von Fluss-, Gas- und Straßennetz. Beim Übertragungsnetzbetreiber schrumpft die Stadt auf wenige Knotenpunkte der 380 KV-Diagonale, die als Erdkabel in 30m Tiefe das Stadtgebiet quert, zusammen. Nicht anders verhält es sich bei der Einsatzleitzentrale der Polizei des umgebenden Flächenlandes, nur dass hier die administrative Grenze zwischen Stadt und Land dem Zuständigkeitsbereich genau entspricht. Im System der Hauptstadtkollegen wird dies besonders augenfällig, wenn Anrufe aus dem Stadtgebiet zu Ruhestörungen eingehen, die sich jedoch nicht lokalisieren lassen, weil das im Einsatzleitsystem hinterlegte Kartenmaterial nur bis zur eigenen Grenze reicht. Alles, was darüber hinausgeht, hebt sich auf im zeitlosen Weiß flackernder Bildschirme oder geht in diesem unter wie hier die wesentliche Information zum Ort.

Sind Leitstellen- und Leitwartenmitarbeiter dem Risiko einer Fehlentscheidung durch meist nicht erschöpfend verfügbare Informationen ausgesetzt, sind sie darauf trainiert, mit wenigen Anhaltspunkten auszukommen. Was immer auch das Ganze ist, im Extremfall erscheint es als ein einziger Punkt oder Wert. Die Verdichtung von Information in den Visualisierungen spiegelt eine aufs Wesentliche fokussierte Sichtweise. Der Grad an Abstraktion und Auflösung ist durch das jeweilige organisationale Interesse definiert. Zugleich ermöglicht die Abwendung vom Ganzen aber überhaupt erst die Konzentration von Beobachtung, weshalb ein Zuviel an Information – auch wenn es im Sinne des Organisationsinteresses ist – wieder abträglich sein kann. Es kommt also nicht darauf an, alles zu beobachten, sondern über die jeweiligen informations- und kommunikationstechnischen Kanäle das Wenige genau. In diesem Sinne hat Latour in Abgrenzung zum Modell des Panoptikums Leitwarten und Kontrollräume als Oligoptikon bezeichnet (1998/2006). Die oligoptische Sicht der Mitarbeiter sei gekennzeichnet durch „robuste, aber extrem enge Ansichten des jeweils (verbundenen) Ganzen – solange die Verbindungen halten“ (Latour 2005). Sie basiere auf „Sparsamkeit“ (ebd.), die von den Akteuren akzeptiert werde, aber auch ihre Tätigkeiten bestimmt und die vorausgesetzten Fähigkeiten, sie auszuführen, adressiert. Sie sind gekennzeichnet durch eine „deliberative Blindheit“ (1998/2006: 28), eine Blindheit also, die mehr ist als blind. Sie ist auf

Aushandlung angelegt und drückt sich deshalb aus in Empathie den Akteuren gegenüber wie beispielsweise aufgeregten Anrufern, die nicht wissen, wo sie sind, oder auch technischen Dingen, deren Werte auf Inkonsistenzen hinweisen. Deliberative Blindheit schließt das Wissen um Nicht-Wissen ein, gewinnt aus diesem die ihr eigentümliche „Präventivwirkung“ (Popitz 1968). Es erzeugt in der Regel eine Art natürliches Misstrauen gegen die technische Visualisierung von Werten sowie auch gegen die Prozessautomatisierungen, was gleichwohl die Möglichkeit von Fehlschlüssen nicht ausschließt und insofern auch immer Misstrauen gegen die eigenen Schlüsse einschließt.

Wenn es Leitwarten- und Leitstellenarbeit also auszeichnet, nicht alles, sondern nur das Wenige genau zu betrachten, dann stellt sich die Frage nach dem Zusammenhang zwischen der oligoptischen Sichtweise und der Veränderung von Leitwarten und Leitzentralen durch den digitalen Wandel der Gesellschaft. Inwiefern wandelt sich der oligoptische Blick, wenn Leitwarten und Leitzentralen zu immer größeren Gebilden zusammengefügt werden und Prozesse unterschiedlicher Organisationsbereiche und Sektoren aufeinander bezogen und integriert werden, die dann von einem Punkt aus polyoptisch beobachtet und gesteuert werden sollen? Oder weist der oligoptische Blick dem Integrationspostulat der Digitalisierung die Grenzen, indem er das neue Poligoptikum sozusagen von innen heraus wiederum oligoptisch strukturiert? Der sich heute verstärkende Trend der Zusammenlegung und Integration von Leitstellen und Leitwarten lässt sich sowohl bei den Infrastrukturbetreibern als auch bei den Sicherheitsbehörden weltweit beobachten. So werden Werke und Anlagen einschließlich der Industrie heute unbesetzt gefahren. Die Steuerung erfolgt nicht mehr am jeweiligen Standort, sondern von fern, im Bereich Wasser beispielsweise von den Bedien-Clients in Schwerpunktwerken oder auch übers Tablet. Edge to Enterprise lautet die Zauberformel. Vergleichbares lässt sich für die Leitstellen und -zentralen der Sicherheitsbehörden beobachten. So gibt es in Brandenburg eine zentrale Einsatzleitzentrale der Polizei, deren räumliche Anordnung von Arbeitsinseln im Innern die Aufteilung des Flächenlandes in Inspektionen aufnimmt und zusammenführt. Ebenso ist die kleinteilige Leitstellenstruktur im Kontext der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr durch integrierte Leitstellen aus Feuerwehr und Rettung heute weitgehend abgelöst.

Solange die Integration innerhalb eines Sektors erfolgt, werden Veränderungen und Limitationen in erster Linie von der zunehmenden Menge und Dichte der Informationen abhängen. Dies gilt auch für zusammengelegte Einsatzleitzentralen. Gerade bei hohem Ereignisaufkommen

ergibt sich für die Disponenten eine quantitative wie qualitative Mehrbelastung bei steigender Systemabhängigkeit. Geht die Integration darüber hinaus, werden Wandel und Grenzen durch den Grad der Integration und die Möglichkeiten, physikalische, technische sowie nichttechnische Prozesse über Systemgrenzen hinweg zu koppeln, bedingt. Zwischen der primären Infrastruktur eines Versorgungsunternehmens und der IT-Sekundärinfrastruktur, die es zur Steuerung verwendet, verläuft bereits eine harte technische Grenze. Beim Ausfall der IT muss auf die untere Bedienebene gewechselt werden. Der Leitstand eines Heizkraftwerks besteht aus einer Stromerzeugungs- und einer Heizungsseite. Hat sich auch das Modell der Integrierten Leitstelle von Feuerwehr und Rettung heute durchgesetzt, weist das Konzept der Kooperativen Leitstelle von Feuerwehr und Polizei bezeichnende Einschränkungen auf. Die Kooperation bezieht sich auf die räumliche, technische, logistische und/oder taktische Zusammenarbeit, nicht aber auf die eigentliche Einsatzbearbeitung. Offenkundig sind die Prozesse zu disparat, die Aufgaben zu spezifisch, als dass ihre Erledigung durch eine einzige Person verantwortet werden könnte. Die Heterogenität der Prozesse und Ereignisse verlangt Arbeitsteiligkeit, weil schon ihre jeweilige Bearbeitung unterschiedliche zeitliche Aufwände in Abhängigkeit zu den Zeitstrukturen der jeweiligen Sachverhalte bedeuten.

Heterogene Zeitstrukturen

Lucy Suchman hat Kontrollräume als „Zentren der Koordination“ (1997) beschrieben. Ihre sozio-technische Anordnung, die Architektur und Gestaltung der Arbeitsplätze und des -umfelds sowie die Handlungsabläufe zielen darauf ab, die jeweilige als normal geltende Ordnung zu produzieren und zu reproduzieren, also beispielsweise für die Einhaltung eines Fahrplans zu sorgen, Anfahrtszeiten zu optimieren und gleichzeitig Flächenpräsenz zu garantieren oder die Versorgung mit einer entsprechenden Ressource sicherzustellen. Wenn die Betreiber von Infrastruktursystemen von Standardbetrieb sprechen, dann scheint diese Ordnung in den Leitwarten ihrer Anlagen und Werke geradezu atmosphärisch greifbar. Sämtliche „Kausalitäten“ scheinen vorhersagbar, so dass die Automatisierung die Steuerung der „nachvollziehbaren Assoziationen“ übernehmen kann (Latour 2005: 119). Ich lese in meinem Beobachtungsprotokoll: „PN10 ist inzwischen bei 7000, die Prognose besagt 4564, ETL hat 32,5 bar. 10:30. Die GMA füllt sich in Begleitung leiser akustischer Signale mit 80% nicht quittierter Meldungen. Niemand stört sich daran. Die Dispatcher haben offenbar alles unter Kontrolle. Das Licht ist so sanft und

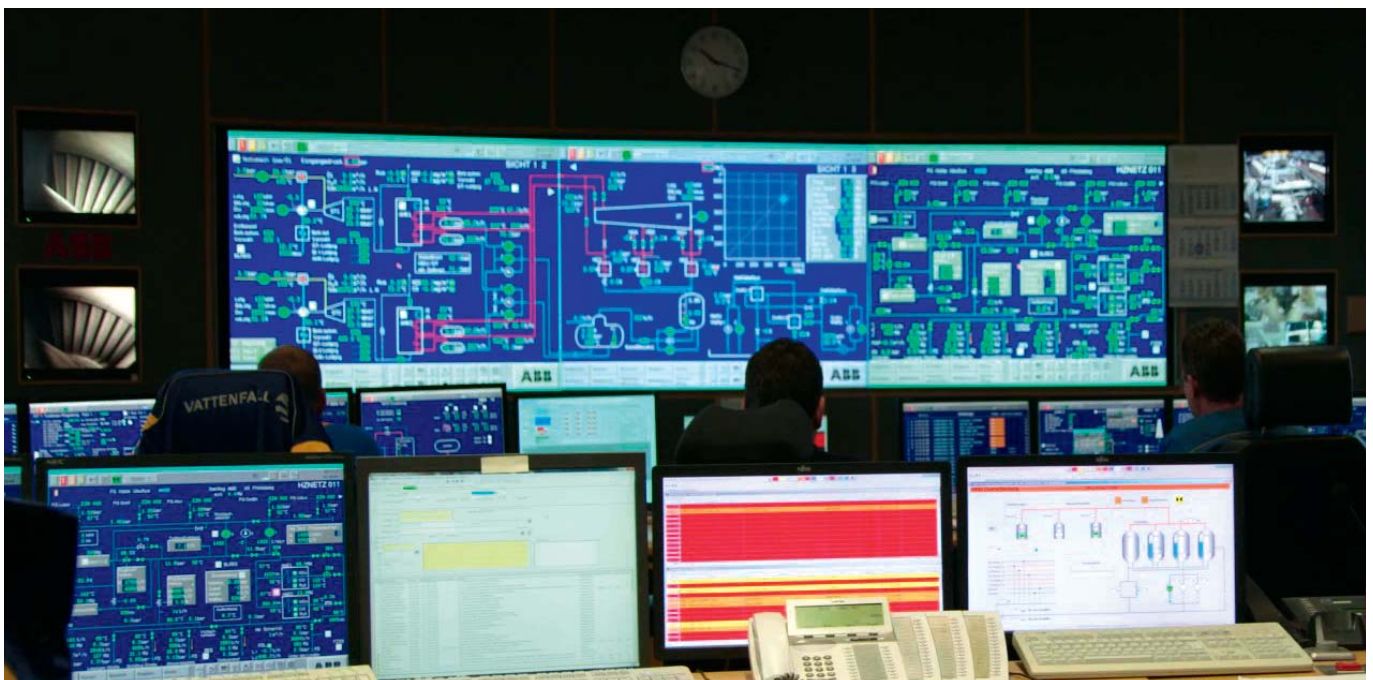
friedlich wie ich schläfrig. Man hat sich Notizen zu einzelnen Einträgen im Buch auf dem Mittlettisch gemacht und sich über anstehende Betriebsaufgaben informiert. Shanti. Shanti. 10:40. Ich schließe meine Beobachtung ab.“

Sensoren übersetzen die Zirkulation des Gasstroms in den Rohrleitungen. Die Ruhe markiert eine Übereinstimmung zwischen den „gesprächigen (manchmal indiskreten) Vermittlern“ (Callon 2006: 324) und dem Medium, das durch die Netze in Entsprechung der im Prozessleitsystem hinterlegten Schwellenwerte strömt. Die Monotonie, die nicht zuletzt die Zeit in Leitwarten oft bestimmt, ist Ausdruck der stets vermeintlichen Konvergenz zwischen physikalischen, sozialen, organisatorischen und technischen Prozessen. Sie markiert das ideale Moment einer „perfekten Übersetzung“, einer „Äquivalenz ohne Mehrdeutigkeit“ (ebd.). Es ist ein Moment des Friedens, der Harmonie und Sicherheit, in dem sich die Heterogenität der Zeitstrukturen aufhebt, sämtliche Akteure innerhalb und außerhalb der Leitwarten und Anlagen die ihnen zugewiesenen Plätze einnehmen (Rancière 2008) und die zahlreichen Ströme reibungslos zirkulieren. Erscheint die Präsenz der Bediener geradezu überflüssig, so zeigt das Anlegen von Notizen zu den Meldungen und die Informierung über anstehende Betriebsaufgaben jedoch, dass das „Alignment“ nur temporär, also von vorübergehender Dauer ist (Vertesi 2014), die Monotonie jederzeit durch neue unerwartete Meldungen durchbrochen werden kann.

Allem voran sind es tages-, wochen- und jahresperiodische Strukturen, die sich als äußere Zeitgeber in den Leitwarten

und Leitstellen bemerkbar machen und gleichsam den inneren Rhythmus ihrer sozio-technischen Arrangements, ihre Netzatmung, wie es bei Gas heißt, und ihre Arbeitsabläufe bestimmen. Sowohl der natürliche als auch die vielfältigen sozialen Tag-Nacht-Zyklen bleiben zwar räumlich ausgespart, sie sind in Form von Signalen, Symbolen, Stimmen und anwesenden Personen präsent, deren Gespräche gerade bei Schichtwechseln um vergangene, künftige und aktuelle Ereignisse kreisen. Gehen die zeitlichen Strukturen nicht ineinander auf, beispielsweise Ereignisdauern und Dienstpläne, so können sie je nach organisationalem Steuerungsinteresse dennoch etwa mithilfe von Tabellen in Beziehung gesetzt werden. Zuweilen erscheinen die Verknüpfungen hochgradig generalisiert oder als ein einzelner Punkt verdichtet. So wird auf der großen Schalttafel in der Leitwarte eines Heizkraftwerks der eta-Wert einmal in einer Tabelle angezeigt und zum anderen seine aktuelle Entwicklung auf einem XY-Streudiagramm in Koordinatensystemen abgetragen. Es ist von einer fixierten Trendlinie durchschnitten. Überschreitet der Punkt den geraden Verlauf der Diagonale, zeigt dies an, dass sich das Verhältnis zwischen der erzeugten Leistung (netto) und der Energie, die verbraucht wird, um diese Leistung (brutto) zu erbringen, nicht im Gleichgewicht befindet. Verluste drohen.

Der Wert zeigt somit den aktuellen Wirkungsgrad des Gesamtsystems an und damit auch die gegenwärtigen Bedingungen der Erzeugung und Steuerung, um Leistung und Verbrauch in Einklang zu bringen und die Anlage effizient und gewinnbringend zu fahren. Die Aufgabenerfüllung ist



Prozessvisualisierung in der Leitwarte eines Heizkraftwerks. Nicht sichtbar, aber mitzudenken ganz links: Fensterfront, dann Klappen der Gasturbinen, gefolgt von Steuerung der Erzeugungsseite mit Eta-Diagramm und rechts Heizungsseite mit sich anschließender Übertragung einzelner Anlagen.

Quelle: Dreharbeiten zu „Master of Disaster“, Dokumentarfilm von Jürgen Brügger & Jörg Haaßengier 2020. Verleih und Produzent: filmtank (www.filmtank.de)

durch die Entwicklung von Angebot und Nachfrage am Energiemarkt und somit von der aktuell im Stromnetz vorhandenen Leistung bestimmt, die sich aus dem augenblicklichen Verhältnis von Abnahme und Erzeugung ergibt, wobei durch die Einspeisung vorrangig erneuerbarer Energie letztere zunehmend volatil geworden ist. In Folge einer sich ändernden Wetterlage erfolgt eine Erhöhung oder Absenkung der Leistung. Während diese nur die Zeit einer digitalen Wertänderung über ein Display beansprucht, kann die Nachsteuerung sich über Stunden hinziehen. Die Dauer ergibt sich aus der Parametrisierung einzelner Systemelemente. Ihre aktuellen Werte erhält der Dispatcher über Meldungen, aber auch in Form von Bildübertragungen direkt aus der Anlage. Ohne dass es in der Leitwarte selbst kälter werden würde, ist es etwa die aktuelle Wetterlage, die zu beachten ist. Sie wirkt sich nicht nur auf die Stromerzeugung insgesamt aus, sondern auch auf die materiellen Eigenschaften und den Verschleiß der verbauten Technik. Die Vorturbinen, die neben den Schalttafeln auf zwei Videomonitoren zu sehen sind, verlangen selbst Wärme, um bei entsprechenden Außentemperaturen nicht zu vereisen. Um den eta-Wert im Zuge der Feinjustierung ihrer Klappen in Balance zu halten, müssen die heterogenen Zeitstrukturen des Verbrauchs, der physikalischen und technischen Medien und auch des Materials in Einklang gebracht werden. Dabei kann es innerhalb jedes der assoziierten Medien zu unerwarteten Ereignissen mit unterschiedlichen zeitlichen Auswirkungen kommen. Jedes Medium ist ein eigener Zeitgeber für andere Medien, wodurch erst möglich wird, dass ein in einem Medium auftauchendes Ereignis in ein oder mehrere weitere Medien übersetzt werden kann, mit der paradoxen Folge freilich, dass es immer zugleich anwesend und abwesend ist, sich vervielfältigt, in einem Medium manifestiert und sich in einem anderen bereits verflüchtigt.

Ein Mitarbeiter der Leitwarte eines Wasserwerks konstatiert gegenüber seinem Schichtleiter: „Ich habe ganz merkwürdige Werte hier.“ Die Aussage bezieht sich auf Abweichungen im Volumenstrom des Rohwasserbehälters. Zur Erläuterung liefert das Diagramm auf dem Bildschirm, jedoch keine weiteren Informationen als die, die es dem erstaunten Bediener anbietet. Offenkundig handelt es sich bei der Darstellung nicht um exakt das gleiche Ereignis, auf das es sich bezieht. Dieses bleibt vielmehr verborgen. Mit jedem weiteren Eintrag in Form eines weiteren Datenpunktes könnte sich der Ausschlag verkleinern, bis sich der Verlauf der Kurve schließlich wieder beruhigt, oder aber weiter vergrößern, so dass bei anhaltendem Wasserverbrauch der Füllstand des Reinwasserbehälters bedrohlich sinkt. Jeder Eintrag eines weiteren Punktes bedeutet Irreversibilität. Das Leitsystem bietet selbst keine weiteren

Beobachtungs- und Erkenntnismöglichkeiten, die die Situation klären und die Unumkehrbarkeit der Kurve reversibel machen könnte. Stattdessen werden Erfahrungswerte bemüht, um die Abweichung noch einzusortieren. „Entlang der Havel. Dann wieder über den Berg, dann bekommt man so ein Kokolores, das normalisiert sich wieder.“ Vergangenheit und Zukunft dominieren die Gegenwart. Die Entwicklung der Werte könnte der Erfahrung widersprechen. Nicht den Füllstand zeigt das Diagramm an, sondern am Füllstand die Zeit, die das Medium Wasser zur Aushandlung und Bewältigung des abwesend anwesenden Ereignisses noch belässt.

Wasser ist bekanntlich träger als Gas und Gas träger als Strom. Die Zeitstruktur der jeweiligen Medien bestimmt die sich in ihnen entfaltenden Ereignisse und damit auch die Dauer ihrer kommunikativen Aushandlungen unter Heranziehung weiterer sprachlicher wie technischer Medien. Die Plötzlichkeit der Elektrizität verlangt, Schalthandlungen zu simulieren, bevor sie im Takt einer Kommandosprache ausgeführt werden. Die Analyse potenzieller Folgen wird kommunikativ vorverlegt, denn eine Fehlschaltung kann Folgen im Bruchteil von Sekunden haben. Die technischen, hier digitalen, Medien ermöglichen, Ereignisse zu vermitteln und die Zeitstrukturen der jeweiligen Ereignismedien aufeinander zu beziehen, ohne die eigene Zeitstruktur zu kommunizieren, die Vermittlung doch immer verlangt. Dies zeigt sich auch in den Leitstellen und Leitzentralen der Sicherheitsbehörden. Die Erzählungen Hilfebedürftiger, die als Notrufe eingehen, haben eine je eigene zeitliche Struktur. Sie hängt vom Erleben und der Zeitlichkeit der Sinneswahrnehmung ab. Es ergibt sich eine vollkommen andere Struktur als aus der Gleichzeitigkeit des Erlebens, der Rückschau oder der Antizipation eines Ereignisses. Die Mitarbeiter an der Notrufannahme übersetzen die Rohdaten anhand systematisierter Abfragen in wenige, für den Ablauf der Einsatzbearbeitung wesentliche Informationen, wobei das Schema und die Dialogfolge der Eingabemaske an der hohen Varianz der Erzählweisen scheitern müssen.

Hat die Lokalisierung Priorität, um den Tat- bzw. Notfallort schnellstmöglich zu erreichen und Hilfe zu leisten, kommt es zu Koordinationsproblemen, wenn diese durch den Anrufer nicht zu ermitteln ist. Der Raum, in dem das jeweilige Ereignis gegebenenfalls gerade stattfindet, stattgefunden hat oder auch stattgefunden haben wird, erweist sich im Hinblick auf die Zeit als das beherrschende Medium. Vor allem bei der Lokalisierung und Disposition unterstützen deshalb Assistenzsysteme, um Anfahrtszeiten zu optimieren. Verknüpft wird jede geografische Information, die im Einsatzleitsystem Eingang findet, mit der hinterlegten Position der Einsatzmittel, um die Standortdaten an das

nächstgelegene zu übermitteln. Wird der Raum durch die automatisierte Selektion in Abhängigkeit zur berechneten Fahrzeit erst konstituiert, bleibt seine Ausdehnung gleichwohl definiert durch die Dauer, den Ereignisort auf schnellstmöglichen Weg auch zu erreichen. Kommen auch hierfür digitale Komponenten wie Navigationssysteme zum Einsatz, kann es dennoch zu Interferenzen in Form weiterer Ereignisse kommen, die eine erneute Koordinierung temporaler Strukturen nicht zuletzt in Übereinstimmung mit dem gleichzeitigen Ereignis- und Einsatzverlauf verlangen. Weitere technische Medien wären notwendig, um jedes weitere zusätzlich auftretende Ereignis berücksichtigen zu können.

Konstituiert sich jedes endliche Ereignis selbst als eine unendliche Kette von Ereignissen, deren einzelne Glieder sich retrospektiv in immer weitere Ereignispartikel unterteilen ließen, so beansprucht digitale Technik, durch kausale Verregelung der ihr bekannten Partikel nicht nur aktuelle, sondern zunehmend auch künftige Ereignisse sozial anschlussfähig machen zu können. Das selektive Zeitkorsett passt sich verändernden Zeitstrukturen der berücksichtigten Glieder an, die es gleichwohl in die eine oder andere Richtung beeinflusst. Es teilt sich dem Disponenten durch eine erhöhte Ereignistaktung und Arbeitsintensität in Form beschleunigter und verdichteter Arbeitsprozesse mit oder ermöglicht ihm freie Zeit, die er mit liegengelassenen Aufgabenerledigungen wie Berichtspflichten (oder Schreibschulden) ausfüllen kann. Dabei ist es als Medium durch ein eigenes Zeitverhalten bestimmt. Ist dieses nicht darauf ausgerichtet, Spielräume zu belassen, so dass interveniert und vergangene Dispositionen korrigiert und angepasst werden können, kann die Normativität des Korsetts selbst zum Synchronisationsproblem werden. Die gleichzeitige technische Zeitstruktur separiert sich von der zeitlichen Struktur des fraglichen Ereignisses und auch von der zeitlichen Dynamik der Arbeitsbelastung des Disponenten, die durch den Ereignisverlauf und auch seine innere Uhr bestimmt ist (Moore-Ede 1993). Die Gleichzeitigkeit heterogener Zeitstrukturen führt zur Kumulation des Risikos von Fehlentscheidungen. Mit zunehmender Integration weiterer simultaner Ereignisreihen heterogener Ereignismedien und Organisationsinteressen steigt dieses an. Je nachdem, welche künftigen Koinzidenzen noch antizipiert werden, muss ggf. neu entschieden und disponiert werden können, was wiederum Zeit voraussetzt, die der Ereignistakt nicht mehr freigibt.

Koordination gleichzeitiger Ereignisreihen

Wenn jede Zeit sich durch einen eigenen Umgang bzw. Begriff von Sicherheit auszeichnet und jeder Sicherheitsbegriff wiederum auf eine eigene Form der Zeiterfahrung beruht, so lässt sich die der Gegenwart aus der Binnensicht polyfunk-

tionaler Leitstellen und vor allem großer integrierter Kontrollräume womöglich erfassen. Im Centro Integrado De Comando E Controle (CICC) und auch im nur wenige Blöcke entfernten Centro Operaciones Rio de Janeiro (COR), den beiden großen Kontrollräumen der brasilianischen Metropole, erscheint die Außenwelt auf zahllosen Bildschirmen in Form sich bewegender Video- und Fernsehbilder, dynamischen Karten, sich aktualisierender Diagramme und erneuernden Tabellen, auf Videowänden, die sich über die gesamte Höhe und Breite der jeweiligen Rückwände erstrecken. Ohne dass ein klares Schema sogleich erkennbar werden würde, wird der Stadtraum Rios jeweils vor Vertretern von jeweils knapp 30 unterschiedlichen Organisationen auf den Rastern aus 5x12 Großbildschirmen in immer weitere Teile zerlegt, herangeholt und wieder zusammengesetzt, distanziert und wieder neu angeordnet und mit auf Karten projizierten Ereignisgeschehen kontinentalen und auch globalen Maßstabs in Zusammenhang gebracht.

Ausgestattet jeweils bis unter die Decke mit digitalen Technologien und dabei selbst immer nur ein Knoten im Geflecht digitaler Netze, überlagern sich heterogene, interdependente Zeitstrukturen, deren „Weltgleichzeitigkeit“ (Luhmann 1990) es zu koordinieren gilt. Karten entwerfen die Welt als einen prinzipiell bestimmbaren Möglichkeitsraum. Sie markieren den raumzeitlichen Horizont aus Fernwelten und latenten Ereignissen, die je nach Entfernung und Art des latenten Ereignisses in Zukunft für die Nahwelt an Relevanz gewinnen können. Je näher die Möglichkeit etwa eines für Rio in der Regel fatalen Starkregens rückt, desto stärker interferieren die unterschiedlichen Zeitstrukturen bis hinab auf die soziale Ebene in den unterschiedlichen Bezirken und Räumen der Stadt. Auch wenn der Wetterdienst noch zögert, das Ereignis zu bestätigen, nimmt der Kommunikationsstab es vorweg und sucht, die Bevölkerung durch Social-Media-Posts mit der Zukunft zu synchronisieren. Diagramme verknüpfen Ereignisse wie zunehmende Verkehrsstaus mit steigenden Niederschlagsmengen und geben Prognosen zur weiteren Entwicklung bezogen auf einzelne Verkehrsachsen und Straßen in Form von Tabellen ab. Andere weisen auf den Anstieg eingehender Notrufe. Wieder andere markieren Stromausfälle in Form roter Punkte vor dem Hintergrund einer Satellitenansicht Rios, während unzählige, über die Stadt verteilte Kameras die jeweils konkrete Lage vor Ort übertragen.

Im CICC dominieren Sicherheitsbehörden, im COR hingegen städtische Einrichtungen. In den unterschiedlichen Anordnungen ihrer Videowände machen sich aufgabenbedingt Bruchlinien bemerkbar. Auf operativer Ebene besteht hier wie dort strikte Aufgabentrennung. So bei der Disposition und Navigation von Einsätzen unter Berücksichtigung so-



Großer Kontrollraum des Centro Operaciones Rio de Janeiro (COR) am 13.10. 2018 während Alarmstufe 2 und kurz nach Starkregenereignis
 Quelle: Eigene Aufnahme 2018

genannter städtischer Risikozonen, den Favelas, die nur von Sondereinheiten betreten werden. Oder auch bei der algorithmischen Anpassung der Intervallzeiten von Ampelanlagen. Ein gemeinsamer Maßstab, der es ermöglichte, sämtliche Ereignisketten und damit auch technische, organisationale und sozialräumliche Bedingungen ihrer Steuerung und Bewältigung zu verbinden, erscheint vielleicht wünschenswert, bleibt aber auf Grund der Inkommensurabilität der heterogenen Zeitstrukturen ausgeschlossen. Andererseits sind sich vor dem Hintergrund gemeinsamer Einsatzlagen die Vertreter sämtlicher beteiligter Organisationen der Notwendigkeit von Kooperation über organisationale Grenzen bewusst. Ein Starkregenereignis hat erst zur Etablierung des COR geführt. Das Thema Integration wird insofern auch stets verhandelt, selbst wenn Lösungen an Grenzen stoßen.

Unter Angabe von Ort, Zeit und den in das Geschehen involvierten Organisationen listet eine sich über 2x3 Monitore erstreckende Tabelle in rot und gelb hinterlegten Zeilen einzelne Ereignisse von organisationsübergreifender Relevanz auf. Sie wird in Absprache mit den Vertretern der einzelnen Organisationen vom diensthabenden Koordinator des CICC bzw. COR befüllt, der auch die regelmäßigen Briefings leitet, in denen sich sämtliche Organisationen über Ereignisse informieren. Er hat die Funktion einer „Kontaktstelle“ oder „Schnittstelle“ inne (Wren 1967). Interfacing meint wört-

lich, Gesichter zu verbinden. Es ist voll und ganz auf die heterogenen Zeitstrukturen von „Menschen, Organisationen und Systemen“ gerichtet, die „relativ autonom hinsichtlich ihrer eigenen Ziele und Organisation“ dennoch „zusammenarbeiten müssen“ (ebd.). Als Interface-Manager macht er die polyoptische Sicht integrierter Kontrollräume zum Gegenstand seines oligoptischen Blicks. Es gilt die unterschiedlichen organisationalen Horizonte der Vergangenheit und der Zukunft angesichts gleichzeitiger Ereignisreihen zu synchronisieren. Dabei zeigt sich am Vergleich von CICC und COR, dass diese Schnittstellenfunktion höchst unterschiedlich ausgefüllt werden kann. Während im CICC eine militärische, durch Befehlsstrukturen gekennzeichnete, Organisationskultur vorherrscht, orientiert sich die des COR am Kabinenmanagement der Luftfahrt und ist auf Aushandlung angelegt. Beide Kulturen sind durch eigene Zeitstrukturen gekennzeichnet, die sich nicht zuletzt auch in unterschiedlichen Formen der Zeitkommunikation ausdrücken. Agiert erstere entsprechend festgelegter Rangfolgen, organisiert letztere temporäre Freiräume, um unter Beachtung der eigenen Zeitlichkeit erfolgte Dispositionen zwischen den Organisationen zu redisponieren. Die Stadtreinigung soll davon abgehalten werden, die Straße vom Schutt einer alten Gebäudefassade zu räumen, die aufgrund der anhaltenden Regenfälle eingestürzt ist. Passanten könnten sich verletzen, der Schaden steigen.

Fazit

Das Problem der Synchronisation verbindet die digitale Gegenwart mit seinem historischen Ursprung im 17. Jahrhundert, Wahrheit auf die Evidenz empirisch wahrnehmbarer Daten zu gründen. Allein wird der Unterschied der Digitalisierung an ihrem Anspruch im Vergleich zur gemessenen, durch die Uhr garantierten Zeit als Synchronisationstechnik deutlich. Digitalisierung richtet die zeitliche Koordination an der Dynamik gleichzeitiger Ereignisreihen aus, weshalb Prädiktion und Anpassung ihre vorherrschenden Momente sind. In diesem Beitrag habe ich den Versuch unternommen, die zeitliche Dimension von Leitstellen- und Kontrollraumarbeit aus dem Blickwinkel unterschiedlicher, sich überlagernder Zeitstrukturen zu problematisieren. Ich habe zu zeigen versucht, dass es trotz der zunehmenden Zusammenführung und Integrationen von Leitwarten und Kontrollräumen, auch über Organisationsgrenzen hinaus, gerade nicht zu einer Integration im Sinne einer vereinheitlichten Steuerung und Kontrolle sämtlicher Prozesse kommt. Vielmehr zeigt sich bis in die Techniknutzung hinein, dass es schon auf Grund der Zeitlichkeit unterschiedlicher physikalischer Medien und Umwelten, auf die sich die Leitwarten- und Kontrollarbeit jeweils beziehen, bei klaren Aufgabentrennungen hinsichtlich der Bearbeitung von Ereignissen bleibt. Jede Organisation bearbeitet ihr Ereignis nach den jeweiligen Organisationsinteressen und -regeln, selbst wenn man sich dabei auf gemeinsame technische Systeme stützt und aufeinander angewiesen ist. Auf der anderen Seite macht aber die räumliche, logistische, technische, und tendenziell und zuweilen auch einsatztaktische Integration in besonderer Weise deutlich, dass Ereignisse kaum nur für sich betrachtet werden können, sondern es sich bei jedem Ereignis um Verkettungen oft gleichzeitiger Ereignisse handelt, die mit einander wechselwirken und deshalb einen koordinierten, gemeinsamen Response verlangen. Dies bildet den praxisrelevanten Motor für die Kooperation und räumlich-technische Integration. Die Synchronisationsleistung digitaler Technologien unterstützt dabei die Vermittlung heterogener Ereignisstrukturen und Dynamiken. Sie impliziert aber selbst wiederum eine eigene Zeitstruktur, ist selbst äußerer Zeitgeber und muss im Rahmen der Ereignisbewältigung mit den sozialen, medialen, organisationalen, technischen und schließlich auch biologischen Zeitstrukturen, so gut es geht, in Einklang gebracht werden. Was nicht synchronisiert werden kann, „belastet“ (Luhmann 1990), erhöht die Arbeitsintensität, schafft Kommunikations- und Koordinationsbedarf die Zeitkommunikation betreffend. Interferierende Ereignistemporalitäten äußern sich in einer zunehmenden Lärmentwicklung, was bei tendenziell intransparenten Prozessen zu Fehlern mit erheblichen Folgen führen kann.

Literatur

- Bédé, A. (2016): Grundsätze und Leitlinien zum Führen von (Unternehmens-)Krisenstäben. In: Handbuch Stabsarbeit. Berlin, Heidelberg: Springer. 89-95.
- Boes, A. / Kämpf, T. / Langes, B. / Lühr, T. (2014): Informatisierung und neue Entwicklungstendenzen von Arbeit. In: AIS-Studien, 7,1: 5-23.
- Brose, H.-G. / Kirschsieper, D. (2019): Beschleunigung ohne Ende? Über Zeit und Zeitlichkeit in Organisationen. In: Apelt, M. u.a. (Hrsg.): Handbuch Organisationssoziologie. Wiesbaden: Springer VS. S.1-30.
- Brose, H.-G. / Kirschsieper, D. (2014): Un-/Gleichzeitigkeit und Synchronisation. Zum Verhältnis von Diachronie und Synchronie in der Theorie sozialer Systeme. In: Zeitschrift für Theoretische Soziologie 3: 172-219.
- Callon, M. (2006): Techno-ökonomische Netzwerke und Irreversibilität. In: Belliger, A. und Krieger, D.J.: ANThology. Ein einführendes Handbuch zur Akteur-Netzwerk-Theorie. Bielefeld: transkript. S. 309-342.
- Hackstein, A. / Lenz, W. / Marung, H. (2015). Personalqualifikation in der Leitstelle. Notfall+ Rettungsmedizin, 18(7), S. 553-559.
- Hempel, L. (2017): Verantwortungspolitiken im Kontext von IT-Sicherheit: Verantwortungszuschreibung als Kontingenzverschiebung. In: Politik und Verantwortung: 454-476.
- von Kaufmann, F. (2018): Leitstelle der Zukunft: Projekt Leitstelle 2020+ der integrierten Leitstelle München. In: Herausforderung Notfallmedizin. Berlin, Heidelberg: Springer. S. 97-106).
- Kitchin, R. (2014): The real-time city? Big data and smart urbanism. In: geojournal 79,1: 1-14.
- Latour, B. / Hermant, E. (1998/2006): Paris: Invisible City. www.brunolatour.fr/sites/default/files/downloads/viii_paris-city-gb.pdf.
- Latour, B. (2005): Reassembling the Social – An Introduction to Actor-Network-Theory. Oxford University Press.
- Leydesdorff, L. (1994): Uncertainty and the Communication of Time. In: Systems Research, 11,4: 31-51.
- Luhmann, N. (1990): Gleichzeitigkeit und Synchronisation. In: (ders.): Soziologische Aufklärung 5. Opladen: Westdeutscher Verlag. 95-130.
- Luque-Ayala, A. / Marvin, S. (2016): The maintenance of urban circulation: an operational logic of infrastructural control. In: Environment and planning D: Society and Space, 34, 2: 191-208.
- Manzey, D. (2012): Systemgestaltung und Automatisierung. In: Human Factors. Berlin, Heidelberg: Springer. 333-352.
- Moore-Ede, M. (1993): The 24 Hour Society. The risks, costs and challenges of a world that never stops. London: Piatkus.
- Mau, S. (2017): Das metrische Wir: über die Quantifizierung des Sozialen. Berlin: Suhrkamp.
- Maurer, K. (2017): AGBF-Zukunft der Leitstellen der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr. In: Brandschutz Deutsche Feuerwehrzeitung, 59: 3: 230-239.
- Nachreiner, F. (2020): Arbeitszeitgestaltung: Überflüssig in der Digitalen Transformation? In: Ernst, G. / Zühlke-Robinet, K. / Finking, G., / Bach, U. Digitale Transformation: Arbeit in Dienstleistungssystemen. Heidelberg und Berlin: Nomos Verlag. S.129-144.

Neverla, I. (2010): Medien als soziale Zeitgeber im Alltag. Die Mediatisierung des Alltags. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 183-194.

Popitz, H. (1968): Über die Präventivwirkung des Nichtwissens: Dunkelziffer, Norm und Strafe. Tübingen: J. C. B. Mohr.

Rancière, J. (2008): Zehn Thesen zur Politik. Berlin: diaphanes.

Schuh, G. / Anderl, R. / Gausemeier, J. / ten Hompel, M. / Wahlster, W. (2020): Industrie 4.0 maturity index. Managing the digital transformation of companies. München: Herbert Utz.

Suchman, L. (1997): Centers of coordination: A case and some themes. In: Resnick L.B., Säljö R., Pontecorvo C., Burge B. Discourse, Tools and Reasoning. Berlin, Heidelberg: Springer. 41-62.

Vertesi J (2014): Seamful Spaces. Heterogeneous Infrastructures. In: Interaction Science, Technology, & Human Values, 392: 264-284.

Wren, D. A. (1967): Interface and interorganizational coordination. In: Academy of Management Journal, 10, 1: 69-81.

Dr. Leon Hempel,

TU Berlin, Zentrum Technik und Gesellschaft,
Forschungsbereich Sicherheit – Risiko – Privatheit

GESINE HOFINGER

Entscheiden unter Zeitdruck in Krisenlagen

Bei der Tagung „Sicherheit als Zeitpolitik – Zeitpolitik als Sicherheit“ hielt ich einen Vortrag über Entscheiden in Krisen mit dem Fokus auf Zeitdruck und Stress und den Methoden, mit denen verschiedene Branchen Zeitdruck beim Entscheiden begegnen. Die Beispiele des Vortrags stammten vorrangig aus dem Bereich der Führungs- und Krisenstäbe. Im Frühjahr 2020 beherrscht die „Covid-19“- oder „Corona-Krise“ das politische Geschehen, den Alltag und die Medien. Deshalb sind in diese Kurzfassung des Vortrags Beispiele aus dem Bereich der Pandemie eingestreut.

Krisen werden häufig mit Begriffen wie „dynamisch“ und „komplex“ beschrieben. Im Folgenden wird diskutiert, welche Merkmale Komplexität und komplexe Krisen aus psychologischer Sicht haben und welche Auswirkungen sie auf Menschen, die Entscheidungen treffen müssen, haben.

Zunächst zum Begriff der Krise: Trotz ubiquitärer Verwendung gibt es keine einheitliche Definition. Trotzdem ist der gemeinsame Kern des Krisenbegriffs die akute Gefährdung von wichtigen Gütern oder Zielen, wie z. B. Leib und Leben, Frieden, Gesundheit, Klimaschutz durch die aktuelle Lage. Eine Krise läuft auf einen Kulminationspunkt zu und ist damit zeitlich begrenzt (z. B. Hofinger/Zinke 2014). Krisen können einzelne Menschen betreffen, soziale Systeme wie Familien oder Parteien, Organisationen oder Unternehmen, aber auch Staaten und gesellschaftliche oder politische Systeme.

In der Literatur zu Krisenmanagement und -kommunikation wird häufig unterschieden zwischen verschiedenen Krisentypen (z.B. Töpfer 2014; Vetsch 2017).

Es gibt eruptive Krisen wie Flugzeugabstürze, Erdbeben oder großflächige Stromausfälle, die plötzlich eintreten,

häufig mit vielen Toten oder Verletzten und massiven Schäden an der Infrastruktur. Es muss reagiert werden, um weitere Schäden zu verhindern (z. B. zügige Versorgung von Verletzten). Herausforderungen bestehen hier u. a. in der Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit, dem Bereitstellen und gezieltem Einsatz von Ressourcen.

Pandemien dagegen sind exemplarisch für einen anderen Typ Krise: sie beginnen langsam, schleichend, können dann aber durch quasi-exponentielles Wachstum schnell dramatische Auswirkungen haben. Klimakrise, wirtschaftliche Krisen oder gesellschaftliche Radikalisierungsprozesse zeigen ähnliche Muster. In der Anfangsphase – die nicht als Krise wahrgenommen wird – sind bei geringen Schäden noch viele Handlungsmöglichkeiten und Ressourcen gegeben. Eine erste Herausforderung ist dann, die Anzeichen richtig zu deuten und Krisenpläne in Gang zu setzen, die mit massiven, zu dem Zeitpunkt unangemessen wirkenden Maßnahmen die Entwicklung unterbrechen sollen.

Bei Covid-19 wurde in vielen Ländern früh auf Schließungen von Einrichtungen wie Schulen, auf Ausgangssperren und Veranstaltungsverbote u. a. gesetzt.

Merkmale von Krisen

Krisen haben einige typische Merkmale: Handeln ist möglich, aber auch nötig – es herrscht ein hoher Entscheidungsdruck. Mindestens phasenweise hoch dynamisch verändern sie sich, während nach Lösungen gesucht wird. Das führt dazu, dass die Gesamtlage im Verlauf nicht detailliert bekannt ist. Je nach Schwere der Lage und Ausgangsposition sind Ressourcen knapp: Menschen und Material ebenso wie Zeit und Wissen. Dennoch müssen weitreichende Entscheidungen getroffen werden. In solchen Ausgangsbedingungen tragen Entscheider*innen Verantwortung für Sicherheit, für Gesundheit und Leben, für das wirtschaftliche Überleben oder die Reputation. Mit dem Wissen um die (dramatischen) Konsequenzen von Fehlentscheidungen arbeiten sie (heutzutage von Anfang an) unter den Augen der Öffentlichkeit.

Bei Covid-19 betraf Ressourcenknappheit in Deutschland und vielen Europäischen Staaten vorrangig Schutzausrüstungen und Beatmungsgeräte und Betten auf Intensivstationen, aber auch Personal der Intensivstationen und Gesundheitsämter.

Krisen kennen keine Standardlösung, kein „Rezept“. Es muss situations- und fallbezogen entschieden werden. Damit ist das Handeln in Krisen, gerade im gesellschaftlichen und politischen Bereich, als (kollektiver) Problemlöseprozess beschreibbar. Krisen sind dabei meist nicht einfach „ein Problem“, sondern lassen sich als „wicked problems“ beschreiben (Rittel/Webber 1973). „Wicked“ (böse, schlimm) beinhaltet keine ethische Wertung, sondern bezieht sich darauf, dass solche Probleme sich einer Lösung „widersetzen“. Sie sind schlecht definiert und stellen widersprüchliche Anforderungen, die sich während der Auseinandersetzung mit ihnen verändern können. Es gibt kein endliches, aufzählbares Set von Lösungen oder möglichen Maßnahmen; Lösungen lassen sich nicht ultimativ bewerten; jede Lösung ist eine „one-shot operation“, weil man nicht einfach über Versuch und Irrtum den besten Weg finden kann. Durch vielfältige Abhängigkeiten von Variablen (Interdependenzen) sind Nebenwirkungen von Lösungen zu erwarten. Damit stehen sie im Gegensatz zu „zahmen“ Problemen, die klar beschreibbar sind und bei denen es Bewertungskriterien für Lösungen gibt (z. B. mathematische Probleme).

Aus psychologischer Sicht haben Krisen Merkmale komplexer Probleme und Anforderungen an die Handelnden. Dies wurde seit den 80er Jahren in der Forschung zum „komplexem Problemlösen“ thematisiert (z. B. Dörner u. a. 1983; Dörner/Schaub 1994; Funke 2003; Weyer 2009). Kernmerkmale von Komplexität sind (in Begriffen von Dörner u. a. 1983; Dörner 1989):

- *Großer Umfang des Problems, viele Variablen im System:* Die Elemente und die Relationen zwischen ihnen im System sind sehr zahlreich.
- *Vernetztheit:* Die einzelnen Elemente beeinflussen sich gegenseitig auf vielfältige und teils unvorhersehbare Art und Weise. Der Begriff „vernetzt“ wurde von Vester (u. a. 1999) für die Beschreibung ökologischer Systeme geprägt. Aber auch soziale Abhängigkeiten können als Vernetztheit verstanden werden.
- Umfang und Vernetztheit führen zu *Intransparenz:* Es ist nicht möglich, das System oder die Situation in der Tiefe zu verstehen und Entwicklungen präzise vorauszusagen. Viele Informationen sind noch nicht verfügbar, andere prinzipiell nicht.
- *Eigendynamik:* Die Situation entwickelt sich ohne Zutun des Akteurs weiter, durch die Vernetzungen im System entstehen unerwartete Effekte.
- *Zeitverzögerungen:* Wirkungen von Handlungen sind nicht sofort erkennbar. Dies führt dazu, dass die weitere Entwicklung schlecht prognostizierbar ist.
- *Irreversibilität:* Entwicklungen sind bisweilen unumkehrbar, das System kann nicht in den Ausgangszustand zurückgesetzt werden.
- Meist sind *viele Akteure beteiligt*, und damit einhergehend sind *Zielkonflikte* unvermeidbar.

Handeln in Krisen

Für das Entscheiden und das Handeln in Krisen ist relevant, wie diese Merkmale psychologisch wirken: Durch die Vielzahl an Einflussgrößen werden kognitive Ressourcen stark belastet; man *verliert leicht den Überblick* über die Lage. Zuverlässigkeit und Relevanz von Informationen sind nicht eindeutig bewertbar; zudem ist das Informationsaufkommen häufig zu hoch für eine tiefere Analyse. Schon die Ausgangslage vor der Krise ist im gesellschaftlichen und politischen Kontext meist ebenso wenig präzise beschreibbar wie die Randbedingungen des Handelns. Damit müssen Entscheidungen unter Ungewissheit und Unbestimmtheit getroffen werden.

Die Situation nicht einschätzen zu können, nicht genau zu wissen, wie es weitergeht und was sinnvoll zu tun ist, kann zu (Angst vor) *Kontrollverlust* führen. Kontrolle zu behalten oder wenigstens das Gefühl von Kontrolle aufrechtzuerhalten, ist aber ein starker Antrieb für Menschen (zum Kontrollmotiv oder Kompetenzbedürfnis Flammer 1990; Dörner 1989). Unsicherheit zu verringern und Kontrolle (wieder) zu gewinnen, kann als „heimliche Tagesordnung“ des Handelns zu problematischen Entscheidungen beitragen, etwa wenn durch Aktionismus Handlungsfähigkeit demonstriert werden soll.

Die Eigendynamik der Situation setzt Entscheider*innen unter *Zeitdruck*, da sich die Lage verändert, während eine Problemlösung gesucht wird. Durch Zeitverzögerungen und Nebenwirkungen wird die Wirkung einzelner Handlungen unklar, weil sie von Effekten zwischenzeitlicher Handlungen überlagert werden kann. Der Erfolg einer Strategie oder eines Lösungsansatzes ist also schwer zu beurteilen.

Ein Beispiel hierfür ist die Vielzahl in kurzem Abstand getroffener und mit einer Zeitverzögerung durch Meldeverzögerung von bis zu 14 Tagen wieder aufgehobenen Maßnahmen zum Infektionsschutz im Frühjahr 2020.

Zeitdruck und Dynamik sind Aspekte, in denen Komplexitätsmanagement und Zeitpolitik miteinander verbunden sind. Eine Krise ohne jede Dynamik ist kaum vorstellbar. Ohne Dynamik könnte man in Ruhe alle verfügbaren Daten sammeln, neues Wissen generieren, Handlungsoptionen entwickeln und bewerten, Plan A, B und C aufstellen etc. Doch die Realität von Krisen ist meist gekennzeichnet durch hohe Eigendynamik, die subjektiven *Zeitdruck* und damit *Stress erzeugt*. Wenn keine Zeit für Planen und Reflektieren bleibt – oder wenn Entscheider*innen diese Zeit nicht zugestanden wird – lassen sich typische Mechanismen des Umgangs mit Komplexität beobachten (Dörner 1989; Hofinger 2014).

Stress und Zeitdruck können einen Teufelskreis bilden: Stress führt unter anderem zu einer Erhöhung der Handlungsbereitschaft. Handlungsregulation ist auf das schnelle Beenden der belastenden Situation gerichtet, Reflexion und verzweigtes Planen werden unwahrscheinlicher (Dörner 1989). Hektik macht fehleranfällig und die Auswirkungen von Fehlern können wiederum Stress erhöhen.

Die Phänomene bei Einzelnen und Gruppen, die Entscheidungen in komplexen Situationen unter Stress (und Zeitdruck) treffen müssen, sind vielfach beschrieben worden (z. B. Dörner u. a. 1983). Einige Beispiele sind „Lineares Planen“ ohne Verzweigungen, Ausblenden von Fern- und Nebenwirkungen, eine generelle Tendenz zur Vereinfachung des Denkens und die Tendenz, nur Informationen aufzunehmen, die zur eigenen Meinung passen („Bestätigungsfehler“: Kahneman/Slovic/Tversky 1982). Typisch für Gruppen ist z. B., dass Ziele nicht mehr diskutiert werden, weniger Lösungsalternativen gesucht werden, die Informationssammlung früh abgebrochen und weniger reflektiert wird (Badke-Schaub 2000). Führung wird häufig autoritärer, bei einer gleichzeitigen Tendenz der Gruppe, Einigkeit zu demonstrieren und Widerspruch zu unterdrücken; im Extremfall geht dies bis zum dies zum „Gruppendenken“ (Janis 1972).

Doch nicht jede Entscheidung ist unter Zeitdruck fehleranfällig. Menschen haben nach aktuellen Theorien zwei verschiedenartige Entscheidungssysteme (z. B. Evans/

Stanovich 2013; Gigerenzer 2008; Kahnemann 2012). Durch „intuitive“, automatische Prozesse („System 1“) kann schnell und aufwandsarm auf Grundlage bisheriger Erfahrung gehandelt werden. In bekannten Situationen (Routine) erlaubt dieses wenig stressanfällige System adäquate, schnelle Entscheidungen. Es beruht auf erfahrungsgemäß brauchbaren Indikatoren und Steuermechanismen aus der Alltagspraxis (Klein 1998). Solches Erfahrungswissen wird aber durch Veränderungen von Randbedingungen (teils) unbrauchbar. Zudem sind „System 1-Entscheidungen“ kaum sprachlich mitteilbar, da sie ja nicht bewusst getroffen sind. „System 2“, das bewusste, kontrollierte Prozesse und damit bewusstes Denken umfasst, ist dagegen langsamer und stressanfälliger, erlaubt aber, auch neue Situationen zu durchdenken. Im Alltag funktioniert das Wechselspiel dieser beiden Systeme meist gut: Menschen bewältigen ja eine Vielzahl von Situationen erfolgreich. Aber in der Krisenbewältigung wäre überlegtes, abwägendes, reflektiertes Entscheiden nötig, wo unter Zeitdruck eher System 1 die Steuerung übernimmt.

Vorbereitung auf Krisen

Bewusste Entscheidungen unter Zeitdruck sind anfällig für Fehler. Deshalb werden in Berufen, die oft schnelles Entscheiden in kritischen Situationen verlangen, Entscheidungen für möglichst viele Situationen vorab durchdacht und teilweise getroffen. Optionen bei vorhersehbaren Entscheidungsprozessen werden eingeschränkt, um die Notwendigkeit für fehleranfällige ad-hoc-Problemlöseprozesse zu verringern. Solche Vorab-Festlegungen werden je nach Arbeitsgebiet und Aufgaben in Form von Standards, Regeln, Leitlinien, Algorithmen, Checklisten u. ä. umgesetzt. Sie haben mehr oder weniger Verbindlichkeit, lassen mehr oder weniger Spielraum für Flexibilität und sind mehr oder weniger formalisiert. Beispiele sind „*standard operation procedures*“ in der Luftfahrt, prä-operative Checklisten in Krankenhäusern, Verfahrensvorschriften in der Verwaltung. Solche Entscheidungsregeln können für Routinen mit immer gleich ablaufenden Handlungen sehr genau, auch inhaltlich formuliert werden.

In Nicht-Routine-Situationen, auch Krisenlagen, ist abwägendes Entscheiden nicht vermeidbar – Krisen sind ja gerade nicht vorgedachte, schlecht definierte Situationen. Für Nicht-Routine-Situationen haben viele Organisationen und Branchen Entscheidungshilfen entwickelt, die Denkprozesse strukturieren. Es werden also nicht inhaltliche Entscheidungen vorweggenommen, sondern Prozessschritte formuliert. Dies geschieht in Form von Entscheidungsmodellen wie dem Führungszyklus in Einsatzorganisationen (für die Feuerwehr FW-DV 100, 1999) oder Modellen wie FOR-DEC in der Luftfahrt (Überblick

in Soll al., 2016). Solche Entscheidungsregeln begrenzen den Handlungs- und Entscheidungsspielraum einzelner Akteur*innen und verringern somit für diese die Notwendigkeit, unter Zeitdruck nachzudenken und zu entscheiden. Die bekannten Modelle sind eher operativ ausgerichtet – ihre Anwendbarkeit für Akteur*innen des Krisenmanagements in Politik und Verwaltung, z. B. in Krisenstäben, wird seit einigen Jahren diskutiert (z. B. Gahlen/Kranaster 2019; Thielmann/ Hofinger 2016).

Auch mit Pandemieplänen wird versucht, einen möglichst hohen Anteil der nötigen Entscheidungen vorwegzunehmen und Strategien des Handelns zu skizzieren. Wie jede inhaltliche Vorab-Entscheidung ist ihre Wirksamkeit abhängig von ihrer Aktualität und davon, dass sie bekannt und geübt sind.

Neben der Unterstützung durch Entscheidungshilfen und Prozessmodelle ist eine weitere Strategie, Entscheider*innen das Entscheiden in simulierten Krisen unter Zeitdruck üben zu lassen, auch im Team. Krisen können z. B. in Stabsübungen, Simulator-Trainings oder Planspielen simuliert werden. Solche erfahrungsbasierte Form der Vorbereitung auf reale Krisen findet in vielen unterschiedlichen Organisationen Einsatz.

Das Entscheiden in Krisen unter Zeitdruck wird immer eine Herausforderung bleiben. Unterstützend für Entscheider*innen können gute inhaltliche Vorbereitung auf verschiedene Krisenszenarien, Nutzung von Entscheidungshilfen, Teamarbeit und Erweiterung persönlicher Kompetenzen wie Umgang mit Zeitdruck und Stress durch Übungen sein.

Literatur

Badke-Schaub, P. (2000): Wenn der Gruppe Flügel fehlen: Ungeeignete Informations- und Entscheidungsprozesse in Gruppen. In: H. Mey & D. Lehmann Pollheimer (Hrsg.): Absturz im freien Fall oder Anlauf zu neuen Höhenflügen, S. 113-130. Zürich: vdf.

Dörner, D. (1989): Die Logik des Mißlingens. Reinbek: Rowohlt.
Dörner, D. / Kreuzig, H. W. / Reither, F. / Stäudel, T. (1983): Lohhausen: Vom Umgang mit Unbestimmtheit und Komplexität. Bern: Huber.

Dörner, D. / Schaub, H. (1994): Errors in Planning and Decision-making and the Nature of Human Information Processing. *Applied Psychology*, 43(4), 433-453.

Evans, J. S. / Stanovich, K. E. (2013): Dual-process theories of higher cognition: advancing the debate. *Perspectives on Psych Sci* 8:3; 223-241.

Flammer, A. (1994): Erfahrung der eigenen Wirksamkeit: Einführung in die Psychologie der Kontrollmeinung. Bern: Huber.

Funke, J. (2003): Problemlösendes Denken. Stuttgart: Kohlhammer.

Fw dv, Arbeitskreis V der Arbeitsgemeinschaft der Innenminister und Innensenatoren. (1999): Führung und Leitung im Einsatz-Führungssystem.

Gahlen, M. / Kranaster, M. (2019): Krisenmanagement – Planung und Organisation von Krisenstäben, 3. überarbeitete Auflage. Stuttgart: Kohlhammer Deutscher Gemeindeverlag.

Gigerenzer, G. (2008): Bauchentscheidungen: Die Intelligenz des Unbewussten und die Macht der Intuition. C. Bertelsmann Verlag, New York.

Hofinger, G. (2018): Der Faktor Mensch: Psychologische Grundlagen des Krisenmanagements. In: K. Scholtes, Th. Wurmb & P. Rechenbach (Hg.), Risiko- und Krisenmanagement im Krankenhaus: Alarm- und Einsatzplanung (S. 137-146). Stuttgart: Kohlhammer.

Hofinger, G. (2014): Entscheiden in komplexen Situationen - Anforderungen und Fehler In: R. Heimann, S. Strohschneider & H. Schaub (Hrsg.): Entscheiden in kritischen Situationen: Neue Perspektiven und Erkenntnisse (S. 3-21). Frankfurt: Verlag für Polizeiwissenschaft.

Hofinger, G. / Zinke, R. (2014): Menschliches Handeln in Krisen – Fallstricke für Sicherheit. *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik ZfAS*, 7(2): 145-158.

Janis, I. (1972): Groupthink. *Psychological Studies of Policy Decisions and Fiascoes*. Boston: Houghton Mifflin.

Kahneman, D. (2012): Thinking, fast and slow. Penguin, London.

Kahneman, D. / Slovic, P. / Tversky, A. (1982): Judgement under uncertainty: Heuristics and biases. Cambridge: Cambridge University Press.

Klein, G. (1998): Sources of Power: How People Make Decisions. Cambridge, Mass.: The MIT Press.

Rittel, H. / Webber, M. (1973): Dilemmas in a General Theory of Planning. *Policy Sciences*, 4, 155-169.

Soll, H. / Proske, S. / Steinhardt, G. / Hofinger, G. (2016): FORDEC & Co: Decision-making tools for aeronautical teams. *European Aviation Psychology*, 6(2), 101-112.

Thielmann, G. / Hofinger, G. (2016): Programmierte Entscheidungen und Entscheidungshilfen in der Stabsarbeit. In: G. Hofinger & R. Heimann (Hrsg.), *Handbuch Stabsarbeit. Führungs- und Krisenstäbe in Einsatzorganisationen, Behörden und Unternehmen* (S. 109- 116). Heidelberg u.a. Springer.

Töpfer, A. (2014): Die Managementperspektive im Krisenmanagement. Welche Rolle spielt das Management bei der Bewältigung von Krisensituationen? In: A. Thießen (Hrsg.), *Handbuch Krisenmanagement*. 2., überarb. Aufl. Wiesbaden, 239-270.

Vester, F. (1999): Die Kunst vernetzt zu denken – Ideen und Werkzeuge für einen neuen Umgang mit Komplexität; ein Bericht an den Club of Rome. München: dtv.

Vetsch C. (2017): Theoretische Grundlagen zu Krisen-Public Relations. In: *Internationale Krisen-Public Relations. Organisationskommunikation (Studien zu Public Relations/Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikationsmanagement)*. Springer VS: Wiesbaden.

Evans JSBT (2008): Dual-processing accounts of reasoning, judgment and social cognition. *Annu Rev Psychol* 59:255-78.

Weyer, J. (2009): Dimensionen der Komplexität und Perspektiven des Komplexitätsmanagements. In: J. Weyer & I. Schulz-Schaeffer (Hrsg.), *Management komplexer Systeme: Konzepte für die Bewältigung von Intransparenz, Unsicherheit und Chaos* (S. 3-19). München: Oldenbourg.

Dr. Gesine Hofinger

Team HF

*Friedrich-Schiller-Universität Jena, Forschungsstelle
Interkulturelle und komplexe Arbeitswelten (FINKA)*

HOLGER FLOETING UND NIKLAS CREEMERS

Zeiten und Rhythmen der (Un-)Sicherheit – Urbane Sicherheit als zeitpolitisches Phänomen

Die Themen der urbanen Sicherheitsforschung reichen von der Auseinandersetzung mit technischen Risiken und Gefahren, beispielsweise im Bereich von Kritischen Infrastrukturen oder Smart Cities, über Naturgefahren, Großschadenslagen, Veranstaltungs- und Verkehrssicherheit bis hin zu Fragen von Radikalisierung, Terrorismus, Kriminalität und subjektiver Sicherheit. Dabei handelt es sich um komplexe Konstrukte und Phänomene, die sich aus dem Zusammenwirken zahlreicher Faktoren entwickeln. Daher stellt sich der Umgang mit städtischer Sicherheit und Unsicherheit in all diesen Bereichen immer wieder als eine ebenso komplexe Aufgabe dar, an deren Wahrnehmung eine Vielzahl von Akteur*innen beteiligt ist, die in unterschiedlichen Kontexten und Konstellationen zusammenarbeiten. Diese doppelte Komplexität umfasst auch die Dimension Zeit. In (Un-)Sicherheitslagen und -phänomenen treffen vielfältige natürliche, soziale, institutionelle wie personale Zeitrhythmen und Zeitregime aufeinander, die miteinander in Interaktion treten und zusammenwirken und so zum konstitutiven Aspekt der sozialen Konstruktion urbaner Sicherheit sowie des Umgangs mit ihr werden. Dennoch scheint die Zeitlichkeit urbaner Sicherheit nicht zu den Themen zu gehören, mit denen sich die Sicherheitsforschung bisher besonders auseinandergesetzt hätte. Zeitliche Begriffe werden in den empirisch erhobenen Datensammlungen oft auch sehr uneinheitlich genutzt: Ein einfaches Beispiel dafür ist der Begriff „Tageszeit“: Als „Tageswohnungseinbruch“ wird in der polizeilichen Kriminalstatistik ein Delikt bezeichnet, dessen erfasste Tatzeit zwischen 6 und 21 Uhr liegt. In kommunalen Bürgerbefragungen wird oft ohne nähere tageszeitliche Eingrenzung allein zwischen „Tag“ und „Nacht“ unterschieden (vgl. z. B. Stadt Karlsruhe 2018). In kriminologischen Untersuchungen wird „Tageszeit“ ebenfalls unterschiedlich definiert. Im Heidelberger Kriminalitätsatlas (1998/99) wird beispielsweise unterschieden zwischen „Vormittag“, „Mittag“, „Nachmittag“ und „Dunkelheit“ (Stadt Heidelberg 2000).

Daher skizzieren wir im Folgenden einige Ideen und Beobachtungen, die die Bedeutung von Zeit für Phänomene der urbanen Sicherheit und deren Erforschung umreißen. Denn auch wenn sich die Sicherheitsforschung nicht als Zeitforschung versteht, so befasst sie sich doch auch immer wieder mit der Temporalität ihrer Gegenstände.

Zeit in der kriminologischen Forschung

In der kriminologischen Forschung spielt die Zeitlichkeit von Kriminalität insbesondere im Bereich raumbezogener Kriminologien eine Rolle. Deren Grundlage bilden Ansätze wie die environmental criminology, routine activity theory, geometric theory of crime, rational choice theory und die crime pattern theory (Andresen 2010). Ausgehend von der Beobachtung, dass Kriminalität nicht gleichmäßig über den Stadtraum verteilt ist, sondern sich in bestimmten Vierteln bzw. an bestimmten Orten, wie Straßenzügen, Plätzen, Parks und Kreuzungen konzentriert, fragen diese Ansätze, wie es zu solchen Kriminalitätsverdichtungen kommt. Dazu betrachten sie die sozialräumlichen und baulichen Merkmale städtischer Räume sowie zeiträumliche Routinen ihrer Bewohner*innen und Nutzer*innen, um die Charakteristika kriminogener Orte und Situationen zu ermitteln. Letztendlich geht es hier um Fragen von Tatgelegenheiten.

Damit liefert die raumbezogene kriminologische Forschung auch Erkenntnisse über zeitlich-räumliche Strukturen von Delinquenz. Täter*innen werden dabei als rationale Akteur*innen betrachtet, die einem Kosten-Nutzen-Kalkül folgend Taten planen und durchführen. Damit es zu Straftaten kommt, braucht es das Zusammentreffen unterschiedlicher Faktoren: potenzielle Täter*innen, passende Ziele und/oder Opfer und die Abwesenheit von Schutzfaktoren. Solche Konstellationen haben soziale, räumliche und zeitliche Komponenten. Dazu gehören Fragen der Sichtbarkeit, der geringen Entdeckungswahrscheinlichkeit, der sozialen Kontrolle vor Ort und schließlich des zeitlichen und räumlichen Zusammentreffens von Zielen und/oder Opfern und Täter*innen. Wann und wo bieten sich beispielsweise Taschendieb*innen besonders einfache Tatgelegenheiten; wann und wo können Einbrecher*innen möglichst unentdeckt agieren, ohne auf Widerstand zu stoßen; wann und wo treffen gewaltbereite Personen aufeinander, ohne dass ihnen Einhalt geboten würde? Mit solchen Fragen stößt man auf natürliche, individuelle, soziale, biographische und institutionelle Zeitstrukturen, aber auch auf „lange Wellen“ gesellschaftlicher Entwicklungen, beispielsweise den technologischen Wandel oder zeitliche Veränderungen in der Erwerbstätigkeit. Diese überlagern sich so, dass sich bestimmte Tatgelegenheiten zu bestimmten Zeiten an bestimmten Orten ergeben. Verbrechen erscheint somit als ein Gelegenheitskonstrukt, das sich an den zeit-räumlichen Schnittstellen der Alltagsroutinen von Täter*innen und Opfern konstituieren.

Es gibt eine Vielzahl von empirischen Daten im Bereich der urbanen Sicherheit, aus denen sich Zeitstrukturen und -muster ablesen lassen: zeitliches Auftreten alkoholisierter Verkehrsunfallverursacher (z. B. Der Polizeipräsident in Berlin 2019) oder von bestimmten Opfergruppen bei Verkehrsunfällen (z. B. Senior*innen) (z. B. Keiser 2019), Tatzeiten für bestimmte Deliktgruppen (z. B. für Körperverletzungsdelikte) (z. B. Luff 2015), tageszeitliche Muster der Koinzidenz von Drogenkonsum und Delinquenz für bestimmte Deliktgruppen (z. B. Grigoleit 2015), zeit-räumliche Muster von Delinquenz (z. B. körperliche Gewalt im sozialen Nahraum) (z. B. Mayer 2017). Vor allem zum Wohnungseinbruchdiebstahl liegen tages- und jahreszeitlich differenzierte empirische Daten vor (z. B. Gerstner 2017).

Aus den empirischen Ergebnissen lassen sich unterschiedliche zeitliche Muster ableiten:

- hinsichtlich des zeitlichen Auftretens von Delinquenz: Saisonale Veränderungen (mehr Einbrüche im Winter, mehr Gewalttaten im Sommer), Veränderungen im Wochenverlauf (mehr Gewalttaten am Wochenende), Veränderungen im Tagesverlauf (mehr Gewalttaten am späten Abend und in der Nacht, mehr Diebstähle während des Tages), biographische Zeitstrukturen (junge Männer als Täter und Opfer, Hochaltrige als neue Opfergruppe) oder
- hinsichtlich der Rolle institutioneller Zeitstrukturen für Delinquenz (Schulschluss, Geschäftszeiten, Nachtökonomie, Wartezeiten an Bus- und Bahnhaltstellen), Kriminalitätsbekämpfung (Reaktionszeiten, Einsatzzeiten) und Sicherheitshandeln allgemein (Hilfsfristen (vgl. Beitrag Hasch in diesem Heft), Räumungszeiten, Schichtplanung bei Sicherheitsbehörden (vgl. Beitrag Bürger in diesem Heft)).

Vor diesem Hintergrund werden zeit-räumliche Schnittstellen in den raumbezogenen Kriminologien als Erklärung für die Entstehung von Kriminalitätsschwerpunkten in der Stadt herangezogen. Über Verfahren der Kriminalitätskartierung und polizeiliche Strategien, wie Hot Spot Policing und Predictive Policing, haben diese Erklärungsansätze auch Eingang in die Sicherheitspraxis gefunden.

Die Identifikation und Konstruktion von Temporalität in der Sicherheitspraxis: Crime Mapping, Hot Spot Policing und Predictive Policing

Es gehört zum professionellen Erfahrungswissen der Polizeiarbeit, dass Kriminalität und Unsicherheit zeit-räumliche Muster aufweisen, also räumlich und zeitlich konzentriert sind. Mithilfe der raumbezogenen kriminologischen Forschung und durch die wachsende Verfügbarkeit und Leistungsfähigkeit von Geoinformationssystemen (GIS) wird dieses Wissen aber in wachsendem Maße sichtbar und

kommunizierbar gemacht und somit Gegenstand weiterer Forschung, vor allem aber auch der praxisorientierten Auswertung. Datengestützte Kriminalitätskartierung („Crime Mapping“) ermöglicht es, Kriminalitätstrends und -schwerpunkte zeitlich und räumlich zu identifizieren und ihnen im Zeitverlauf zu folgen. Darüber hinaus lassen sich so erkannte Muster mit lokalen Gegebenheiten visuell in Beziehung setzen, um kriminogene Faktoren vor Ort zu ermitteln. Das bezieht sich auf räumliche, sozialräumliche, aber auch auf zeitliche Elemente und Dynamiken. So erlauben es Crime Mapping-Anwendungen, Kriminalitätsverläufe im Jahres-, Monats-, Wochen- und Tagesverlauf abzubilden und sie so in Verbindung mit Jahreszeiten, Ferienzeiten, Laden- oder Schulöffnungszeiten zu setzen. Solche Informationen dienen Polizeien, um Ressourcen lang-, mittel- und kurzfristig zu planen, lokal adaptive Vorgehensweisen zu entwickeln oder Schichten zeitlich zu strukturieren. Damit hat die Visualisierung von zeit-räumlichen Mustern der Kriminalitätsentwicklung Methoden des Hot Spot Policing als Gegenstand der polizeilichen Praxis deutlich aufgewertet (Eck u. a. 2005). Indem sich Polizeien verstärkt auf die datengestützte zeit-räumliche Visualisierung von Verbrechen verlassen, besteht aber auch zunehmend die Gefahr, dass Faktoren und Dynamiken, die sich nicht kartieren lassen, aber für die Entstehung und Bekämpfung von Kriminalität relevant sind, verdeckt bleiben. Dazu gehören zum Beispiel Dynamiken der sozialen Ausgrenzung, soziale Ungleichheit oder Labelling-Prozesse, wie sie in der kritischen Kriminologie untersucht werden. Crime Mapping stellt dabei die Reduktion von Kriminalität auf ein zeit-räumliches Phänomen dar und übersetzt diese in die polizeiliche Praxis (Bellina 2009). Diese Dynamik setzt sich im Rahmen des Predictive Policing fort. Auch hier wird davon ausgegangen, dass Kriminalität zeit-räumliche Muster aufweist, die erkannt und adressiert werden können, um zukünftige Straftaten zu vermeiden. Dabei wird mithilfe komplexer Analysen von Daten aus polizeilichen Vorgangsbearbeitungssystemen sowie externen Daten versucht, Kriminalitätsschwerpunkte und Verbrechensterien zu erkennen, um zeit-räumliche Charakteristika der betroffenen Räume sowie Muster in der Vorgehensweise der Kriminellen zu identifizieren und in Verbindung zu setzen. Die automatisiert erstellten Muster dienen der verwendeten Software dann dazu, Stadträume zu markieren, denen die Datenanalyse ein erhöhtes Risiko zuschreibt, in Zukunft Schauplatz bestimmter Straftaten zu werden. Auf dieser Grundlage können Polizeien Ressourcen, Einsätze und Maßnahmen planen. Predictive Policing geht also von der Persistenz bestimmter zeit-räumlicher Muster aus und schreibt diese in die Zukunft fort (Perry u. a. 2013). Predictive Policing Programme dienen damit der Visualisierung und Vereindeutigung einer kontingenten

Zukunft, um sie gegenwärtig planbar zu machen. Dabei ist die Visualisierung der Zukunft ihrerseits ein soziotechnisches Konstrukt, das sich auf Daten aus der Vergangenheit verlassen muss, die in ihrer Qualität äußerst sensibel sind. Denn die Qualität der Daten ist abhängig von den erfassten und ausgewerteten Ereignissen und Maßnahmen in den polizeilichen Vorgangsbearbeitungssystemen und damit unter anderem von Anzeigeverhalten, Kontrollschwerpunkten, diskriminierenden Polizeipraktiken, Arbeitsbelastung, Tagesgangverzerrungen, Ausfüllkulturen, der Qualifikation der Beteiligten und dem Verhältnis von Eingangs- und Ausgangsstatistiken nach Korrekturen und Ermittlungen. Die Vereindeutigung der Zukunft ist in ihrer Herstellung demnach ihrerseits in Teilen kontingent, auch wenn diese Kontingenz hinter technischen Abläufen, Anwendungen und Oberflächen verborgen bleibt (Kaufmann u. a. 2019). Doch institutionelle Praktiken, Prozesse und Strukturen tragen nicht nur zur Konstruktion von Zeitlichkeit bei; vielmehr unterliegen sie genauso eigenen zeitlichen Rhythmen, die das institutionelle Handeln gleichzeitig prägen und aus ihm hervorgehen.

Zeitliche Rhythmen und Dynamiken innerhalb einer Polizeiorganisation: Compstat in NYC

Das Verständnis von Kriminalität als zeit-räumliches Phänomen konnte sich in der polizeilichen Praxis auch durchsetzen, weil sich die Rhythmen polizeilicher Überwachungs- und Wissenspraktiken verändert haben. Das zeigt die Einführung des digitalen Wissens- und Managementtools Compstat durch die New Yorker Polizei Mitte der 1990er Jahre. Compstat steht für „computerized statistics“ und bezeichnet einen Prozess, in dem die New Yorker Polizei Kriminalitätsstatistiken tagesaktuell digitalisiert und zur Identifizierung und Auswertung von Kriminalitätstrends nutzt, wie sie für die Entwicklung und Umsetzung von Strategien des Hot Spot Policing notwendig sind (McDonald 2002). Vor Compstat brauchte die New Yorker Polizeibehörde (NYPD) drei bis sechs Monate für die Erstellung von Kriminalitätsstatistiken. Bei Erscheinen hatten diese Statistiken keinerlei operativen Wert für die Planung der Polizeiarbeit in den Revieren. Die Zahlen dienten lediglich der strategischen Planung und der Berichterstattung für die Öffentlichkeit und als Grundlage für bundesweite Kriminalitätsstatistiken des FBI. Erst mit der deutlichen Beschleunigung des Datenflusses innerhalb des NYPD erhielten die Kriminalitätsstatistiken einen operativen Wert, da nun wöchentliche Berichte für die Reviere und für verschiedene Einheiten auf den unterschiedlichen organisationellen Ebenen der Behörde erstellt wurden, mit denen aktuelle Kriminalitätsschwerpunkte identifiziert und adressiert werden konnten. Damit hat die Beschleunigung der Wissenspraktiken des Depart-

ments auch zum Übergang von einer stadtweit einheitlichen Strategie der „*random patrol, rapid response und reactive investigation*“ hin zu proaktiveren und lokal differenzierten Ansätzen des Hot Spot Policing beigetragen (Bratton/Smith 2001). Seitdem wurden der Zugriff und die Nutzung von Daten im NYPD weiter beschleunigt und erweitert. Heute können New Yorker Polizist*innen im Einsatz in Echtzeit auf Datenbanken und Datenvisualisierungen zurückgreifen, die sie mit Informationen versorgen sollen, um ihre „*situational awareness*“ zu steigern. Mehr Daten sollen so zu besseren Entscheidungen vor Ort führen.

Ob ein Mehr an Daten allerdings einen Funktionsgewinn in ereignisdichten Situationen darstellt, ist noch zu prüfen. Denn möglicherweise stößt die Interpretations- und Handlungsfähigkeit von Polizist*innen hier auch an ihre zeitlichen Grenzen (Levine u. a. 2017). Zu beobachten ist dennoch, dass die Beschleunigung der Datenkommunikation und -verarbeitung eine Verschiebung bzw. Rekonfiguration der Temporalität polizeilichen Wissens bedingt hat: von der Nutzung von Daten zur langfristigen strategischen Planung über die Herstellung eines kurzfristig nutzbaren operativen Wissens des Hot Spot Policing bis hin zur Unterstützung des Situationsbewusstseins durch in Echtzeit abrufbare Informationen im Einsatz und zum Predictive Policing, das eine nahegelegene Zukunft in der Gegenwart modelliert. Somit überlagern sich in polizeilichen Wissenspraktiken multiple Zeitlichkeiten, die polizeiliches Handeln maßgeblich konstituieren.

Zeit und subjektive Sicherheit

Doch nicht nur Kriminalität und Polizeiarbeit sind wichtige Aspekte urbaner Sicherheit, die eng mit zeitpolitischen Phänomenen in Verbindung stehen. Auch das Sicherheitsempfinden der Bewohner*innen von Städten und Stadtquartieren ist eng verknüpft mit zeitlichen Dynamiken. Subjektive Sicherheit ist ein komplexes Konstrukt. Zahlreiche Faktoren wirken hier zusammen und können kaum voneinander isoliert werden. Dazu gehören unter anderem mediale Diskurse, Images von Orten und Quartieren, soziale (Un-)Sicherheit, örtliche baulich-gestalterische Merkmale und sozialräumliche Bedingungen, Nachbarschaftlichkeit und soziales Vertrauen, (Nutzungs-)Konflikte in öffentlichen Räumen, situativ wahrgenommene Handlungsmöglichkeiten oder individuelle Dispositionen wie Geschlecht, Opfererfahrung und Vulnerabilität. Neben der teilweise impliziten Zeitlichkeit dieser Faktoren spielen auch explizit zeitliche Faktoren in diesem Zusammenhang eine Rolle. So ist bekannt, dass die subjektive Sicherheit in Verbindung mit tageszeitlichen und biographischen Rhythmen steht. Ältere Menschen fühlen sich im öffentlichen Raum unsicherer als junge Menschen und bestimmte Quartiere oder Orte wer-

den nachts in der Regel als weniger sicher wahrgenommen als tagsüber (Ziegler u. a. 2011). Zudem können wir in Städten einen Wandel von einem fordistischen Zeitregime hin zu einem postfordistischen oder postmodernen Zeitregime beobachten. War die fordistische Stadt durch eine verhältnismäßig starke Vereinheitlichung der Tagesabläufe ihrer Bewohnerschaft durch die fordistische Produktion gekennzeichnet, so erleben wir seit einiger Zeit eine zunehmende Entgrenzung arbeitszeitlicher Strukturen sowie eine Fragmentierung gesellschaftlicher Zeitregime durch Individualisierung, soziale Differenzierung und den Bedeutungsgewinn von Freizeit-, Nacht- und Tourismusindustrie. Zudem sind Städte in wachsendem Maße durch eine diverse Bewohnerschaft gekennzeichnet, die sich auch durch eine Ausdifferenzierung von Lebensstilen sowie Alltagspraktiken und -kulturen auszeichnet. Diese Transformationen bedingen eine Zunahme an Konflikten zwischen den verschiedenen Nutzungsansprüchen, die die Bewohner*innen und Nutzer*innen an öffentliche Räume stellen (Bartl u. a. 2019). Nicht zuletzt stellen sich solche Konflikte auch als Konflikte zwischen den verschiedenen Tages- und lebenszeitlichen Rhythmen und Anforderungen der Beteiligten dar. Divergenzen darüber, welche Verhaltensweisen an welchen Plätzen und Orten zu welchen Zeiten als akzeptabel gelten, führen immer wieder zu Konflikten, Kollisionen und Irritationen zwischen verschiedenen Gruppen und ihren Lebensstilen, Alltagskulturen und Normvorstellungen und wirken sich so auch auf das Sicherheitsempfinden und das Zusammenleben in den öffentlichen Räumen der Städte aus. Damit zeigt sich, dass sowohl im Bereich der objektiven Sicherheit als auch im Bereich der subjektiven Sicherheit die Frage der Zeitstrukturen sozialer Phänomene und Prozesse eine bedeutende Rolle spielt.

Fazit

Urbane Sicherheit in ihren verschiedenen Ausprägungen ist mit jeweils eigenen Zeitstrukturen verbunden. Verschiedene natürliche und soziale Zeiten wirken auch auf (Un-) Sicherheitsphänomene. Forschung und Praxis haben diese Zusammenhänge aufgegriffen und z. B. zeit-räumliche Muster von Straftaten zu ihrem Gegenstand gemacht. Das zeigt sich z. B. in Crime Mapping, Hot Spot Policing und Predictive Policing. Herausforderungen für die Forschung bestehen beispielsweise bei der Datengüte und der Vermeidung falscher Kausalitäten bei der Auswertung und Würdigung der empirischen Daten. Darüber hinaus braucht es weiterhin eine kritische Befragung, beispielsweise dahingehend, welche sozialen Dynamiken und Prozesse verborgen bleiben, wenn Kriminalität und Sicherheit vor allem als zeit-räumliche Phänomene verstanden und adressiert werden.

Herausforderungen für die Praxis bestehen im Aufbau adäquater organisationaler Strukturen und besonders darin, Abläufe und Praktiken identifizierten Mustern anzupassen. Denn Sicherheitsbehörden folgen häufig eigenen zeitlichen Logiken, die teilweise nur schwer mit externen Rhythmen in Einklang zu bringen sind.

Literatur

- Andresen, Martin A. (2010): The Place of Environmental Criminology within Criminological Thought. In: Andresen, Martin A. / Brantingham, Paul J. / Kinney, Bryan J. (Hrsg.): *Classics in Environmental Criminology*. Burnaby: Simon Fraser University Publications: 5-28.
- Bartl, Gabriel / Creemers, Niklas / Floeting, Holger (2019): *Sicherheit und Vielfalt im Quartier. Herausforderungen für Kommunen und Beispiele aus der Praxis*. Berlin: Difu.
- Belina, Bernd (2009): Kriminalitätskartierung – Produkt und Mittel neoliberalen Regierens, oder: Wenn falsche Abstraktionen durch die Macht der Karte praktisch wahr gemacht werden. *Geographische Zeitschrift*, 97, 4: 192-212.
- Bratton, William J. / Smith, Dennis C. (2001): *Performance Management in New York City: Compstat and the Revolution in Police Management*. In: Forsythe, Dall W. (Hrsg.): *Quicker Better Cheaper? Managing Performance in American Government*. Albany: Rockefeller Institute Press: 453-482.
- Der Polizeipräsident in Berlin, Stab des Polizeipräsidenten, Dir E BVkD VSD 3, Verkehrslagebild (2019): *Sonderuntersuchung „Alkoholisierter Verkehrsunfallverursacher in Berlin 2018*. Berlin.
- Die Oberbürgermeisterin der Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik [Stadt Heidelberg] (2000): *Der Heidelberger Kriminalitätsatlas*. Heidelberg.
- Eck, John E. / Chainey, Spencer / Cameron, James G. / Leiter, Michael / Wilson, Ronald E. (2005): *Mapping Crime: Understanding Hot Spots*. Washington D.C.: National Institute of Justice.
- Gerstner, Dominik (2017): *Predictive Policing als Instrument zur Prävention von Wohnungseinbruchdiebstahl. Evaluationsergebnisse zum baden-württembergischen Pilotprojekt P4*. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. forschung aktuell – research in brief, 50. Freiburg im Breisgau.
- Grigoleit, Lisa (2015): *Drogenkonsum und Delinquenz. Hohe Medizinische Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität [Dissertationsschrift]*. Bonn.
- Kaufmann, Mareile / Egbert, Simon / Leese, Matthias (2019): *Predictive Policing and the Politics of Patterns*. In: *Brit. J. Criminol.* 59: 674-692.
- Keiser, Jürgen (2019): *Unfälle von älteren Menschen im Straßenverkehr in Berlin und in Brandenburg*. In: *Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin-Brandenburg*, 3: 30-34.
- Levine, E. S. / Tisch, Jessica / Tasso, Anthony / Joy, Michael (2017): *The New York City Police Department's Domain Awareness System*. In: *INFORMS Journal on Applied Analytics*, 47, 1: 70-84.
- Luff, Johannes (2015): *Gewalt mehr oder weniger. Zur Quantität, Qualität und Bewertung in Bayern registrierter Körperverletzungen im Längsschnitt*. Projektbericht der Kriminologischen Forschungsgruppe der Bayerischen Polizei. München.

Mayer, Stefanie Kristin (2017): Datenerhebung und -auswertung an der Opferschutzambulanz des Instituts für Rechtsmedizin der Universität München in den Jahren 2010 bis 2013. Medizinische Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität [Dissertationsschrift]. München.

McDonald, Phyllis (2002): Managing Police Operations. Implementing the New York Crime Control Model – CompStat. Belmont: Wadsworth.

Perry, Walter L. / McInnis, Brian / Price, Carter C. / Smith, Susan C. / Hollywood, John S. (2013): Predictive Policing. The role of Crime Forecasting in Law Enforcement Operations. The Rand Corporation: Santa Monica.

Stadt Karlsruhe (2018): Sicherheitsempfinden der Bevölkerung. 4. Sachstandsbericht zur öffentlichen Sicherheit und Ordnung 2018. Karlsruhe.

Ziegler, Diana / Kudlacek, Dominic / Fischer, Thomas (2011): Zur Wahrnehmung und Definition von Sicherheit durch die Bevölkerung. Erkenntnisse und Konsequenzen aus der kriminologisch-sozialwissenschaftlichen Forschung, Forschungsforum Öffentliche Sicherheit, Schriftenreihe Sicherheit, Nr. 5. http://www.sicherheit-forschung.de/forschungsforum/schriftenreihe_neu/sr_v_v/sr_5.pdf (Abfrage: 27.03.2020).

Dr. Holger Floeting,

Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin

Niklas Creemers,

Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin

TIM LUKAS

Der Takt des Bahnhofsviertels: Verdrängungsdruck und Unsicherheit in heterogenen urbanen Räumen

Die Eisenbahn war der Schrittmacher der Industrialisierung im 19. Jahrhundert. Distanzen schrumpften, der Transport von Waren beschleunigte sich und die Menschen wurden mobiler. Als Kristallisationsorte dieser Entwicklungen entstanden die später als „Kathedralen des Verkehrs“ apostrophierten Bahnhofsneubauten vor allem in der Gründerzeit als spektakuläre und imposante Eingangstore zu den häufig noch mittelalterlich geprägten Innenstadtkernen. Entsprechend schwierig gestaltete sich ihre stadtgestalterische Integration. Aufgrund ihrer Größe oftmals am Rand der Innenstadt platziert, wiesen die Bahnhofsgebäude häufig eine reich verzierte und repräsentative Vorderseite und eine weniger eindrucksvolle Rückseite auf. Während sich auf der Vorderseite die Dynamik des Großstadtlebens mit elektrischer Straßenbeleuchtung und Trambahnen entwickelte, etablierte sich hinter den Gleisen vielerorts ein als zwielichtig wahrgenommenes Milieu aus Armut und Halbwelt, das schließlich den sprichwörtlichen Ruf der Bahnhofsgegend begründete (Schivelbusch 2018: 152 ff.).

Bis heute gelten die Bahnhofsviertel der großen Städte als verrufene Orte, denen ein gewisses Schmutzimage anhaftet. Zugleich ist der Standortkomplex Bahnhof vielerorts Ausgangspunkt kommunaler Bemühungen, das zentrumsnahe Umfeld der Bahnhöfe durch Konsum- und Wohnfunktionen nachhaltig zu entwickeln. Besonders die städtebauliche Zentralität der Bahnhöfe und ein allgemeiner Trend

zum Wohnen in der Stadt machen das Bahnhofsviertel mit seinen Verkehrsinfrastrukturen heutzutage zu einem Ort, der den Kommunen und ihren Bürger*innen ebenso attraktiv erscheint wie Investor*innen und Entwickler*innen. Rund um die großen Bahnhöfe entstehen in zahlreichen Städten neue Wohnanlagen, Hotels, Geschäfts- und Dienstleistungszentren, die als punktuelle Interventionen auch zu einer Revitalisierung der Bahnhofsviertel führen sollen.

Der vorliegende Artikel ist der Versuch, die dynamischen Entwicklungen in den Bahnhofsvierteln aus der Perspektive einer Theorie der Beschleunigung zu analysieren und den rapiden Wandel dieses in vielerlei Hinsicht besonderen Stadtraums in seinen Auswirkungen auf die Raumnutzenden nachzuzeichnen. Am Beispiel des Düsseldorfer Bahnhofsviertels soll die Wahrnehmung von Sicherheit im Kontext urbaner Beschleunigungsprozesse beschrieben und mit Blick auf die spezifische Verunsicherung von Bestandsbewohner*innen und marginalisierten Gruppen untersucht werden.¹ Die Ergebnisse beruhen auf Daten einer stadtweit realisierten schriftlich-postalischen Bevölkerungsbefragung (n = 1.472), leitfadengestützten Interviews mit Expert*innen der polizeilichen und kommunalen

¹ Im Artikel werden Ergebnisse des Forschungsprojekts „Sicherheit im Bahnhofsviertel (SiBa)“ berichtet, das im Rahmen der „Forschung für die zivile Sicherheit“ durch das BMBF gefördert wird (Haverkamp et al. 2018).

Sicherheitsarbeit und Stadtentwicklung sowie mit Mitarbeitenden der Straßensozialarbeit und Drogenhilfe. Eingang in die Interpretation der nachfolgenden Befunde finden darüber hinaus Eindrücke aus teilnehmenden Beobachtungen, die im Herbst 2018 im Rahmen von Schwerpunkteinsätzen der Polizei und des kommunalen Außendienstes des Ordnungsamtes im Düsseldorfer Bahnhofsviertel durchgeführt wurden.

Technische Beschleunigung

Mit dem Akzelerationszirkel beschreibt Hartmut Rosa (2005: 243) soziale Beschleunigung als einen „sich selbst antreibenden Prozess“, in dessen zirkulärer Form drei Dimensionen der Beschleunigung in einem wechselseitigen Steigerungsverhältnis zueinanderstehen. Im Prozess der technischen Beschleunigung verliert der Raum immer mehr an Bedeutung für die Orientierung in der modernen Welt: „Abläufe und Prozesse sind nicht länger lokalisiert, und tatsächliche Orte wie Hotels, Banken, Universitäten und Industrieanlagen tendieren dazu, ‚Nicht-Orte‘ zu werden, also Orte ohne Geschichte, Identität oder Beziehung.“ (Rosa 2018: 21). Klassische Transit-Orte wie Bahnhöfe und die sie umgebenden Stadtviertel sind Prototypen dieser Nicht-Orte, in denen Taktgeber wie Investierende und Projektentwickelnde die ökonomischen und institutionellen Triebkräfte der Beschleunigung darstellen, die mit immer neuen, immer gleichen Bauvorhaben „keine besondere Identität und keine besondere Relation, sondern Einsamkeit und Ähnlichkeit“ (Augé 1994: 121) erzeugen.

Auf der Homepage der international agierenden Immobilienberatung Savills heißt es dazu über das Düsseldorfer Bahnhofsviertel: „Das Milieu, das vielerorts zum Bahnhofsviertel gehört und sowohl Sicherheitsgefühl als auch Aufenthaltsqualität beeinträchtigt, weicht sukzessive einem neuen architektonischen Gesamtbild“ (Renke 2018). Besondere Bedeutung im architektonischen Gesamtbild des Düsseldorfer Bahnhofsviertels nimmt die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes ein, der in den kommenden Jahren als Visitenkarte und Tor zur Innenstadt aufgewertet werden soll. Die prämierten Entwürfe des Ideen- und Realisierungswettbewerbs sehen einen übersichtlichen und aufgeräumten Platz vor, dessen freiraumplanerische Gestaltung sich im Hinblick auf die Sicherheitsgewährleistung an Prinzipien der städtebaulichen Kriminalprävention zu orientieren scheint (Abt/Schröder 2017). Was das in Düsseldorf bedeuten kann, lässt sich am nur wenige Meter vom Hauptbahnhof entfernt gelegenen Immermannhof bereits erahnen. Nach Beschwerden von Anwohner*innen wurde die – im Jargon der Stadtverwaltung „Schmuckplatz“ (Stadtplanung 02: 310) genannte – Fläche derart umgestaltet, dass sie nun kaum mehr Aufenthaltsqualität bietet:

„Wenn man jetzt diese Fläche des Grauens nimmt, da am Immermannhof. Gut, da haben vorher die – was ich verstehen kann – Drogenabhängigen in der Erde wohl ihre Bunker mit Drogen gehabt. Das kann man natürlich nicht dulden, das verstehe ich. Aber so eine gepflasterte Fläche mit so kleinen, ömmeligen Bäumchen ist jetzt für mich nicht so lebenswert“ (Soziale Arbeit 03: 748-52).

Dahinter scheint eine „Düsseldorfer Angst, wenn man Sitzangebote, Liegeangebote schafft“ (Architektur 01, Z. 436) zu stehen, nach der die Schaffung von Aufenthaltsqualität im Bahnhofsviertel immer nur die Klientel der marginalisierten Gruppen aus Suchtkranken und Wohnungslosen anziehen könnte:

„Ich kann ihnen versprechen, wenn hier eine wunderschöne Straße hingemacht wird, die auf dem Bild ganz toll aussieht, und jeder sagt: ‚Mensch, was für eine schöne Straße‘, dass da nur Menschen drauf sitzen, die keiner haben will.“ (Polizei 04: 762-64).

Aufgrund einer zentralisierten Angebotsstruktur aus Substitutionspraxen (inkl. Drogenkonsumraum und Diamorphinambulanz), Notschlafstellen und Beratungseinrichtungen haben die Menschen mit dem Lebensmittelpunkt Straße ihren Ort allerdings ohnehin bereits im Bahnhofsviertel gefunden. In der Folge führt dies dazu, dass im Umfeld des Hauptbahnhofs weitgehend auf die Gestaltung identitätsstiftender und qualitätsvoller Räume für alle Menschen verzichtet und das Bahnhofsviertel allgemein eher als ein Transit-Ort verstanden wird, der Aneignungsprozesse im öffentlichen Raum möglichst gar nicht erst eröffnen soll.

Beschleunigung des sozialen Wandels

Während die technische Beschleunigung als ein Prozess der Beschleunigung innerhalb der Gesellschaft beschrieben werden kann, charakterisiert Rosa (2005: 176 ff.) die Beschleunigung des sozialen Wandels als ein Phänomen der Beschleunigung der Gesellschaft selbst. Bezogen auf die fortschreitende Veränderungsdynamik von Familienstrukturen und Beschäftigungsverhältnissen geht es ihm allgemein um die gesteigerte Veränderungsrate sozialer Beziehungsmuster:

„Als praktischen Test kann man sich einfach die Verfallsraten des eigenen praktischen Alltagswissens vor Augen führen: Für welche Zeiträume können wir solchen Informationen wie Adressen und Telefonnummern von Freunden (...) Stabilität unterstellen?“ (Rosa 2018: 24).

Im Düsseldorfer Bahnhofsviertel lässt sich die Instabilität der Wohnverhältnisse an einer überdurchschnittlichen Fluktuationsrate ablesen, nach der es im Jahr 2016 bei einer Gesamtbevölkerung von 28.453 Bewohner*innen ein Wanderungsvolumen von 47 Zu- und Fortzügen pro 100

Einwohner*innen gab (Fluktuationsrate Düsseldorf insgesamt: 30, vgl. Landeshauptstadt Düsseldorf 2017). Der Austausch der Bevölkerung bedroht dabei informelle Netzwerke und Nachbarschaftsbeziehungen, die im Bahnhofsviertel zunehmend unter Druck geraten. Eine Bewohnerin bringt es auf den Punkt: „Das wird hier nichts mehr mit der Nachbarschaftlichkeit.“ (Bewohnerin 02: 44). Sie adressiert damit eine durch steigende Mieten hervorgerufene Veränderung der Bevölkerungsstruktur, in der die traditionell eher als sozial benachteiligt geltende Bestandsbevölkerung auf besser situierte Mittelschicht Haushalte trifft, die zwar notwendige Ressourcen in die Nachbarschaft einbringen, häufig aber nicht an einem nachbarschaftlichen Miteinander interessiert zu sein scheinen. Die Veränderungen in den sozialen Strukturen, aber auch der bauliche und gewerbliche Wandel des Viertels, lässt sich als ein Prozess der Gentrification beschreiben, der von den Bestandsbewohner*innen als Verdrängungsdruck erfahren wird und mit vorrangig ökonomischen Ängsten verbunden ist. So nehmen die Befragten im Bahnhofsviertel sanierungsbedingte Mieterhöhungen und Verdrängungen signifikant häufiger wahr als die Befragten im übrigen Stadtgebiet. Auch die Angst, sich die eigene Wohnung zukünftig nicht mehr leisten zu können, ist im Bahnhofsviertel stärker ausgeprägt als im Vergleich zum gesamtstädtischen Durchschnitt (Üblacker/Lukas 2018). Die Furcht vor Kriminalität spielt im Aufwertungsprozess insofern eine Rolle, als die kommunale Verwaltung das Bahnhofsumfeld als einen besonders kriminalitätsbelasteten Ort wahrnimmt und mit Ordnungshandeln die Voraussetzungen für den weiteren Zuzug statushöherer und beschwerdemächtiger Gruppen schafft. Der beschleunigte soziale Wandel des Bahnhofsviertels erzeugt auf diese Weise Verdrängungsdruck nicht nur auf Seiten der Bestandsbevölkerung, sondern auch bei denjenigen marginalisierten Gruppen, die aufgrund ihrer prekären Lebensumstände auf das Umfeld des Hauptbahnhofs als Kommunikations- und Schutzraum angewiesen sind (Lukas/Hauprich 2020).

Beschleunigung des Lebenstempos

Die Beschleunigung des Lebenstempos schließlich „führt dazu, dass Menschen Zeit als knappe Ressource wahrnehmen und dass sie sich getrieben, unter Zeitdruck gesetzt und gestresst fühlen“ (Rosa 2018: 27). Zeitdruck und existentieller Stress entstehen im Düsseldorfer Bahnhofsviertel vor allem auf Seiten der marginalisierten Gruppen, die unter dem Diktat des kommunalen und polizeilichen Ordnungs- und Sicherheitshandelns von einem Platz zum nächsten verdrängt werden:

„(...) gab es teilweise mal diese Absurdität, dass die Polizei sagt: ‚Weg vom Worringer [Platz]‘, das Ordnungsamt sagt: ‚Weg vom Mintrop[platz]‘, und die einen sagen: ‚Fahr

da hin‘ und die anderen: ‚Fahr da hin‘. Und dann fahren die mit der Bahn hin und her, weil die wollen doch gar kein Stress haben. Die sind doch eher ängstlich, was das angeht“ (Soziale Arbeit 02: 1292-95).

In der Logik des polizeilichen Kontrollhandelns verfolgen derartige Maßnahmen das Ziel, die Verfestigung der Szene aus Suchtkranken und Wohnungslosen an bestimmten Orten zu verhindern: „Es geht darum, die Szene in Bewegung zu halten. (...) Die sollen sich hier nicht zu wohl fühlen.“ (Beobachtungsprotokoll Polizei, 10.8.2018). Mazda Adli (2017: 220 ff.) beschreibt sozialen Stress in der Stadt als die Summe aus sozialer Dichte und sozialer Isolation. Soziale Dichte wirke immer dann schädlich für die seelische Gesundheit, wenn sie mit einem Gefühl der Bedrohung und Vulnerabilität einhergehe – zwei Aspekte, die zusammen mit der sozialen Isolation und dem Gefühl der Einsamkeit charakteristisch für das Leben auf der Straße sind. Verdrängungsdruck verstärkt auf diese Weise den Stress marginalisierter, insbesondere suchterkrankter Gruppen, deren Alltagsbewältigung ohnehin durch starken Zeitdruck gekennzeichnet ist (Hauprich 2018):

„Dann ist der Weg vielleicht auch einfach zu weit. Weil man muss ja auch wieder neues Zeug beschaffen und Geld für neues Zeug beschaffen. Bei denen ist ja Zeit auch Geld und dann denken die sich: Ich geh vielleicht einfach hier um die Ecke und mach das eben und dann bin ich schnell wieder am Hauptbahnhof, wo ich schnorren kann.“ (Medizin 02: 395-99).

Die raum-zeitliche Verdichtung der Alltagshandlungen marginalisierter Gruppen steht dabei in einem engen Zusammenhang zur Beschleunigung des sozialen Wandels im Umfeld des Düsseldorfer Hauptbahnhofs. Die fortschreitende Differenzierung der Bevölkerung im Bahnhofsviertel in unterschiedliche sozioökonomisch bestimmte Milieus lässt eine weitere Pluralisierung von Werten und Normen erwarten: „Was der einen Gruppe als ‚normal‘ gilt oder von ihr toleriert wird, gilt in einem anderen Milieu oder anderem Kontext als abweichend und verfolgungswürdig“ (Frevel 2012: 606). Obdachlosigkeit, Bettelerei, Drogen- und Alkoholkonsum werden dabei insbesondere von den zuziehenden Mittelschichtsfamilien als abweichende Verhaltensweisen betrachtet, die im Wohnumfeld des Bahnhofsviertels nichts zu suchen haben.

Fazit

Das Düsseldorfer Bahnhofsviertel kann als ein Ort beschleunigter urbaner Transformation beschrieben werden, dessen Schmutzimage möglichst bald vergessen gemacht und das zur Visitenkarte der Stadt entwickelt und aufgewertet werden soll. Die Wahrnehmung des urbanen Wandels

ist – neben positiven Zuschreibungen – auch mit sozialen Ängsten und ökonomischen Unsicherheiten verbunden, die sich in der Perspektive einer Theorie der Beschleunigung auf drei Dimensionen verorten lassen. Die technische Beschleunigung führt zur Entstehung von Nicht-Orten, bei deren Planung die Ängste und Sorgen der Bestandsbevölkerung allzu häufig kaum Gehör finden. Die Beschleunigung des sozialen Wandels bedroht bestehende Nachbarschaftsbeziehungen durch den Austausch statusniedriger durch stathöhere Bevölkerungsgruppen und führt zu einem wachsenden Verdrängungsdruck im Bahnhofsviertel. Unter Verdrängungsdruck geraten auch die marginalisierten Gruppen der Suchtkranken und Wohnungslosen, die durch die Beschleunigung des Lebenstempos ihre Rückzugs- und Kommunikationsräume im Bahnhofsviertel verlieren und auf diese Weise zunehmend sozialem Stress ausgesetzt sind. Das Düsseldorfer Bahnhofsviertel steht dabei beispielhaft für die Entwicklungen in den Bahnhofsvierteln zahlreicher anderer Städte, in denen kommunalpolitische und immobilienwirtschaftliche Interessen einen beschleunigten urbanen Wandel antreiben, der die Bedingungen für eine „Entfremdung vom Raum“ (Rosa 2018: 123 ff.) schafft, mit der sich gewachsene und zeitaufwändige Sozialbeziehungen auflösen und Fremdes und Irritierendes immer mehr als Bedrohungen der Sicherheit wahrgenommen werden.

Literatur

- Abt, Jan / Schröder, Anke (2017): Städtebauliche Kriminalprävention. In: StadtBauwelt, 213: 40-47.
- Adli, Mazda (2017): Stress and the City. München: C. Bertelsmann.
- Augé, Marc (1994): Orte und Nicht-Orte. Vorüberlegungen zu einer Ethnologie der Einsamkeit. Frankfurt / M.: S. Fischer.

Frevel, Bernhard (2012): Kriminalität und lokale Sicherheit. In: Eckardt, Frank (Hrsg.): Handbuch Stadtsoziologie. Wiesbaden: Springer VS: 593-611.

Hauprich, Kai (2018): Zwischen nicht wollen, nicht können, nicht dürfen und dem Stress der Alltagsbewältigung. Der Fleiß des Obdachlosen. Vortrag im Rahmen der 75. Jahrestagung der Interdisziplinären Studiengesellschaft e.V. Würzburg: Unveröffentlichtes Manuskript.

Haverkamp, Rita / Hennen, Ina / Hohendorf, Ines / Lukas, Tim / Quel, Moritz (2018): Sicherheit im Bahnhofsviertel (SiBa). In: forum kriminalprävention, 3: 24-27.

Landeshauptstadt Düsseldorf (2018): Sozialräumliche Gliederung. Fortschreibung 2017. Düsseldorf: Amt für Statistik und Wahlen (Statistik und Stadtforschung Nr. 56).

Lukas, Tim / Hauprich, Kai (2020): Angsträume wohnungsloser Menschen. In: Sowa, Frank (Hrsg.): Figurationen der Wohnungsnot. Weinheim: Juventa (im Erscheinen).

Renke, Sebastian (2018): Hotspot Hauptbahnhof? Düsseldorf erfindet sich neu. URL: <https://www.savills.de/blog/article/267093/germany-articles/hotspot-hauptbahnhof-dusseldorf-erfindet-sich-neu.aspx> (Abfrage: 23.03.2020).

Rosa, Hartmut (2018): Beschleunigung und Entfremdung. Entwurf einer Kritischen Theorie spätmoderner Zeitlichkeit. Frankfurt/M.: Suhrkamp (6. Aufl.).

Rosa, Hartmut (2005): Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Schivelbusch, Wolfgang (2018): Geschichte der Eisenbahnreise. Zur Industrialisierung von Raum und Zeit im 19. Jahrhundert. Frankfurt/M.: Fischer (7. Aufl.).

Üblacker, Jan / Lukas, Tim (2019): Keine Angst, es ist nur Gentrification? Soziale und ökonomische Ängste, Kriminalitätsfurcht und Verdrängungsdruck im Düsseldorfer Bahnhofsviertel. In: sub\urban, 7: 93-114.

Dr. Tim Lukas

Bergische Universität Wuppertal,

Institut für Sicherungssysteme, Bevölkerungsschutz,

Katastrophenhilfe und Objektsicherheit

Sie sind noch nicht Mitglied der DGfZP?

So können Sie Mitglied werden:

Das Antragsformular finden Sie auf www.zeitpolitik.de.

Oder senden Sie Ihre Anmeldung per Post an die Geschäftsstelle der DGfZP:

Prof. Dr. Dietrich Henckel | Holsteiner Ufer 28 | 10557 Berlin

Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt 75,00 €, ermäßigt 40,00 €.

Er ist zu überweisen auf das Konto Zeitpolitik e.V. bei der Postbank Berlin,

IBAN: DE 83 1001 0010 0533 0481 05 · BIC: PBNKDEFF

Die DGfZP ist als Gemeinnütziger Verein anerkannt.

Aus der DGfZP

**Deutsche
Gesellschaft für
Zeitpolitik**

Jahrestagung 2020
der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik (DGfZP)
in Kooperation mit dem Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ)
der Universität Duisburg-Essen



Zeitpolitik im/in Betrieb

Atmende Lebensläufe ermöglichen!

22. – 23. Oktober 2020 Mülheim an der Ruhr – und virtuell

Corona hat es uns vor Augen geführt: Die sogenannte Care-Krise trifft überlastete Eltern und pflegende Angehörige, erschöpfte Arbeitskräfte, fehlende Betreuungs- und Pflegekräfte. Das gegenwärtige Zeitregime „bestraft“ gerade Frauen, die ihre Arbeitszeit aufgrund von Sorgeaufgaben unterbrechen oder verkürzen – oder versuchen, alles „unter einen Hut“ zu bekommen. Zudem macht die wachsende Digitalisierung Lebenslanges Lernen zur Notwendigkeit. Wie sinnvoll ist ein derart verdichtetes Erwerbsleben, wenn dabei lebenswichtige Dinge wie die Sorge für andere und für sich selber, aber auch die Weiterbildung zu kurz kommen? Erwerbsverläufe müssten entzerrt, Arbeitszeiten den jeweiligen Lebensphasen und -situationen besser angepasst werden.

Einiges ist bereits in Bewegung: Gesetzliche Neuregelungen, z. B. zur Elternzeit, zur Familienpflegezeit oder zur Brückenteilzeit, haben die Optionen für Beschäftigte verbessert, ihre Arbeitszeit an lebensweltliche Bedarfe anzupassen. Einige Modelle und Tarifverträge für die Ermöglichung atmender Lebensläufe sind in der Diskussion oder werden bereits praktiziert. Zeitpolitik wird insbesondere in Betrieben gemacht und umgesetzt: von Arbeitgeber*innen, von Betriebs- und Personalräten und von den Beschäftigten selbst. Diesen neuen Konzepten der Zeitpolitik und ihrer Umsetzung im Betrieb wenden wir uns in der Tagung mit zwei Schwerpunkten zu:

- Gemeinsam mit betrieblichen Praktiker*innen werden wir sowohl Good Practice-Ansätze in Unternehmen als auch Bedenken und Schwierigkeiten diskutieren.
- Wir werden das Modell der Optionszeiten näher beleuchten und nach Umsetzungschancen und -barrieren von betrieblicher Seite fragen.

Bedeutet mehr Zeitrechte für die einen mehr Leistungsdruck für die anderen? Von welchen Zeitkonflikten, aber auch Solidaritätsbereitschaften zwischen den Beschäftigten können wir ausgehen? Welche personalpolitischen Strategien zur Umsetzung von Freistellungen können Konflikte mildern? Können wir Möglichkeiten einer selbstbestimmte(re)n Gestaltung der gesamten Erwerbsbiografie schaffen?

Wir freuen uns auf die gemeinsame Diskussion!

Falls die Tagung kurzfristig ausschließlich virtuell stattfinden muss, geben wir den angemeldeten Teilnehmer*innen sofort Bescheid.

Zeitpolitik im/in Betrieb Atmende Lebensläufe ermöglichen!

22. – 23. Oktober 2020 Mülheim an der Ruhr – und virtuell

Donnerstag, 22. Oktober 2020

13.00 – 13.15 Uhr

Begrüßung und Einführung

Prof. Dr. Ute Klammer, Geschäftsführende Direktorin
des IAQ, Universität Duisburg-Essen
Dr. Karin Jurczyk, Vorstand der DGfZP,
München/Berlin

13.15 – 14.45 Uhr

Grundlagen

Zeitpolitik im Arbeitsleben

Prof. Dr. Ulrich Mückenberger, Universität Bremen

Mehr Rechte für die einen, mehr Druck für die anderen? Potenziale und Konflikte von Freistel- lungsregelungen in der betrieblichen Praxis

Prof. Dr. Ute Klammer

14.45 – 15.00 Uhr

Pause

15.00 – 17.00 Uhr

Tarifvertragliche und betriebliche Freistellungsregelungen und Erfahrungen – Impulse und Diskussion

Kirsten Frohnert, Projektleiterin „Erfolgsfaktor Familie“
Marion Hackenthal, Industriegewerkschaft Bergbau,
Chemie, Energie (IG BCE)
Elke Heitmüller, Head of Diversity, Volkswagen AG
Sophie Jänicke, Industriegewerkschaft Metall (IGM)
Andreas Müller, Eisenbahn- und Verkehrs-
gewerkschaft (EVG)
Norbert Reuter, Vereinte Dienstleistungs-
gewerkschaft (ver.di)
Moderatorin: *Dr. Angelika Kümmerling*, IAQ, UDE

17.00 – 17.15 Uhr

Pause

17.15 – 18.30 Uhr

World Café (3 Thementische / Chats):

Zeitwünsche von Beschäftigten:

- Zeit der Sorge für andere
- Zeit für Weiterbildung
- Zeit für Selbstsorge

(3 Moderator*innen)

19.00 – 20.00 Uhr

Abendessen

20.00 Uhr

Evening Lecture:

„Ganz ruhig den Horizont fixieren!“ Alltag in Corona-Zeiten

Elisabeth von Thadden, Die ZEIT (angefragt)

Freitag, 23. Oktober 2020

9.00 – 9.30 Uhr

Begrüßung und Zusammenfassung des ersten Tages

Prof. Dr. Ute Klammer
Prof. Dr. Ulrich Mückenberger

9.30 – 10.45 Uhr

Das Optionszeitenmodell: Ein Vorschlag für „atmende Lebensläufe“

Dr. Karin Jurczyk

10.45 – 11.15 Uhr

Imbiss

11.15 – 12.30 Uhr

Fish-Bowl:

Verwirklichung des Optionszeitenmodells: Chancen und Hindernisse

Auftakt: *Dr. Karin Jurczyk*,
Prof. Dr. Ulrich Mückenberger

12.30 – 14.00 Uhr

Round Table:

Zeitpolitik im/in Betrieb

Dr. Christina Klenner, Institut für empirische Sozial-
und Wirtschaftsforschung (INES Berlin)
Andrea Koscis, stellvertr. Bundesvorsitzende der
Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)
Birgit Mock, Geschäftsführerin Hildegardis-Verein/
Familienpolitische Sprecherin des Zentralkomitees
der deutschen Katholiken (ZdK), Vizepräsidentin des
Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB)
Tanja Nackmayr, Geschäftsführerin Bildungs-
und Arbeitsmarktpolitik, unternehmer.nrw
Moderation: *Dr. Steffen Lehndorff*, IAQ

14.00 Uhr

Ende der Tagung

Die Mitgliederversammlung der DGfZP

findet im Anschluss an die Tagung statt:

Freitag, 23. Oktober 2020, 14.30 – 16.00 Uhr

Praktische Informationen
und Anmeldeformular:
www.zeitpolitik.de/veranstaltungen

Die Zukunft der Sommerzeit

Die zweimalige Umstellung der Uhren – im Frühjahr auf Sommerzeit und im Herbst wieder zurück – war von Anfang an hochgradig politisiert und hochgradig emotional aufgeladen. Sie wurde immer wieder einmal eingeführt und wieder abgeschafft, bis in der EU 1984 eine einheitliche Regelung geschaffen wurde. Da es immer wieder Initiativen zur Abschaffung der Umstellung gab, führte die EU-Kommission 2018 ein Konsultationsverfahren zu diesem Thema durch. Dabei sprach sich eine Mehrheit der an der Umfrage Teilnehmenden für eine Abschaffung der Umstellung aus – eine knappe Mehrheit davon für die dauerhafte Beibehaltung der Sommerzeit. Das EU-Parlament hat die Abschaffung der Umstellung beschlossen und den Mitgliedsländern

die Hoheit über die Art und Weise zurückgegeben. Vor dem Hintergrund der im EU-Parlament beschlossenen Abschaffung der Umstellung und der Tatsache, dass in den letzten Jahren eine Vielzahl neuer Untersuchungen zu den Folgen der Umstellung veröffentlicht wurden, ergibt sich die Notwendigkeit, das vorhandene Wissen nüchtern zu bilanzieren und auf der Basis der verfügbaren Fakten eine zweckmäßige Lösung zu finden. Die Umstellung ist ein Paradebeispiel für Zeitpolitik. Deswegen hat die DGfZP beschlossen, in dieser Debatte Stellung zu beziehen und wird in Kürze ein Dossier mit einer Darstellung und Bewertung der gegenwärtigen Debatte und des gegenwärtigen Wissensstandes sowie eine Empfehlung für eine zukünftige Regelung veröffentlichen.

Zeit-Archiv

Bei einigen Mitgliedern, insbesondere bei den Vorstandsmitgliedern, ist über die Jahre ein breiter interdisziplinärer Bestand an Literatur (Bücher, Gutachten, Forschungsberichte, Planwerke etc.) zu Zeitpolitik und Zeitforschung gewachsen. Schon lange gab es innerhalb der DGfZP die Überlegung, diese Bestände nach und nach zusammenzuführen, um sie auch einer breiteren Öffentlichkeit in der zeitpolitischen und zeitforschenden Community zugänglich zu machen. Dies ist mittlerweile gelungen. Die Hochschule Bremen und die DGfZP haben Anfang des Jahres eine Vereinbarung zur Übertragung des „Zeitpolitischen Literaturarchiv“ geschlossen.

Die Hochschule wird die Bestände sachgerecht archivieren. Das Archiv wird in die Präsenzbibliothek des IDF (Informations- und Dokumentationszentrum der Freizeitwissenschaft) aufgenommen. Diese befindet sich in der Hochschu-

le neben dem Bereich für Sozio- und Stadtteilkultur. Eine Ausleihe von Beständen ist nicht vorgesehen, für Nutzerinnen und Nutzer des Archivs wird der Leseraum mit Kopiermöglichkeit zur Verfügung stehen. Ein eigener EDV-Katalog wird Recherchen im Zeitpolitischen Literaturarchiv ermöglichen. Das Archiv wird allen Interessierten offenstehen. Gebühren für die Nutzung des Archivs werden nicht erhoben werden. Wenn alle Vorbereitungen abgeschlossen sind und das Archiv nutzbar ist, erfahren Sie das auf der Webseite der DGfZP (www.zeitpolitik.de). Die aktuellen Öffnungszeiten sowie Anfahrt und Kontakt finden Sie auf <http://www.freizeitwissenschaft.de/dokumentation-idf>.

Die DGfZP ist sehr froh, dass es gelungen ist, einen wichtigen Schritt für die Erschließung und Ermöglichung des Zugangs zu dem Literatursammelgebiet Zeitpolitik und Zeitforschung mit der Hochschule Bremen zu gehen.

Jahrestagung der DGfZP „Zeit und Nachhaltigkeit“ 2021

Unsere Jahrestagung 2021 wird das Thema „Zeit und Nachhaltigkeit“ haben und gemeinsam mit der TU Berlin (Projekt rezeitkon) und der Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung (VÖW) organisiert werden. Diesmal wird die Jahrestagung nicht wie gewohnt zur Zeitumstellung Ende Oktober stattfinden, sondern zur Sommersonnenwende vom 21. bis 22. Juni 2021 an der TU Berlin.

Im Rahmen dieser inter- und transdisziplinären Tagung soll ein Austausch zwischen den vielen Fach- und Arbeitsrichtungen, die sich mit dem Zusammenhang zwischen Zeit und Nachhaltigkeit beschäftigen, ermöglicht werden.

(Zeit-)politische Perspektiven sozialökologischer Gesellschaftsgestaltung sollen diskutiert werden.

Ein interaktives lebendiges Format mit vielen Sessions und Workshops ist vorgesehen, auf dem Teilnehmer*innen ihre Erfahrungen und Vorschläge einbringen und zur Diskussion stellen können.

Der Call for Papers für die Einreichung von Vorschlägen zu dieser Tagung ist auf der Website der DGfZP zu finden sowie auf der Website der TU Berlin unter dem Link: https://www.aloenk.tu-berlin.de/menue/tagungen/zeit_und_nachhaltigkeit/#c991621.

Europäisches Memorandum

Schon 2010 hat der Europarat auf seinem Kongress der Gemeinden und Regionen zwei grundsätzliche Entscheidungen zur Zeitpolitik getroffen: Er forderte die Regierungen der Mitgliedstaaten auf, örtliche Zeitpolitik zu unterstützen und so den europäischen Bürger*innen ein Recht auf Zeit zu verschaffen (Entschließung 313/2010 und Empfehlung 295/2010). Darauf aufbauend formuliert die Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik anlässlich der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft zusammen mit europäischen Partnern aus Frankreich, Spanien und Italien ein Memorandum, in dem zur Anerkennung des Rechts auf Zeit und zur Gründung einer europäischen Zeitakademie aufgefordert wird. Zu den Unterzeichnern des Memorandums gehören zeitpolitische

Vereinigungen (wie Tempo Territorial, in etwa das französische Pendant zur DGfZP) und städtische Zeitprojekte (wie Barcelona, Mailand, Bozen, Bergamo). Das Memorandum spricht sich dafür aus, mit der Etablierung eines Rechts auf Zeit den Wohlfahrtsstaat um die Dimension Zeit – in Ergänzung zur materiellen Absicherung – zu erweitern und damit Zeitpolitik zu einem expliziten Politikfeld zu machen. Ein starkes Signal in diese Richtung wäre die Etablierung einer Zeitakademie zur Informationssammlung und -verbreitung, zum Wissensaustausch, zur Forschung und Fortbildung.

Das Memorandum soll in Kürze in verschiedenen europäischen Ländern möglichst zeitgleich veröffentlicht werden. Es wird dann auch auf der Webseite der DGfZP zugänglich sein.

Horst Schaub (1934 – 2020)

im Februar ist unser langjähriges Mitglied, der Erziehungswissenschaftler Horst Schaub, gestorben. Zeit zum Thema in der Didaktik der Grundschule zu machen, war das zentrale Ziel in seinen grundschuldidaktischen Arbeiten zur Geschichte der Zeit, zur Montessori-Pädagogik, zur Zeitökologie und in seiner Auseinandersetzung mit der Entwicklungspsychologie. Dieses Ziel hat er auch nach seiner Emeritierung 1999 von der Universität Hildesheim mit unablässiger Energie verfolgt, mit diesem Ziel wurde er im März 2004 Mitglied



der DGfZP. Viele Jahre lang war er hier ein sehr geschätzter Diskussionspartner. Sein Vortrag auf der Bildungsjahrestagung 2006 ist in dem Buch, das Helga Zeiher und Susanne Schroeder 2008 aus der Tagung herausgegeben haben „Schulzeiten, Lernzeiten, Lebenszeiten“, nachzulesen. Unter dem Titel „Zeitbewusstsein erwerben“ hat Horst Schub darin die zeitbezogene Zielrichtung seines schulreformerischen Engagements umrissen.

Who Is Who? Mitglieder der DGfZP stellen sich vor

Das Zeitpolitische Magazin möchte dazu beitragen, die persönliche Vernetzung und die inhaltliche Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern der DGfZP zu stärken. An dieser Stelle bieten wir daher die Gelegenheit für Personen und Institutionen, die Mitglied in der DGfZP sind, sich in Form von Kurzportraits den Leserinnen und Lesern vorzustellen.



Hans-Dieter Hummes

geb. 1946, Studium „quer durch den Garten“ zunächst Hauptfach Philosophie, dann Lehrbefähigungen für Grund-, Haupt- und Realschule; 1969–1985 Lehrer in Bochum u. a. in Versuchsgrundschule, Schulversuch Vorklasse – sehr spannende Zeit, aber damals leider ohne Zukunft und bis heute nicht vernünftig fortgeführt); 1985–2009 Leiter der Realschule Wadersloh; daneben zeitweise Referent für Elternbildung im Erzbistum Paderborn, Ansprechpartner für Begabtenförderung (BR Münster) und Mitglied der Schulentwicklungskonferenz im Schulministerium NRW; Vorstandsmitglied der Schulleitungsvereinigung NRW e. V. und Schriftleiter von „Schulleitung in NRW“ (1990–2010).

Jetzt im sogenannten Ruhestand selbstständiger Schul- und Bildungsberater, weiter in der Schulleitungsvereinigung NRW e. V. (Beratungsdienst, Fortbildung). Interessengebiete: Allgemeine Pädagogik, Physikdidaktik, bilingualer Sachfachunterricht, Fächerübergreifende Grundfragen (z. B. Schulrecht und Pädagogik), Bildung auf dem Lande,

Schulleitungsfortbildung...

Ich teile die Erfahrung Tilman Wahnes, dass Zeit in der Praxis häufig, wenn nicht gar regelmäßig, als etwas empfunden wird, an dem man im Alltag hauptsächlich leidet und dass Zeit als Forschungskategorie in der (Schul-)Pädagogik und Didaktik kaum präsent ist. Unter dem Diktat der zunehmenden Standardisierung werden Zeit und individueller Zeitbedarf – hochrelevante Parameter in jedem Lern- und Entwicklungsprozess – eher als Störfaktoren wahrgenommen, trotz festgeschriebenem Individualisierungspostulat (wie im Schulgesetz NRW). Das kann nicht funktionieren. Leider habe ich die DGfZP erst als Pensionist kennengelernt. Zum Thema Zeit als schulpädagogische Grundkategorie, die auch schulverwaltungsmäßig zu berücksichtigen ist, habe ich mehrfach in „Schulleitung in NRW“ publiziert, doch ist mir leider nicht gelungen, dieses Thema soweit zu pushen, dass daraus ein Fortbildungs- oder Kongressthema geworden wäre. Ob irgendwann nach Ende der Corona-Krise ein „neues“ und „besseres“ Zeitbewusstsein sich durchsetzt, wage ich zu bezweifeln.

Hans-Dieter Hummes

Webseite im Aufbau: www.hummes.org



Carsten Borck

48 Jahre, im Hauptberuf Beamter bei der Kriminalpolizei, verheiratet, eine Tochter von 18 Jahren. Zeitpionier... manchmal.

Mein Weg zur neuen Zeitkultur begann spätestens im Jahr 2007 auf dem Symposium zur Zeitkultur von Manfred Molicki in Königfeld im Schwarzwald. Am Thema lebenslanges Lernen und informelles Lernen arbeite ich nach meinem nebenberuflichen Studium der Erwachsenenbildung an der TU Kaiserslautern mit Masterabschluss 2012 als leidenschaftlicher Moderator, live in Gruppen bis zu 100 Personen, aber auch online – und das nicht erst in Zeiten der Krise.

Die Krise als Chance, das ist dieser Tage an vielen Stellen zu hören, lesen oder sehen. Schade eigentlich, dass es immer erst die Krise braucht, um nachhaltig etwas ändern zu wollen oder müssen. Die Vernetzung von Menschen ist mir ein Herzensanliegen. Gerade in einer Krise zeigt sich, wie sehr wir bereits miteinander vernetzt sind. Mit Chancen und Risiken. Eine neue Zeitkultur? Im Alltag für jeden unter-

schiedlich und an einigen Stellen doch gemeinsam. Chancen zur Entschleunigung? Nein, nicht immer entschleunigt; ich will auch mal richtig aufs Gas drücken dürfen. Die Krise als Ausgangspunkt für eine neue Zeitkultur – eine Utopie? Wie schnell wurde die Dystopie eines weltweiten Virus Realität, das würde ich mir auch für die Ausbreitung von Zeitkultur in der Gesellschaft wünschen. Wir werden darüber sprechen müssen – einen Diskurs anzetteln. Auf dem Weg in die Zukunft will ich einen kleinen Anteil zur Entwicklung einer Zeitkultur beitragen. Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung für uns alle hoffe ich, noch viele Menschen zu besserer Zeitkultur anzuregen. Für einen Austausch der Gedanken bin ich immer dankbar.

Nun werde ich nach drei Jahren des Ansparens von „Zeit“ (nein, es war eher das Geld, das für die Zeit gespart wurde) am 01.06.2020 mein Sabbatjahr beginnen. Aus der geplanten Reise um die Welt wird wohl eine Reise zu mir selbst und zu eigener Zeitkultur. Ein tägliches Üben und Trainieren – eine Lebensaufgabe übrigen.

Carsten Borck

www.carsten.borck.de

Veranstaltungen und Projekte

Berliner Nachtungen

Die Berliner Nachtungen sind ein interdisziplinäres Seminarformat, das nachts stattfindet. Die Vortragenden sind Akademiker*innen oder Praktiker*innen aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen, Bereichen der Wirtschaft (z.B. Nachtleben, Lichtdesigner, Krankenhäuser, Consultants) oder der öffentlichen Verwaltungen (z.B. Infrastruktur). Die Berliner Nachtungen wurden von Andreas Jechow, Christopher Kyba, Dietrich Henckel, Franz Hölker, Josiane Meier, and Sibylle Schroer (alphabetische Reihenfolge, die Beiträge sind gleich) ins Leben gerufen.

Mittlerweile haben 17 Nachtungen stattgefunden – bis zur Coronakrise fanden sie an verschiedenen Standorten mit

Bezug zum jeweiligen Thema in Berlin statt – in der Regel 30 Minuten Vortrag in Deutsch oder Englisch, mit einer anschließenden zweisprachigen Diskussion.

Zu Coronazeiten haben wir auch auf ein E-Format umgestellt, was uns erlaubt, einerseits Vortragende einzuladen, die wir sonst nicht in Berlin hören könnten und andererseits ein breiteres (internationales) Publikum anzusprechen. Wir haben vor, nach Beendigung der Einschränkungen für Live-Veranstaltungen beide Formate im Wechsel anzubieten.

Zu weiteren Informationen – u. a. zu den bisherigen Themen: <http://userpage.fu-berlin.de/~kyba/Nachtung.html>

Healthy Time Use campaign

Barcelona Time Use Initiative for a Healthy Society

“From there we are launching the first international time use campaign. It is a small campaign over social networks releasing some recommendations regarding time use, now that we are all at home and need to rethink our habits. The hashtag is [#HealthyTimeUse](#) and we are releasing it in Catalan, Spanish and English through our Twitter and Facebook accounts. Our aim is to give daily specific recommendations grouped under three concepts: discover your circadian rhythm, organize your time and share quality time and complement the messages with short videos of experts and organizations giving recommendations or explaining what are they doing to confront the crisis in terms of time use.”

<https://www.timeuse.barcelona/healthy-time-use-campaign>

Times of Covid-19

„In an attempt to promote real-time scholarship also outside of the natural sciences, we invite scholars to submit ‘flash reflections’ on temporal and rhythmic shifts in various social terrains to the initiative we tentatively call Times of Covid-19. We particularly welcome inquiries into various social, cultural, political, economic, scientific, and psychological temporalities, their interminglings and both specific and broader implications, involved in the present conjuncture characterized by the global pandemic of Covid-19. Please send short pieces of 700-1200 words to Filip Vostal (filip@filipvostal.net) and Helge Jordheim (helge.jordheim@ikos.uio.no). The texts will be published with the Lifetimes/

Temporalities group at the University of Oslo and is also affiliated with the Institute of Philosophy of the Czech Academy of Science. Later, we plan to collect number of essays and then submit them as a discussion piece to Time & Society. Send the paper as soon as you are happy with it. **If anyone wants to react, expand, criticise published pieces, feel free to get in touch. We would very much like to turn this initiative into interactive discussion territory.** Yes, this is also an experiment with having no deadline, at a time when deadlines emerge as dominant cultural time forms.“ – <http://timesofcovid19.temporalities.no/>

Tätigsein in der Postwachstumsgesellschaft

Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing

2.- 4. Oktober 2020, Tutzing

Die Akademie plant, die im März abgesagte Tagung Anfang Oktober durchzuführen.

„Tätigsein – darunter verstehen wir unterschiedlichste Formen von Arbeit einschließlich der Erwerbsarbeit: Tätigsein für sich, für andere und für die Gemeinschaft, bezahlt und unbezahlt, mit und ohne Gegenleistung. Tätigsein ist Mischarbeit, die Formen wie Erwerbs-, Versorgungs-, Gemeinschafts- und Eigenarbeit integriert und für ihr Neben- und Nacheinander sowie die dazu nötigen Qualifikationen steht. Tätigsein ist damit nicht nur ein anderer Begriff von Arbeit. Es ist vielmehr Ausgangspunkt, um sich von der Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum zu befreien und innerhalb der planetaren Grenzen zu wirtschaften. Voraussetzung dafür ist eine neue Gewichtung von Erwerbsarbeit und unbezahlter Arbeit sowie ein Umbau der Systeme der sozialen Sicherung und der Besteuerung. Daneben brauchen wir auch mehr Zeit, Infrastrukturen und Anerkennung für andere Tätigkeiten als Erwerbsarbeit. Die aktuelle Organisation der Arbeit, das große Gewicht der Erwerbsarbeit und die

Systeme der Sozialsicherung haben sich über Jahrzehnte entwickelt und verfestigt. Dies hat ausreichend Erwerbsarbeit zu einem zentralen gesellschaftspolitischen Anliegen werden lassen. Um Veränderungen anzustoßen und zu realisieren, müssen wir verstehen, wie es dazu kam und was Arbeit und Tätigsein auch sein kann. Es geht um folgende Fragen: Wie kann sich Arbeit in verschiedenen Bereichen ändern, in Unternehmen, in der Landwirtschaft, im Sozialbereich oder im Freiwilligenbereich? Welche Bedingungen sind dafür nötig? Wie sieht die Entwicklung der Mischung von Arbeitsformen vor dem Hintergrund der globalen Verantwortung aus?

Alle, die an einer Erweiterung des Arbeitsverständnisses und der Entwicklung von Tätigsein in der Postwachstumsgesellschaft interessiert sind, und alle, die eine andere Mischung von Tätigsein erproben (wollen), sind herzlich zur Information und zum Austausch nach Tutzing eingeladen.“
(aus dem Tagungsflyer für März 2020)

Arbeitszeit und Lebenszeit

8. Symposium der Arbeitszeitgesellschaft

9. Oktober 2020 – als Online-Konferenz

Der Schwerpunkt des Symposiums wird darauf liegen, welche Formen der Arbeitszeitorganisation eine gute Integration von Arbeit(zeit) in die (tägliche, wöchentliche, jährliche und gesamte) Lebenszeit unterstützen. Ein Teil des Symposiums wird eine Diskussion zum Thema „Arbeiten überall = Arbeiten immerzu? Chancen und Risiken von mobiler Arbeit“ sein. Weitere Arbeitszeitthemen, wie zum Beispiel: Gesundheit und Arbeitszeit, Arbeitszeit und Schlaf, Chronobiologie und Licht oder Arbeitszeitautonomie werden ebenfalls Gegenstand sein.

<https://arbeitszeitgesellschaft.wildapricot.org/event-3852660>

Indeterminate Futures / The Future of Indeterminacy

Temporal Belongings. Transdisciplinary Conference

13 – 15 November 2020, University of Dundee

“The future is no longer seen as open. It’s seen as precarious on the one hand, and technologically over-determined on the other. Economic uncertainty, the rise of the risk society, the culture of fear and neoliberal necropolitics are seen as a serious threat. The risk society attributes all hazards to human decisions; the culture of fear cultivates the tendency to catastrophise; neoliberal necropolitics welds technology to the exploitation of natural and social reserves in an irreversible way. Amidst the general climate of ‘instrumentarianism’ (Zuboff 2019), paradoxes like ‘the cancelled future’ (Berardi 2014) or ‘automated deregulation’ (Steyerl 2019) are synonymous with permanent crisis, disorder, and the ‘end of free will’ (Han 2017).

Indeterminacy – often associated with but not identical to unknowability and liminality – doesn’t merely defy the ‘order-disorder’, ‘certainty-uncertainty’ binary creating a ‘both-and’ and ‘neither-nor’ space in which a cat can be both dead and alive, as in Schrödinger’s experiment. Indeterminacy is a self-perpetuating dynamic of change with no spatial or temporal constancy – a vibrant multiplicity of parallel potentialities and realities. Initially derived from Bohr’s quantum indeterminacy, Gödel’s undecidability, and Stengers and Prirogine’s non-linear dynamics, indeterminacy upsets stable structures and ossified power regimes which is why it was embraced as a liberating epistemic force by many 20th century artists and theorists: Jarry, Boulez, Cage, Ichinayagi, Situationists International, Xenakis, Fluxus, Knowbotic Research, Derrida, Guattari, Hayles, Varela and Latour, to mention but a few.

In the digital age, in accelerated, informational capitalism, the situation is very different. First, permanent change is the rule. Second, art, culture, and (bio)politics are no longer

separate; they are fused in the infosphere. Consisting of datification, algorithmic predetermination, cultural production, symbolic and affective regimes, the infosphere has modified the language of thought and action. It has also modified the structure of reality. The aim of this transdisciplinary conference is to evaluate the current and future epistemic and ontological potential of spatio-temporal, cultural-mnemonic and socio-political forms of indeterminacy. To this end, we ask questions such as:

- How do contemporary digital thinking-making practices articulate the relationship between design and chance, system and impulse, repeatability and irreversibility, rule, iteration and variability?
- How does temporal indeterminacy, as defined by quantum physics, relate to indigenous conceptions of space-time and matter? (Barad 2018)
- How do ‘an-archives’ – heaps of disparate, perpetually multiplied images (Hansen 2011) – pattern cultural memory?
- What are the repercussions of medial efficacy – the fact that algorithms are not mathematical ideas imposed on concrete data, as is often thought, but diagrams that emerge from repetition and the processual organisation of space-time, objects and actions?
- What is the relationship between indeterminacy and neuroplasticity, our embodied and extended brains/minds’ adaptability to new perceptual milieus? (Malabou 2006)
- How do deterministic technical milieus and the growing mass of unstructured data configure #datapolitik – a set of operations that regulate space-time through the cybernetic feedback loop, tracking, capture, and feelings of safety or threat? (Panagia 2017)“

<http://www.temporalbelongings.org/>

Neue Literatur

Bitte senden Sie Informationen über Ihre Veröffentlichungen an elke-grosser@t-online.de

Veröffentlichungen von DGfZP-Mitgliedern



Karin Jurczyk, Ulrich Mückenberger (Hrsg.)

Selbstbestimmte Optionszeiten im Erwerbsverlauf

Forschungsprojekt im Rahmen des „Fördernetzwerks Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung“ (FIS).
2020

München: Deutsches Jugendinstitut e.V. / Universität Bremen

Download: https://www.fis-netzwerk.de/fileadmin/fis-netzwerk/Optionszeiten_Abschlussbericht_DJIBroschuere_Endg.pdf



Karin Jurczyk (Hrsg.)

Doing und Undoing Family

Konzeptionelle und empirische Entwicklungen

2020

Weinheim: Beltz Juventa

Eine Familie hat man nicht einfach, man muss sie „tun“. Familie als Herstellungsleistung und Doing Family zu verstehen, ist inzwischen verbreitet. Theoretische Vertiefungen – etwa um die Dimensionen Care, Gender, soziale Ko-Produzenten von Familie sowie um Praxistheorien – sind jedoch notwendig, ebenso wie die Erweiterung des Blicks auf Prozesse des Schädigens, des Distanznehmens und Grenzziehens in Familien, dem Undoing Family. Wie erkenntnisreich eine solche praxeologische Perspektive auf das Pendeln zwischen Doing und Undoing in Familien sein kann, zeigen die vielfältigen empirischen Beiträge. (*Verlagstext*)



Jürgen P. Rinderspacher

»Beeilt euch!«

Zeitprobleme im sozialökologischen Transformationsprozess

2020

München: oekom-Verlag

Vor uns die Sintflut? Nach Meinung der Expert*innen haben wir nur noch wenig Zeit, um zu verhindern, dass die Welt eine andere wird als die, die wir kennen. Allen, die das ändern wollen, begegnen auf ihrem Weg in eine nachhaltige Gesellschaft zeitliche Phänomene, die entweder den Transformationsprozess blockieren - oder ihn begünstigen.

Jürgen P. Rinderspacher analysiert die zeitliche Wirkung von Katastrophen-Narrativen und die vermeintliche Langsamkeit von Demokratien ebenso wie die Zeitrelevanz von Rebound-Prozessen sowie das Verhältnis der Generationen

zueinander im Verteilungskampf um knappe Ressourcen zwischen Gegenwart und Zukunft. Dabei geht es auch um die Frage nach dem Wert bürgerlicher Freiheitsrechte im Zeitalter des Klimanotstands.

Doch wo die Gefahr ist, wächst auch das Rettende: Individuum und Gesellschaft können durch ein neu justiertes Verständnis vom guten Umgang mit der Zeit dazu beizutragen, das Ruder noch herumzureißen, etwa durch »Zeitinvestitionen für die Umwelt«. (*Verlagstext*)



Anke Grotluschen, Sabine Schmidt-Lauff, Silke Schreiber-Barsch, Christine Zeuner
Das Politische in der Erwachsenenbildung
 2018
 Frankfurt am Main: Wochenschau

Peter Faulstich hat die Erwachsenenbildung in vielfältiger Weise beeinflusst und sich in Wissenschaft, Praxis und Politik für sie engagiert. Dies führte auch zu seiner Forderung an die Wissenschaft der Erwachsenenbildung, „das Politische in der Erwachsenenbildung“ nicht aus den Augen zu verlieren. Eine Auffassung, die viele mit ihm teilen, in der Disziplin aber wurde und wird dies durchaus kontrovers diskutiert. Die Frage, was politisch an wissenschaftlichem Handeln ist, ob es politisch sein soll oder gar nicht sein darf, hat sich immer durch die Themenfelder gezogen, mit denen sich Peter Faulstich befasst hat. Dieser Band versammelt Ergebnisse der Tagung „Das Politische in der Erwachsenenbildung“ (2017) an der Universität Hamburg, die zur Erinnerung an Peter Faulstich (1946-2016) veranstaltet wurde. *(Verlagstext)*

Beiträge von DGfZP-Mitgliedern in Sammelbänden und Zeitschriften

Christopher C. M. Kyba, Sara B. Pritchard, Dietrich Henckel et al. (2020):

Night Matters. Why the Interdisciplinary Field of „Night Studies“ Is Needed

In: J Multidisciplinary Scientific Journal, J 2020,3: 1-6; doi: 10.3390/j3010001.

<https://www.mdpi.com/2571-8800/3/1/1>

Elke Großer (2020)

Resonanz: Die »Symphonie« des nachhaltigen Lebens

Beitrag für den Blog Postwachstum

<https://www.postwachstum.de/resonanz-die-symphonie-des-nachhaltigen-lebens-20200210>

Karin Jurczyk, Ulrich Mückenberger, Shih-cheng Lien, Martina Heitkötter (2020):

Das Optionszeiten-Modell – ein neuer Impuls für „atmende Lebensläufe“.

Ergebnisse aus einem interdisziplinärem Forschungsprojekt zur Überwindung der Care-Krise und für mehr Geschlechtergerechtigkeit

In: NDV (Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V.) März 2020, 100. Jg., Heft 3: 107-112.

Ulrich Mückenberger (2020):

Ein Zeitfenster für mehr Demokratie

In: Weser-Kurier, Ostern, 11./12./13. April 2020: 2.

Sabine Schmidt-Lauff, Silke Schreiber-Barsch, Ekkehard Nuissl (Hrsg.) (2019):

RaumZeit in der Erwachsenenbildung

Zur Verschränkung von Zeit und Raum in der Theorie und Empirie der Erwachsenenbildung

In: ZfW (Zeitschrift für Weiterbildungsforschung) 2/2019: 157-163.

<https://doi.org/10.1007/s40955-019-0142-z>

Sabine Schmidt-Lauff, Jörg Schwarz, Adedolapo Femi-Aderinto, Taiwo Olatunji (2019):

Flexibilisation of Adult Learning and Education in the context of shifting temporalities in Nigeria and Germany

In: Journal Andragogical Studies. Ljubljana University Press (Slowenien). 01/2019: 51-68.

<https://revije.ff.uni-lj.si/AndragoskaSpoznanja/issue/view/660>

Sabine Schmidt-Lauff (2019):

Learning towards the future – Rethinking temporal contingencies

In: Indian Journal of Adult Education, Vol. 80(3-4): 5-15.

Jörg Schwarz, Sabine Schmidt-Lauff (2019):

(Spät-)Moderne Zeitregime, kollektive Zeitpraktiken und subjektives Lernerleben

In: Dörner, O./Iller, C./Schüssler, I./von Felden, H./Lerch, S. (Hrg.): *Erwachsenenbildung und Lernen in Zeiten von Globalisierung, Transformation und Entgrenzung.*

Leverkusen, Opladen: Barbara Budrich: 49-60.

Empfehlenswerte Neuerscheinungen anderer Autoren



Stephan O. Görland

Medien, Zeit und Beschleunigung

Mobile Mediennutzung

in Interimszeiten

2020

Wiesbaden: Springer VS

Rezension:

Von mobilen Medien okkupierte Zwischenzeiten

Das Smartphone an öffentlichen Orten nutzende Menschen sind aus dem Alltagsbild nicht mehr wegzudenken. Durch ständig verfügbare Internetverbindung besteht ein latentes Handlungsangebot, mobile Medien jederzeit und überall zu nutzen. Das verändert die zeitliche Struktur unseres Alltags und unseres Zeiterlebens: Die latenten Handlungsangebote können auch in „leeren“ Zwischenzeiten angenommen werden und bieten Möglichkeiten, Zeiten der Langeweile zu füllen oder Wartezeiten totzuschlagen, diese also – da

sie meist als unproduktiv oder negativ gesellschaftlich angesehen werden - effizienter zu nutzen. Diese Zeiten, so der Autor, werden von den mobilen Medien geradezu „okkupiert“.

Es handelt sich um die Publikation seines Dissertationsvorhabens, das im Rahmen des DFG-geförderten Projekts „Mobile Medien als Katalysator für zeitliche Entgrenzung? - Eine qualitative und quantitative Nutzungsstudie (Mediated Time)“ am Forschungsinstitut für Medienforschung an der Universität Rostock entstand. Der Autor untersuchte vor allem die Zeitpraktiken und das Zeiterleben in Warte- und Transitzeiten im Alltag; theoretisch sowie empirisch als Makro-Meso-Mikro-Zusammenhang. Im Fokus standen Beschleunigungstendenzen und temporale Muster sowie die Wahrnehmung von Zeit in individuellen Praktiken und deren Veränderungen infolge der ständigen Verfügbarkeit mobiler Medien im Internet, nicht aber der soziale Charakter von Zeit.

Mittels Methodentriangulation – sowohl zweier quantitativer Methoden als auch einer qualitativen – wurden die Daten empirisch erhoben und ausgewertet. Neben qualitativen Interviews wurden u. a. quantitative Befragungen direkt am Ort und in der Situation des Erlebens durchgeführt. Es ist durch

die Nutzung mobiler Medien beschleunigt. Die Ursachen hierfür können eine diffuse Verpassensangst sein, die Permanenz der bestehenden Internetverbindung, die Häufigkeit der Nutzung oder die Fragmentierung von Zeit, die durch die Nutzungsweise mobiler Medien entsteht. Der Autor weist darauf hin, dass Medien durch ihre permanente Verfügbarkeit den Alltag nicht mehr strukturieren. Denn die Nutzung mobiler Medien geschieht meist angepasst an die entsprechenden Umstände oder ist vom eigenen Interesse geleitet. Nutzer*innen empfinden sich dabei einerseits als zeitlich „souverän“. Andererseits wird dadurch die Beschleunigung des Alltagslebens verstärkt. Die Nutzung dieser Medien verschafft also nur scheinbar zeitliche Freiheit.

Bisher – so der Autor – gibt es erst wenige medien- und kommunikationswissenschaftliche empirische Untersuchungen zum Zeitempfinden und zur Zeitgestaltung im Zusammenhang mit den mobilen Medien im Alltagsleben und auch nicht im Zusammenhang mit Aspekten der Beschleunigung. Die Erkenntnisse aus dieser wissenschaftlichen Studie stellen auch die Zeitpolitik im Hinblick auf den Umgang mit den mobilen Medien und ihre Zeitznutzung vor neuen Herausforderungen.

Elke Großer



Franziska Wolff, Jonas Langen

Die Rolle von Zeit für Umweltpolitik und Nachhaltigkeitstransformationen

Teilbericht im Rahmen des ReFoPlan-Vorhabens „Den ökologischen Wandel gestalten“

2020

Berlin: Umweltbundesamt

Im diesem Vorhaben des Umweltbundesamts wurde untersucht, wie die unterschiedlichen Aspekte bzw. Dimension von Zeit im Kontext einer nachhaltigen Gestaltung von Umweltpolitik konzeptionell aufbereitet werden können. Der Teilbericht steht für Interessierte zum kostenfreien Download bereit: <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/die-rolle-von-zeit-fuer-umweltpolitik>



Brigitte Kölle und Claudia Peppel (Hrsg.)

Die Kunst des Wartens

2019

Berlin: Wagenbach Verlag

Niemand wartet gern. Doch wer entscheidet, ob und wie wir warten? Angespannt oder resigniert, geduldig oder zueversichtlich? Schätzen wir Dinge mehr, auf die wir lange gewartet haben? Die Bilder und Texte dieses Buches vermitteln eine Fülle von Ideen und Einblicken. Wir alle warten, immer wieder – an der Grenze, auf dem Amt, im Krankenhaus, in der Leitung, auf Weihnachten, auf den Schlaf, auf das erlösende 1:0. Warten ist Teil unseres Lebens und oft mit Hoffnung verbunden. Dabei wird das Warten nicht selten als leere oder gestohlene Zeit erlebt, als langweilig, ja quälend. An der Dauer und der Art des Wartens lässt sich der Status eines Menschen ablesen: Kürzere Wartezeiten kann man heute häufig mit Geld erkaufen, wohingegen Geflüchtete manchmal jahrelang auf eine Entscheidung über ihren Asylantrag warten müssen, ohne sie beschleunigen

zu können. Brigitte Kölle und Claudia Peppel erkunden verschiedene Arten des Wartens in den Werken und Positionen vor allem zeitgenössischer Film- und Fotokünstler und verbinden sie mit literarischen oder essayistischen Texten über das Warten. Die Bilder und Texte verdichten sich zu einer verblüffenden Analyse unserer Gegenwart. So wird aus der ungenutzten oder verlorenen Zeit des Wartens eine geschenkte Zeit, die ungeahnte Möglichkeiten eröffnen kann – und einen Freiraum für Reflexion, Kreativität und Entschleunigung.

Mit Werken von David Claerbout, Andrea Diefenbach, Omer Fast, Andreas Gursky, Candida Höfer, Ursula Schulz-Dornburg, Philip Scheffner, Tobias Zielony und vielen anderen. (*Verlagstext*)

Im Internet

Covid-19 Time Perception Articles

Diese Internetseite sammelt englischsprachige Veröffentlichungen zu Zeit und Covid-19, die erschienen sind oder erscheinen. <https://www.notion.so/Covid-19-Time-Perception-Articles-80c590db77d94e43b8003220a30b29b5>

Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik

Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik Gemeinnütziger e.V.

Geschäftsführender Vorstand:

Prof. Dr. Dietrich Henckel, Berlin (Vorsitz)
Dr. Karin Jurczyk, München (Stellvertretung)
M. A. Elke Großer, Knorrendorf
Björn Gernig, Dipl. Freizeitwissenschaftler,
Bremen

Beratender Vorstand:

Prof. Dr. Uwe Becker, Bochum
Prof. Dr. Christel Eckart, Frankfurt a. M.
Prof. Dr. Birgit Geissler, Köln
Dr. Martina Heitkötter, München
Prof. Dr. Ulrich Mückenberger, Bremen
Dr. Jürgen Rinderspacher, Hannover
Dr. Helga Zeiher, Berlin

Geschäftsstelle:

Prof. Dr. Dietrich Henckel
Holsteiner Ufer 28
10557 Berlin
Telefon: (030) 393 45 30
Fax: (030) 314 281 51
d.henckel@isr.tu-berlin.de
d.henckel@zeitpolitik.de

Kontoverbindung: Zeitpolitik e.V.
Postbank Berlin
IBAN: DE 83 1001 0010 0533 0481 05
BIC: PBNKDEFF

www.zeitpolitik.de

Impressum

Das Zeitpolitische Magazin (ZpM) für die Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik e.V. und für Interessierte im Umfeld erscheint mehrmals im Jahr. Es wird von der DGfZP herausgegeben. Es steht zum kostenfreien Download auf der Webseite des DGfZP und wird an Interessenten per E-Mail versandt. Bestellung und Abbestellung bitte formlos an die Redaktion.

ISSN 2196-0356

Verantwortlich für Inhalt (V.i.S.d.P. und gemäß § 10 Absatz 3 MDStV): Helga Zeiher.

Redaktion:

Dr. Helga Zeiher (Koordination) - helga-zeiher@gmx.de
Etta Dannemann, Dipl.-Ing. (Arch.) - ettadannemann@web.de
Elke Großer, M. A. - elke-grosser@t-online.de
Prof. Albert Mayr - timedesign@technet.it

Satz: Anna von Garnier - post@annavongarnier.de

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder. Das ZpM ist als Gesamtwerk urheberrechtlich geschützt. Das Copyright liegt bei der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik e.V., das Urheberrecht namentlich gekennzeichnete Artikel liegt bei deren Verfasser/innen.

Das Zitieren aus dem ZpM sowie die Übernahme namentlich nicht gekennzeichnete Artikel ist gestattet, solange solche Inhalte keiner kommerziellen Nutzung dienen und die Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik e.V. als Quelle genannt wird. Die Redaktion bittet um Zusendung eines Belegexemplars.

Das ZpM wird mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt; Links auf Webseiten von Dritten werden auf Funktionalität geprüft. Mit Urteil vom 12. Mai 1998, Aktenzeichen 312 O 85/98 „Haftung für Links“, hat das Landgericht Hamburg entschieden, dass man durch die Anbringung eines Links die Inhalte der verlinkten Webseite ggf. mit zu verantworten hat. Dementsprechend distanziert sich das ZpM ausdrücklich von allen Inhalten der Webseiten von Drittanbietern, auf die ein Link gelegt wird. Wir machen uns deren Inhalte nicht zu eigen.

Verletzungen von Urheberrechten, Markenrechten, Persönlichkeitsrechten oder Verstöße gegen das Wettbewerbsrecht auf fremden Webseiten waren nicht augenscheinlich und sind der Redaktion eben so wenig bekannt wie eine dortige Erfüllung von Straftatbeständen.